

# DAS GRÜNE ARBEITSPROGRAMM FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN



# DAS GRÜNE ARBEITSPROGRAMM FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

## Inhaltsverzeichnis

Mind the Gap.....	2
1 Schleswig-Holstein ökologisch modernisieren.....	6
1.1.1 Erneuerbare Energien verantwortungsvoll ausbauen.....	6
1.1.2 Windenergie als Chance für Schleswig-Holstein .....	7
1.1.3 Die Netze ausbauen.....	8
1.1.4 Netze in Bürgerhand.....	8
1.1.5 Speicher für Strom und Wärme bauen.....	9
1.1.6 Erneuerbare Wärme für gut gedämmte Häuser .....	9
1.1.7 Kommunaler Klimaschutz und Kraft-Wärme-Kopplung statt Kohlekraftwerke.....	9
1.1.8 Effizienztechnologie im Haushalt und in Unternehmen .....	10
1.1.9 Den Atomausstieg zu Ende bringen.....	10
1.1.10 Kohlestrom ist ein Irrweg .....	11
1.2 Unterwegs in Schleswig-Holstein .....	11
1.2.2 Öfter wäre besser – Nahverkehr in Schleswig-Holstein.....	12
1.2.3 Mehr Verkehr auf die Schiene.....	12
1.2.4 Strecken ausbauen.....	13
1.2.5 “Park and Ride” und “Bike and Ride” .....	14
1.2.6 Güterverkehr nach Skandinavien verbessern .....	14
1.2.7 Realistisch sein: Ganz ohne Auto geht es nicht .....	14
1.2.9 Vor Lärm schützen.....	15
1.2.10 Problemfälle Fehmarnbelt und Autobahnneubau .....	15
1.2.11 Fahrräder sind leise und stinken nicht .....	16
1.2.12 Häfen und Wasserstraßen auf Vordermann bringen .....	17
1.2.13 Nord-Ostsee-Kanal: Betriebsfähigkeit sofort sicher, zukunftsfähig ausbauen .....	17
1.2.14 Flugverkehr reduzieren.....	18
1.3 Eine neue Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein.....	18
1.3.1 Auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorbereiten .....	19
1.3.2 Von seiner Arbeit leben können.....	20
1.3.3 Innovationen fördern.....	20
1.3.4 Familienunternehmen und Mittelstand stärken.....	20
1.3.5 Handwerk hat GRÜNEN Boden .....	21
1.3.6 GRÜNER Umbau der Industrie .....	21
1.3.7 Potenziale des Tourismus in Schleswig-Holstein schöpfen.....	22
1.3.8 Potenziale der Gesundheitswirtschaft nutzen.....	23
1.3.9 Betriebliche und Standortkonversionen.....	23
1.3.10 Umwelt- und Sozialstandards.....	23
1.4 Bauen und Wohnen in Schleswig-Holstein .....	23
1.4.1 Die Städtebauförderung verstetigen.....	24
1.4.2 Das Land als Bauträgerin, Eigentümerin und Auftraggeberin .....	24
1.4.3 Den sozialen Wohnungsbau demographiegerecht und energiesparend gestalten	24
1.4.4 Neue Wohnformen fördern.....	25
2 Bessere Bildung für alle Menschen in Schleswig-Holstein.....	26
2.1 Mehr Bildungsinvestitionen auch in Zeiten knapper Kassen .....	26
2.2 Wir starten eine Kita-Offensive .....	26
2.3 Unsere Schulen der Zukunft.....	27

2.3.1	Schulpolitik muss an einen Runden Tisch.....	27
2.3.2	Qualitätsschub für die Schule .....	28
2.3.3	Gemeinsam lernen statt aussortieren.....	28
2.3.4	Mehr Abitur-Abschlüsse, stressfreies Lernen und mehr Wahlfreiheit .....	29
2.3.5	Ganztagsschulen ausbauen.....	29
2.3.6	Die Schule im Dorf lassen .....	30
2.3.7	Für einen konfessionsunabhängigen Religionsunterricht .....	30
2.3.8	Demokratisierung des Schulalltags.....	30
2.4	Ein Recht auf berufliche Ausbildung für alle .....	31
2.4.1	Berufsbildung braucht drei starke Säulen.....	31
2.4.2	Produktionsschulen fördern.....	32
2.5	Hochschulen und Wissenschaft als Keimzelle für ein innovatives Schleswig Holstein.....	32
2.5.1	Schleswig-Holsteins Hochschulen weiterentwickeln .....	32
2.5.2	Für eine neue Kultur zwischen Hochschulen und Politik .....	32
2.5.3	Für attraktive Hochschulen .....	33
2.5.4	Innovative Finanzmodelle entwickeln.....	33
2.5.5	Lehrerbildung ausbauen.....	34
2.6	Individuelle Bildungsangebote in den Regionen vermitteln.....	34
2.7	Den Bildungsföderalismus neu gestalten .....	35
2.8	Politische Bildung .....	35
3.	Zusammenleben in Schleswig-Holstein.....	36
3.1	Demographischen Wandel gestalten .....	36
3.1.1	Ländliche Räume.....	37
3.1.2	Wohnen im Alter .....	37
3.2	Ein Land für Menschen mit Kindern.....	37
3.2.1	Familienzentren gründen .....	37
3.2.2	Kinderarmut bekämpfen .....	38
3.2.3	Kinder- und Jugendrechte im Alltag verankern.....	38
3.1.1	Kinder und Jugendliche nicht alleine lassen .....	38
3.2	Keine Frage des Geschlechts .....	39
3.2.1	Wir geben 100 Prozent für die Hälfte der Macht .....	39
3.2.2	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.....	39
3.2.3	Mädchentreffs und Frauenhäuser erhalten.....	40
3.2.4	Maßnahmen gegen Frauenhandel.....	40
3.3	Sozialpolitik vor Ort stärken – Gemeinsam statt einsam! .....	40
3.3.1	Arbeitslosigkeit bekämpfen – Teilhabe statt Ausgrenzung .....	41
3.3.2	Altersarmut verhindern .....	41
3.4	Inklusion ist ein Menschenrecht .....	42
3.4.1	Inklusion von Anfang an.....	42
3.5	Pflegebedürftige brauchen Unterstützung .....	43
3.5.1	Die Arbeitsbedingungen in Pflege und Gesundheit verbessern.....	43
3.6	Engagement für andere .....	43
3.6.1	Nationale Minderheiten - gleichgestellt und anerkannt.....	44
3.7	Weltoffenes Schleswig-Holstein .....	45
3.7.1	Migrant_innen gestalten unser Land mit .....	45
3.7.2	It's not easy learning German.....	45
3.7.3	Integration erfordert Öffnung.....	46

3.7.4	Ein Recht, hier zu sein und hier zu bleiben .....	46
3.7.5	Menschenwürdiges Leben in Schleswig-Holstein.....	47
3.8	Den demokratischen Rechtsstaat schützen .....	47
3.8.1	Das Wahlgesetz ändern .....	48
3.8.2	Gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen und Transgender.....	48
3.8.3	Die Justiz stärken und den Strafvollzug reformieren.....	48
3.8.4	Jugendgewalt bekämpfen.....	49
3.8.5	Eine gut ausgebildete und ausgestattete Polizei.....	49
3.8.6	Die Versammlung ist frei.....	50
3.8.7	Für das einheitliche öffentliche Beschäftigungsrecht .....	50
3.8.8	Transparenz schaffen, Unabhängigkeit der Abgeordneten stärken .....	50
3.8.9	Null Toleranz gegenüber Rassismus und Diskriminierung.....	51
3.8.10	Gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Antisemitismus.....	51
3.9	Strategien für eine neue Kulturpolitik .....	52
3.9.1	Bessere Vernetzung und Kooperation .....	52
3.9.2	Einzelnen Projekten und Programmen mehr Aufmerksamkeit schenken .....	53
3.9.3	Mittel geschickt einsetzen.....	53
3.9.4	Mehreinnahmen für den Kulturbereich generieren.....	54
3.9.5	Vielfalt und Qualität klassischer Medien sichern .....	54
3.10	Schleswig-Holsteins digitale Zukunft gestalten .....	55
3.10.1	Das Internet für die Vitalisierung unserer Demokratie nutzen.....	55
3.10.2	Offene Daten - Transparenz schaffen und Partizipation ermöglichen.....	56
3.10.2	E-Government und digitale Teilhabe umsetzen .....	56
3.10.3	Zugang zum Internet als Bürgerrecht sicherstellen .....	56
3.10.5	Für neue Arbeit und wirtschaftliche Innovation.....	57
3.10.6	Netzneutralität sichern und durchsetzen .....	57
3.10.7	Freies Wissen teilen.....	57
3.10.8	Einen fairen Interessenausgleich aller im Netz Beteiligten schaffen.....	58
3.10.9	Freie und quelloffene Software fördern.....	58
3.10.10	Mehr Medienkompetenz für alle Generationen ermöglichen.....	58
3.10.11	Löschen statt sperren – gegen Vorratsdatenspeicherung und Trojaner-Einsatz .....	59
3.10.12	Datenschutz - meine Daten gehören mir!.....	59
3.10.13	Digitalen Verbraucherschutz stärken .....	60
3.10.14	Informationstechnologien nachhaltig ausgestalten .....	60
4.	Uns und unsere Umwelt schützen.....	61
4.1	Verbraucherschutz hat Vorrang.....	61
4.1.1	Vertrauen stärken durch bessere Kontrollen.....	61
4.1.2	Schutz der Verbraucher_innen am Telefon und im Internet.....	62
4.1.3	Verbraucherschutz im Finanzbereich stärken .....	62
4.2	GRÜNE Gesundheitspolitik.....	62
4.2.1	Ambulante Versorgung .....	63
4.2.2	Stationäre Versorgung.....	63
4.2.3	Demenz.....	64
4.2.4	Psychische Erkrankungen .....	64
4.2.5	Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche.....	65
4.2.6	Sucht effektiver bekämpfen.....	65
4.2.7	Den Infektionsschutz der Bevölkerung ausweiten .....	66

4.3	Unsere Umwelt bewahren und schützen.....	66
4.3.1	Vermeidung und Wiederverwertung ist unsere Abfallpolitik.....	66
4.3.2	Die Natur umfassend schützen.....	67
4.3.3	Schutzgebiete und Biotopverbundsysteme konsequent ausbauen .....	68
4.3.4	Den Flächenverbrauch stoppen.....	68
4.3.5	Eingriffe in die Natur konsequent ausgleichen .....	68
4.3.6	Wälder naturnah und nachhaltig bewirtschaften.....	68
4.3.7	Knicks wirksam schützen.....	69
4.3.8	Unser Trinkwasser muss sauber bleiben.....	69
4.3.9	Mehr Natur an Flüssen und Seen.....	70
4.3.10	Meere und Küsten schützen .....	70
4.3.11	Die Fischereipolitik vom Kopf auf die Füße stellen.....	71
4.3.12	Den Nationalpark Wattenmeer fördern .....	71
4.3.13	Naturnah jagen .....	71
4.3.14	Umweltbildung ausbauen und Naturerlebnisse schaffen .....	72
4.3.15	Tierschutz stärken .....	72
4.3.16	Rettet die Bienen! .....	73
4.3.17	Weniger Fleisch ist mehr Klimaschutz .....	73
4.4	Vorrang für eine nachhaltig, bäuerliche Landwirtschaft.....	73
4.4.1	Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen in der Landwirtschaft.....	74
4.4.2	Bauernhöfe statt Agrarindustrie – Privilegien für Tierfabriken streichen! .....	74
4.4.3	Die Kuh gehört auf die Weide.....	75
4.4.4	Schleswig-Holstein gentechnikfrei .....	75
4.4.5	Bioenergie oder Tierfutter - Weniger Mais ist besser.....	76
5.	Stadt, Schleswig-Holstein, Bund, Europa.....	77
5.1	Starke Kommunen als Heimat.....	77
5.2	Nordish by Nature .....	77
5.3	Schleswig-Holstein als Europäische Modellregion .....	78
5.4	Mare Balticum – die Potenziale des Ostseeraums für Schleswig Holstein nutzen.....	78
5.5	Europa aus der Krise helfen.....	79
5.6	Europäische Strukturfonds besser nutzen.....	79
5.7	Europa steht in der gemeinsamen Verantwortung.....	80
5.8	Schleswig-Holstein in der einen Welt.....	80
6.	Solide Finanzpolitik für Schleswig-Holstein .....	81
6.1	Sparkassen erhalten – HSH Nordbank in andere Hände geben.....	81
6.2	Den Länderfinanzausgleich neu gestalten .....	81
6.3	Ohne Einnahmesteigerung kann die Schuldenbremse nicht umgesetzt werden .....	82
6.4	Die Kommunalfinanzen stärken.....	82
6.5	Schleswig-Holstein fit für Europa machen.....	83

## Mind the Gap

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt viele Formen geschlechtergerechter Sprache. Uns GRÜNEN sind „liebe Leserinnen und Leser“ genauso in Fleisch und Blut übergegangen wie „liebe LeserInnen“.

Viele Menschen empfinden solche geschlechtergerechte Sprache offensichtlich als sperrig oder politisch überkorrekt. Die meisten deutschen Texte sind immer noch in rein männlicher Sprache geschrieben („liebe Leser“).

Neben den politischen Inhalten in diesem Programm macht auch der Ton die Musik. Wir wollen geschlechtergerechte Sprache deshalb einmal anders formulieren: als „Gender Gap“ („liebe Leser\_innen“). Gender Gap ist ein linguistischer Versuch, Geschlechterneutralität auszudrücken.

Wir sind gespannt, ob auch Sie als Leser\_in darüber stolpern und ob wir mit dieser Sprache eine Debatte auslösen. Innerhalb unserer eigenen Partei hat dieser Stolperstein eine rege Auseinandersetzung über das - für uns alte - Thema geschlechtergerechte Sprache provoziert.

Wie in London in der U Bahn gilt deshalb auch für unser Programm: „Mind the Gap“. Wir wollen mit diesem Stolperstein niemanden ins Straucheln bringen – deswegen schreiben wir „leserfreundlich“ und nicht „leser\_innenfreundlich“, auch wenn letzteres konsequenter wäre.

## **Liebe Schleswig-Holsteiner\_innen,**

nach nur zweieinhalb Jahren wählen wir erneut einen Landtag.

Das Landesverfassungsgericht stellte in seinem Urteil vom August 2010 fest, dass der jetzige Landtag verfassungswidrig zusammengesetzt ist – somit hat die schwarz-gelbe Regierung eigentlich keine Mehrheit im Parlament. Mit der Neuwahl wird dieser verfassungsrechtlich und demokratisch unhaltbare Zustand endlich geheilt.

Die Landespolitik in Schleswig-Holstein kommt seit sieben Jahren nicht aus den negativen Schlagzeilen heraus. Das Ende von Rot-Grün 2005, die Kämpfe innerhalb der Großen Koalition mit ihrem vorzeitigen Bruch 2009 und die verkorkste schwarz-gelbe Koalition waren kein Ruhmesblatt für unser Land.

### **Ein neuer Politikstil für Schleswig-Holstein**

Die Landtagswahl am 6. Mai 2012 ist eine Abstimmung darüber, ob wir Schleswig-Holsteiner\_innen weiter in diesem alten Politik-Trott traben oder aber einen neuen Aufbruch wagen wollen. Wir GRÜNE wollen einen neuen politischen Stil für Schleswig-Holstein etablieren, der die alten Reflexe gegenüber den anderen Parteien und zwischen Opposition und Regierung aufbricht. Die Zeiten sind vorbei, wo man in der Opposition ungestraft alles versprechen konnte – um dann bei Regierungsantritt und nach Blick in die leeren Kassen zu erklären, es sei viel schlimmer als man vorher angenommen habe und man müsse fortan die "Zeit der schmerzlichen Kompromisse" einläuten.

Wir haben deshalb in den vergangenen zweieinhalb Jahren als Opposition eigene, durchgerechnete Haushalte vorgelegt. Sie waren zwar nicht rosiger als die der Landesregierung. Jedoch haben wir auf Basis dessen, was finanzierbar ist, die Prioritäten deutlich anders gesetzt.

Wir wollen die Probleme und die Herausforderungen, vor denen wir in Schleswig-Holstein stehen, deshalb auch in diesem Wahlprogramm offen benennen. Wir sehen uns in der gleichen Verantwortung für unser Land, egal, ob wir nach der Wahl in der Opposition oder in einer Regierung landen werden.

### **Wir wollen Ihnen nichts vormachen**

Die finanzielle Situation des Landes ist sehr schlecht. Die Schuldenuhr steht derzeit bei 27 Milliarden Euro und eine Milliarde Euro gehen jedes Jahr aus dem Landeshaushalt für Zinszahlungen drauf. Großer Geldregen ist nicht zu erwarten und bei den begrenzten Möglichkeiten der Länder, eigene Steuern zu erheben, derzeit auch nicht politisch realisierbar. Wachsende Ausgaben durch steigende Pensionslasten und Zinsen kommen hinzu. Möglichkeiten zu Einsparungen ohne weit reichende negative Konsequenzen sind kaum vorhanden. Doch einfach weitere Schulden aufzunehmen verbietet sich auch aus Gründen der Generationengerechtigkeit. Deshalb haben wir uns aktiv für die Schuldenbremse eingesetzt.

Diesem Programm vorausgegangen ist ein langer und intensiver Diskussionsprozess in unserer Partei und mit gesellschaftlichen Akteur\_innen über die Frage, wie wir die finanzielle Lage des Landes verbessern können und was auf dieser Grundlage tatsächlich finanzierbar ist. Um es auf den Punkt zu bringen: Dieses Programm misst sich am Möglichen – und nicht an dem, was wir uns für Schleswig-Holstein wünschen würden, aber letztlich nicht realisierbar ist.

## **Eigenständig GRÜN**

Unser Programm beschreibt ein eigenständiges GRÜNEs Projekt, das wir für diese Wahl anbieten. Wir treten nicht als Anhängsel einer anderen Partei an. Wir stehen für eine Beendigung des alten Lagerdenkens, das Politik in der Vergangenheit zwar übersichtlich gemacht, aber immer häufiger auch blockiert hat. Wir haben einen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch, der alle politischen Themen miteinander verbindet. Um unsere Inhalte umzusetzen, wollen wir breite Bündnisse schmieden und sind bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Aber wir folgen keinem Koalitionsautomatismus und sehen Regierungstreben nicht als Selbstzweck. Dann lieber nicht regieren.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt: GRÜNE Inhalte haben eine wachsende Akzeptanz in der Bevölkerung. Immer mehr Menschen trauen uns zu, größere Verantwortung zu übernehmen. Dies gilt auch für Themen, bei denen uns Fachkompetenz nicht traditionell zugeschrieben wurde. Wir sind überzeugt, dass es wertgeschätzt wird, seinen Werten und Idealen treu zu sein, aber auf neue Herausforderungen auch neue Antworten zu geben. Auch wir haben vor 30 Jahren nicht im Traum daran gedacht, dass Schleswig-Holstein heute problemlos zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien versorgt werden könnte, wenn denn der politische Wille da gewesen wäre. Heute treten wir mit dem Ziel an, in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2020 dreimal so viel erneuerbaren Strom zu produzieren, wie wir verbrauchen und zum Exportland für saubere Energie zu werden. Das ist ambitioniert – aber realistisch!

## **Die Alternative zu den alten Volksparteien**

Die Bindungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien lösen sich auf. Wurde man früher in eine CDU- oder SPD-Familie hinein geboren, in der die Wahlentscheidung quasi auf ähnliche Weise vererbt wurde wie die konfessionelle Zugehörigkeit, so müssen wir Parteien heute Wähler\_innen überzeugen, warum es sich lohnt wählen zu gehen – und warum es sich lohnt, gerade Grün zu wählen. Wir begrüßen diese Entwicklung, denn so haben wir schon immer Politik verstanden. Es verlangt von uns, unsere Argumente immer wieder neu zu durchdenken und herauszufinden, ob sie auch im Austausch der Argumente bestehen. Und es verlangt von den Wähler\_innen, sich aktiv mit Politik auseinanderzusetzen. So stellen wir uns eine selbstbewusste Bürgergesellschaft vor. Parteien als Kanzlerwahlvereine – das war gestern.

Früher hörte man von Eltern häufig den Satz: „Unser Kind soll es einmal besser haben“. Jedoch sind die sozialen Aufstiegschancen in Deutschland trotz unseres gesellschaftlichen Wohlstands für immer mehr Menschen ein leeres Versprechen. Hinzu kommt das verunsichernde Gefühl, dass Politik und Gesellschaft die großen globalen Probleme nicht mehr lösen können.

Wir GRÜNE sagen seit über 30 Jahren: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“. Wir haben immer schon auf die Risiken der Atomenergie, den Klimawandel, die weltweit und auch bei uns voranschreitende Kluft zwischen immer weniger Reichen und immer mehr Armen sowie die implodierenden öffentlichen Haushalte und zügellos agierenden Finanzmärkte hingewiesen. Für uns kommt es darauf an, diese zentralen Krisen zusammen zu denken und kohärente Lösungen zu entwickeln. Heute wird deutlich: Wir haben nicht Angst vor der Zukunft gemacht, sondern leidenschaftlich dazu aufgerufen, sie endlich in die Hand zu nehmen und nicht länger so zu leben, als ob es kein Morgen gäbe.

Wer bewahren will, muss deshalb bereit zu Veränderungen sein. Ob Atomausstieg, die Ökologisierung der Wirtschaft, Integration, die Rolle der Bildung als Grundstein für individuelle Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt, oder eine ernsthaft nachhaltige Politik, auch bei den Finanzen: viele Konservative finden heute ihre alten Werte bei uns wieder – in einem anderen Gewand. Wir GRÜNE treten an, um Schleswig-Holstein zu gestalten. Anders als viele von der SPD und Union, von FDP und Linke ganz zu schweigen, glauben wir nicht, dass die alten Reflexe uns weiterbringen, nach denen Politik vor allem in der bloßen Auseinandersetzung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander stattfinden muss. Wir finden: Es braucht mehr Verständigung mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur\_innen über den Kurs, den unser Land nehmen soll.

### **Eine neue Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein**

Unser Ansatz in der Wirtschaftspolitik ist dafür ein gutes Beispiel. Freiheit, Teilhabe, Ökologie und wirtschaftliche Entwicklung sind kein Widerspruch. Unser Leitbild setzt vor allem auf die Kreativität und das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen. Wirtschaftliche Entwicklung muss wertegeleitet sein durch ökologische und soziale Normen und Leitplanken.

Auf europäischer und Bundesebene haben wir GRÜNE mit dem GRÜNEN New Deal ein Konzept für den ökologischen und sozialen Umbau unserer Wirtschaft entwickelt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zwingt Politik und Gesellschaft zum Handeln. Es wäre fatal, die Chance, die darin liegt, zu vergeuden. Der GRÜNE New Deal stellt die Weichen in eine zukunftsfähige Richtung – ökologisch, sozial und mit harten Bandagen gegenüber der Finanzwirtschaft.

Wir Schleswig-Holsteiner\_innen können Vorreiter\_in eines großen ökonomischen Wandlungsprozesses werden. Für unser Bundesland bietet sich, erst recht seit dem Atomausstiegsbeschluss, eine große Chance durch innovative Techniken, Produktreihen, Güter- und Warenkreisläufe, neue Handelsbeziehungen und Geschäftsmodelle aufzubauen. Auch das soziale Miteinander des Landes und der Wohlstand der Menschen werden davon abhängen, ob es uns gelingt, wirtschaftlich neue Wege zu gehen.

### **Eine Kultur des Gehört-Werdens und des Mit-Machens für alle Bürger\_innen**

Viele Menschen in Schleswig-Holstein denken und handeln vorausschauender als ihre Regierung. Ein gutes Beispiel dafür sind die vielen "Bürger-Energieparks" im Land. Sie sorgen nicht nur dafür, dass die Wertschöpfung in Schleswig-Holstein stattfindet, sondern sie demokratisieren auch die Strukturen des stark monopolisierten Energiemarktes. Wir wollen Politik wieder mehr als gegenseitiges Gespräch mit den Menschen verstehen. Der GRÜNE Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, hat es eine „Kultur des Gehört-Werdens“ genannt. Genau darum und um das Mit-Machen geht es uns auch. Wir wollen, dass Landespolitik so nah und konkret ist wie Politik in den Kommunen. Schleswig-Holstein geht uns alle an. Für die großen Reformprojekte – der Ausbau der Stromtrassen, die Reform der Verwaltung und der kommunalen Ebene, ja selbst die Haushaltssanierung – brauchen wir mehr Bürgerbeteiligung und nicht weniger.

**Liebe Schleswig-Holsteiner\_innen**, wählen Sie am 6. Mai BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Wählen Sie eine andere Politik für unser Land.

Ihre Schleswig-Holsteinischen GRÜNEN

## 1 Schleswig-Holstein ökologisch modernisieren

Wir GRÜNE stehen seit jeher für eine Politik, die wegführt von der Atomenergie, die sich engagiert gegen den Klimawandel und Raubbau an den natürlichen Ressourcen auf der Erde. Die Herausforderungen sind längst nicht mehr abstrakt, erst recht nicht für unser meerumschlungenes Schleswig-Holstein. Und die Wende ist noch lange nicht vollzogen: In 2010 wurde mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen als jemals zuvor. Schaffen wir es nicht, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen und den Anstieg des Meeresspiegels zu bremsen, werden wir die Deiche nicht halten und die Inseln und Halligen nicht schützen können. Deshalb müssen wir die Klimagasemissionen in Deutschland bis 2050 konsequent um 90 Prozent reduzieren.

Die gute Nachricht ist: Technologische Entwicklungen und ein sich wandelndes gesellschaftliches Bewusstsein haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir diese Ziele erreichen können.

Wir in Schleswig-Holstein sind nicht nur stärker von diesen Bedrohungen betroffen als andere Bundesländer, wir haben auch bessere Voraussetzungen, um die notwendige Wende einzuleiten und davon zu profitieren. Wir GRÜNE wollen jetzt die Weichen für eine langfristige ökologische Modernisierung des Energiesektors, des Verkehrs und der Wirtschaft stellen. Das ist eine gigantische Aufgabe, ein großes industrielles, ökologisches und demokratisches Projekt, das wir gemeinsam mit Ihnen umsetzen wollen.

### 1.1 Das Land der erneuerbaren Energien

Als Land zwischen den Meeren können wir unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar selbst produzieren und darüber hinaus ab 2020 sogar die doppelte Menge noch exportieren. Als Energieexportland unterstützen wir so andere Regionen beim Umstieg auf erneuerbare Energien und stärken den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Wir können mit erneuerbaren Energien mehr Strom produzieren, als das jemals mit fossilen und atomaren Kraftwerken im Land geschehen ist. Doch dazu braucht es die richtigen politischen Weichenstellungen.

#### 1.1.1 Erneuerbare Energien verantwortungsvoll ausbauen

Unser Küstenland bietet hervorragende Bedingungen für die Nutzung von Wind, Sonne, Bioenergie und Geothermie. Die Energiewende verändert auch die Landschaft, kann zu Fehlentwicklungen führen, wie zum Beispiel durch den massiven Maisanbau für Agrargasanlagen (Biogasanlagen) und verschärft die Konkurrenz um knapper werdende Flächen zum Naturschutz und zur Lebensmittelproduktion. Entscheidend für die nächsten Jahre sind deshalb Transparenz, Ehrlichkeit in der Debatte und Akzeptanz bei der Bevölkerung.

Wir wollen kommunale Anträge zur Ausweisung von Windeignungsflächen und beim Ausweis von Testflächen für neue Anlagen unterstützen. Wir setzen dabei insbesondere auf „Bürger - Windparks“ und „Bürger - Solarparks“. Wir begrüßen zusätzliche Investitionen der Gemeinden in Projekte im Bereich der regionalen, erneuerbaren Energieerzeugung, der Energieeffizienz, der Energieeinsparung und des Stromnetzes und werden auch als Land in den nachhaltigen Energiewandel investieren, denn diese Investitionen lohnen sich sowohl volks- als auch rein betriebswirtschaftlich. Die Energiewende

bedeutet auch die Notwendigkeit und Chance zu einer Demokratisierung des Energiesektors.

Die Bedingungen für Solarenergie in Schleswig-Holstein sind, allen Vorurteilen gegenüber dem Nord-Wetter zum Trotz, gut. Bürgernähe macht Solarenergie zu einem Bestandteil des Ausbaus von unten, bei dem viele Menschen, Unternehmen und Wohnungsgesellschaften Anlagen auf die Dächer ihrer Häuser und Betriebe bauen. Wir setzen vor allen Dingen auf weitere, insbesondere solarthermische Dachsolaranlagen. Neue Freiflächenanlagen sollen nicht mehr auf Agrarflächen entstehen, sondern in Konversions- oder Gewerbegebieten. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Anpassung der Solarstromvergütung in kleinen und sinnvollen Schritten erfolgt. Zudem werden wir die Angemessenheit der Subventionen (kleineren Anteil der EEG-Umlagen) für energieintensive Branchen prüfen und gegebenenfalls Bundesratsinitiativen ergreifen.

Kleinwasserkraftwerke können einen weiteren Beitrag zur regenerativen Stromerzeugung leisten. Deren Bau ist deshalb zu erleichtern.

### **1.1.2 Windenergie als Chance für Schleswig-Holstein**

Die Windenergie auf dem Land liefert in Zukunft die größte Menge Strom in Schleswig-Holstein. Bei der geplanten Erweiterung der Windvorrangfläche von 1 auf 1,5 Prozent der Landesfläche wird die Zahl der Anlagen mit 3000 ungefähr gleich bleiben. Aber die Windanlagen werden mit moderner Technik höher und größer sein. Die derzeitige Leistung von 3 Gigawatt (GW) verdreifacht sich auf 9 GW (zum Vergleich: die drei Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein produzierten 3,4 GW), die erzeugte Strommenge vervierfacht sich auf ca. 27 Terrawattstunden (TWh). Windstrom auf dem Meer kommt mit 12 TWh hinzu (zum Vergleich: 2010 betrug die gesamte Stromproduktion ca. 24 TWh). Damit wird Windenergie erheblich zur Wertschöpfung in Schleswig-Holstein beitragen. Diese Entwicklung wollen wir voranbringen.

Zu bürgernaher Planung gehört auch die Vermeidung von Störungen. Die nächtliche Beleuchtung der Windenergieanlagen (WEA-Gefahrfeuer Flugsicherheit) wollen wir durch Bedarfsbefeuerung bei Annäherung von Flugzeugen ersetzen. Das ist heute schon technisch möglich und muss auf Bundesebene durchgesetzt werden.

Die Windparks im Meer (Offshore) werden, anders als die Windparks an Land (Onshore), von großen Energiefirmen gebaut – oder eben nicht gebaut. Denn sie sind längst genehmigt, wurden aber im Pokerspiel um die Atomlaufzeitverlängerung stets verzögert. Offshore-Windenergie ist ein wichtiger Baustein im Zukunftsszenario der erneuerbaren Energien, wenngleich die Hauptleistung in Schleswig-Holstein weiterhin an Land erbracht werden wird.

Die Genehmigung von Kleinwindanlagen und bautechnische Anforderungen werden wir erleichtern und die Kriterien für die Ausweisung von Eignungsflächen für Großwindanlagen kritisch überprüfen. Die Nutzbarkeit ausgewiesener Flächen wollen wir optimieren, zum Beispiel durch geringere Abstände zu Wirtschaftswegen.

In den letzten Jahren hat Schleswig-Holstein seine großen Chancen beim Anlagenbau, der Logistik und dem Servicebetrieb für Offshore nicht genutzt. Bevor sich das Fenster ganz schließt und alle Wertschöpfungsketten nach Dänemark oder Niedersachsen/Bremen verlagert werden, ist entschiedenes

politisches Handeln gefragt. Helgoland als Wartungs-Hafen, Brunsbüttel als Montage-Hafen und die Westküsten-Häfen, hier vor allen Dingen Büsum, als Service-Häfen haben nur dann eine Chance, wenn sich die Landespolitik endlich energisch für sie einsetzt. Genau das wollen wir tun.

Darüber hinaus wollen wir über das Bündnis der Hochschulen im Land die Forschung und den Aus- und Weiterbildungsbereich im Bereich Energie deutlich stärken. Wir treten dafür an, die Offshore-Windenergie mit der gesamten maritimen Wirtschaft des Landes zu verbinden. Neue Montageserviceschiffe, Plattformen, die Produktion aus schleswig-holsteinischen Werften – das alles schafft die Arbeitsplätze der Zukunft hier im Land.

### **1.1.3 Die Netze ausbauen**

Ob wir in Deutschland und Europa die Energiewende schaffen und den Atomausstieg vollziehen können, entscheidet sich nicht nur am Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion, durch die Senkung des Verbrauchs und an der Frage der Speicherung, sondern nicht zuletzt am Ausbau der Stromnetze. Denn immer häufiger müssen Windenergie- und Biogasanlagen still stehen, weil die Stromnetze nicht zum Abtransport der Leistung ausreichen.

Wir müssen deshalb zwei zunächst widersprüchlichen Anforderungen gerecht werden: wir müssen zum einen die Planungsverfahren verkürzen und wir müssen zum anderen die Bürger\_innen früher und stärker beteiligen. Wir brauchen also ein neues Planungsrecht. Es sollte alles getan werden, um durch vorgezogene, echte Bürgerbeteiligung bei der Bestimmung der Ziele, die Konflikte im Vorfeld zu lösen, so dass es bei der Planfeststellung und Umsetzung geringere Widerstände und Verzögerungen gibt. Wir machen uns für echte Spielräume bei der Ausgestaltung der Trassen stark. Bei der 380 Kilovolt (KV)-Höchstspannungsebene gehören dazu strahlungsarme Stromnetze und alternative Trassenführungen, die Abstand zu Ortschaften und besonders sensiblen Naturräumen halten. Bei den 110 KV-Hochspannungsleitungen setzen wir uns dafür ein, dass die Möglichkeit des Energiewirtschaftsgesetzes genutzt wird, neue Trassen grundsätzlich als Erdkabel auszuführen. Darüber hinaus wollen wir schrittweise auch die bestehenden 110 KV-Freileitungen unter die Erde verlegen. Das erhöht die Versorgungssicherheit im Winter und sieht landschaftlich schöner aus. Forschung und Entwicklung muss gefördert werden mit dem Ziel, die Belastung für Mensch und Natur zu verringern.

Ergänzend dazu sollen ein leistungsfähiger überregionaler Austausch mit Hilfe eines „europäischen Netzwerkes“ und Strom aus solarthermischen Kraftwerken den Weg in die erneuerbare Zukunft ebnen.

### **1.1.4 Netze in Bürgerhand**

Netze in Bürgerhand bedeutet: Bürger\_innen beteiligen sich direkt an den Investitionen der Hoch- und Höchstspannungsnetze nach dem Vorbild der "Bürgerwindparks". Und auch die kommunale Energiewirtschaft hat dabei eine Schlüsselrolle. Die den Kommunen von der E.ON Hanse angebotene Kapitalbeteiligung an deren Netzgesellschaften fördert in keiner Weise den notwendigen Wettbewerb auf dem Energiemarkt. Wir werden einen Rückkauf der Netze durch die Städte und Gemeinden unterstützen. Dazu gehören auch kommunale Einspar- und Effizienzprogramme. Wir werden eine Kündigung der Organleihe bei der Bundesnetzagentur prüfen, um eine eigene Landesregulierungsbehörde

aufzubauen.

### **1.1.5 Speicher für Strom und Wärme bauen**

Die Energiewende kann ohne Speicher nicht gelingen. Wir wollen mit einer Kartierung des Untergrundes in Schleswig-Holstein herausfinden, welche unterirdischen Kavernen für die Speicherung von Windenergie geeignet sind. Es muss dabei ausgeschlossen sein, dass diese Forschung für die Verpressung von CO<sub>2</sub> missbraucht wird.

Wir wollen die engere Anbindung unseres Stromnetzes an Skandinavien mit seinen hervorragenden Speicherpotenzialen. Wir setzen uns entschieden für den Ausbau der Kabelverbindungen nach Norwegen ein, hier insbesondere für das Seekabel-Projekt NORD.LINK von Feda (Norwegen) nach Brunsbüttel. Mit dem Pumpwasserkraftwerk in Geesthacht und weiteren geplanten Anlagen haben wir weitere Speichermöglichkeiten im Land, für die wir gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen wollen. Die Entwicklung von Batteriespeichersystemen für Haushalte, Betriebe oder Fahrzeuge wollen wir ebenso unterstützen wie die Methangasproduktion unter Zuhilfenahme von Windenergie.

### **1.1.6 Erneuerbare Wärme für gut gedämmte Häuser**

40 Prozent des gesamten Energieaufwandes werden in Schleswig-Holstein für die Beheizung von Gebäuden benötigt. Während beim Neubau von Gebäuden ein guter Wärmeschutzstandard inzwischen die Regel ist, sind viele Häuser im Bestand noch „alte Energieschleudern“. Deshalb wollen wir erreichen, dass deutlich mehr Gebäude des Altbaubestandes wärmetechnisch sach- und fachgerecht saniert werden.

Im Interesse des Klimaschutzes setzen wir uns für Maßnahmen gegen Wärmeverluste und eine stärkere Nutzung von erneuerbarer Wärme im Rahmen eines Landesgesetzes ein, solange kein Bundesgesetz gelingt.

### **1.1.7 Kommunalen Klimaschutz und Kraft-Wärme-Kopplung statt Kohlekraftwerke**

Wir setzen auf einen verstärkten Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung, um den Energieverbrauch zu verringern. Dafür wollen wir eine Landesinitiative Wärmeplanung für Kommunen, Wohnungswirtschaft und Gewerbe auf den Weg bringen. Hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist die Brücke ins Zeitalter der erneuerbaren Energien. Statt großer Fernwärmenetze stehen dabei Nahwärmekonzepte und kleine Blockheizkraftwerke (BHKW) im Vordergrund. Größere Wärmespeicher ermöglichen eine gezielte Produktion für den Elektrizitätsmarkt (stromgeführte KWK).

Viele bestehende Biogasanlagen, die Strom produzieren, nutzen die anfallende Wärme nicht. Das ist eine Verschwendung der knappen Ressource Energie. Wir unterstützen eigenständige Biogasleitungen (Mikronetze), um die Wärme aus Biogas-KWK an besonders für Wärmenutzung geeigneten Orten zu erzeugen.

### **1.1.8 Effizienztechnologie im Haushalt und in Unternehmen**

Wir wollen Verbraucher\_innen und Unternehmen dauerhaft von hohen Energiekosten entlasten. Insbesondere einkommensschwache Haushalte müssen von öffentlichen Förderprogrammen besser profitieren können. Wir setzen vor allem beim Verbrauch an und werden Investitionen in Energieeinsparung erleichtern. Die Innovations- und Wirtschaftsförderung soll auf Energieeinsparung und erneuerbare Energien ausgerichtet werden.

Wir wollen vorhandene Förderprogramme zum Beispiel aus dem europäischen Strukturfonds verstärkt in die Energieeffizienz leiten. Für kleinere Kommunen wird eine kostengünstige, unabhängige Erstberatung durch Umschichtung im Ministerium zur Verfügung gestellt. Auch auf Bundesebene werden wir uns für ein ambitioniertes Energieeffizienzprogramm einsetzen.

Die Zukunft liegt in einem intelligenten Stromnetz (smart-grid). Saisonal und im Laufe eines Tages schwankt der Strompreis mit der Nachfrage und den unterschiedlichen Möglichkeiten der Erzeugung (zum Beispiel bei Schwachwind oder Starkwind in der Windenergie). Dieses Preissignal muss an die Erzeuger\_innen und Verbraucher\_innen weitergegeben werden, um rationales und sparsames Verhalten zu fördern. Die Technik für intelligente Netze gibt es bereits. Wir wollen das als Modellregion in Schleswig-Holstein einführen.

Energiesparen bringt Spaß und Geld. Wir werden 50/50 Projekte an Schulen zusammen mit der kommunalen Energiewirtschaft und Energieberatern sowie dem Bundesumweltamt systematisch ankurbeln. Die Schüler\_innen lernen so Technik und Ökonomie ihrer eigenen Schule in Energiesparprojekten. Was an Geld eingespart wird, teilen sich Schulträger und die Schülereassen. Fifty/fifty eben.

### **1.1.9 Den Atomausstieg zu Ende bringen**

Gerade in Schleswig-Holstein haben uns zahlreiche Störfälle immer wieder das hohe Risiko der Atomtechnologie vor Augen geführt. Dies gilt besonders für die seit 2007 stillliegenden Pannereaktoren Brunsbüttel und Krümmel. Wir haben in der Anti-AKW-Bewegung für die Stilllegung der Meiler gekämpft. Der beschlossene Atomausstieg ist auch ein Sieg der Anti-Atom-Bewegung.

Atomstrom bleibt auch nach dem Ausstiegsbeschluss und dem Abschalten der Schleswig-Holsteinischen Reaktoren Brunsbüttel und Krümmel gefährlich – der verbleibende Reaktor in Brokdorf darf deshalb keinen Sicherheitsrabatt bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass das AKW-Brokdorf schneller als bisher geplant vom Netz geht. Wir wollen sehr viel strengere Sicherheitsauflagen mit Schutz gegen Havarie, Hochwasser, Flugzeugabstürze oder Hacker-Angriffe, die durch ein neues und bereits erarbeitetes kerntechnisches Regelwerk auf Bundesebene endlich umgesetzt werden müssen.

Die Atomkraftwerksbetreiber haben bislang die Risiken sozialisiert. Wer die AKWs weiterhin betreiben will, darf sich nicht auf die Fortsetzung der bisherigen Subventionen verlassen. Wir wollen die Subventionen für die Atomwirtschaft abbauen.

### **1.1.10 Kohlestrom ist ein Irrweg**

Schleswig-Holstein hätte den Bau von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel verhindern können, wenn das Land die dafür vorgesehenen Flächen nicht verkauft hätte. Genau das aber hat die ehemalige CDU/SPD - Regierung getan. Dadurch ist es deutlich schwieriger geworden, den Bau neuer Kohlekraftwerke zu verhindern. Wir werden das dennoch versuchen und alle rechtlichen Instrumente, vor allen Dingen der Landesplanung, nutzen. Gegebenenfalls werden wir außerdem gesetzliche Änderungen auf Bundesebene einbringen.

### **1.1.11 Schleswig-Holstein ist keine Treibhausgasdeponie**

Neue Kohlekraftwerke lehnen wir ab – ebenso wie die Verpressung von CO<sub>2</sub> in den Untergrund, das so genannte CCS. CCS birgt hohe Risiken, auch was den Schutz des Grundwassers angeht, es verschlechtert den Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken massiv und ist deshalb ökologisch und ökonomisch ein Irrweg. Wir erteilen allen Plänen, die Abgase aus Kohlekraftwerken im Schleswig-Holsteinischen Untergrund oder im Meeresboden zu lagern, eine klare Absage. Wir lehnen das so genannte „Fracking“ als Methode zur Gasgewinnung ab, da es zu massiven Schäden für die Mensch und Umwelt in der Umgebung führt.

## **1.2 Unterwegs in Schleswig-Holstein**

Der Verkehrsbereich verursacht in Schleswig-Holstein etwa sechs Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Intelligente Mobilitätskonzepte zu entwickeln ist nach der Energiewende hierzulande die wichtigste Aufgabe für die nächsten Jahre, denn nur so kann die ökologische Modernisierung auch gelingen. Um möglichst schnell, sicher und komfortabel mobil zu sein, ist es nicht nötig, 70 Kilogramm Mensch in ein bis zwei Tonnen Stahl zu transportieren. Ein Absinken des Energieverbrauchs bei PKW ist trotz aller technologischen Entwicklungen seit Jahren nicht zu erkennen. Vielmehr stiegen die verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Schleswig-Holstein seit 1990 sogar um zehn Prozent an.

Die Anforderungen an Mobilität und Transport, die Erreichbarkeit von Schulen und Arbeitsplätzen, die Versorgung der lokalen Wirtschaft im ländlichen Raum, die finanzpolitische Verantwortung für einen effektiven Einsatz von Haushaltsmitteln in Zeiten öffentlicher Verschuldung – all dies muss zusammen mit den Belangen des Klimaschutzes und der Ressourcennutzung in ein Handlungskonzept übersetzt werden. Wir setzen uns dafür ein in allen Bereichen des Personenverkehrs Barrierefreiheit zu schaffen.

### **1.2.1 Mobilität vernetzt planen**

Die Mobilität der Zukunft wird geprägt sein durch ein sinnvolles Zusammenwirken der verschiedenen Verkehrsträger. Das heißt zum Beispiel, dass wir die langen Strecken mit der Bahn zurücklegen und für den Weg von der Wohnung zum Bahnhof beziehungsweise zum Ziel der Reise den Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV), das Fahrrad oder auch einen PKW nutzen. Die junge Generation macht es vor, wie aktuelle Untersuchungen aus Deutschland und den USA zeigen: der eigene Führerschein steht immer noch ganz weit oben auf der Wunschliste, die individuelle Mobilität durch den Besitz und

die Nutzung eines eigenen Autos aber nicht mehr. Das eigene Auto ist ein Statussymbol des 20., und nicht des 21. Jahrhunderts.

Angesichts knapper Haushaltsmittel können nicht mehr alle Verkehrsbauprojekte realisiert werden, als ob es gälte, einen Wunschzettel umzusetzen. Wir nehmen eine Priorisierung geplanter Verkehrsprojekte vor. Dabei stehen für uns in der Rangliste ganz oben ökonomisch und ökologisch sinnvolle Vorhaben wie der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und ganz unten ökonomisch und ökologisch schädliche Vorhaben wie die geplante feste Fehmarnbelt - Querung.

### **1.2.2 Öfter wäre besser – Nahverkehr in Schleswig-Holstein**

Der ÖPNV in Schleswig-Holstein muss ausgebaut, besser vernetzt, bequemer, kostengünstiger und schneller werden. Wir wollen in Schleswig-Holstein die Fahrpläne der Buslinien besser mit den Fahrplänen und Haltestellen der Züge koordinieren. Die Landesverkehrsservice-Gesellschaft soll deshalb als Koordinationsstelle zwischen den regionalen Aufgabenträgern für den Busverkehr und dem landesweit gesteuerten Zugverkehr ausgebaut werden. Auf wenig genutzten Strecken und in Randzeiten wollen wir vermehrt Rufbus- und Ruftaxisysteme ausbauen. Wir wollen im ländlichen Raum ein Art Trampsystem erfinden, zum Beispiel symbolisiert ein grüner Punkt „möchte gerne mitgenommen – nehme gerne mit.“

Wir streben eine abgestimmte Verkehrsplanung mit Hamburg an. Das schließt den HVV-Bereich mit ein, bezieht sich aber ebenso auf die großen Infrastrukturmaßnahmen wie Flughäfen, Bahnstrecken, Straßenbau oder Hafenausbau. Damit der Blick auf den ÖPNV und Schienenpersonalverkehr sich nicht nur vorrangig auf die Metropolregion Hamburg richtet, sondern ganz Schleswig-Holstein einbezieht, streben wir eine enge Kooperation der Aufgabenträger für den Schienenverkehr und den Busverkehr in Schleswig-Holstein und Hamburg an. Es ist unser langfristiges Ziel, dass aus dieser Kooperation ein gemeinsamer Aufgabenträger für beide Bundesländer entsteht. Darüber hinaus ist eine gemeinsame Abstimmung aller norddeutschen Bundesländer auf den Deutschlandtakt erstrebenswert. Auch in der Grenzregion zu Dänemark fordern wir eine verbesserte Abstimmung der Angebote im ÖPNV.

### **1.2.3 Mehr Verkehr auf die Schiene**

Bundespolitisch sprechen wir uns gegen die Privatisierung der Schieneninfrastruktur aus. Die Bahnanlagen müssen in der öffentlichen Hand bleiben und aus der Bahn AG herausgelöst werden. Nur so wird sichergestellt, dass die im Netzbetrieb erwirtschafteten Einnahmen auch zur Netzverbesserung genutzt werden. Auch private Verkehrsanbieter sollen das Schienennetz gleichberechtigt nutzen können. Erfolge zeigen sich schon beim Güterverkehr, wo etwa 28 Prozent durch private Verkehrsunternehmen erbracht werden. Beim Nahverkehr sind es etwa 25 Prozent.

Die Ausschreibungen für den Betrieb der Streckennetze im Schienen-Personalverkehr in Schleswig-Holstein haben zu mehr Wettbewerb, Angebotsverbesserungen, höheren Nutzerzahlen und Kostensenkungen geführt. Diese erfolgreiche Praxis werden wir auch für den Betrieb der AKN-Strecken fortsetzen. In den Ausschreibebedingungen soll das ganztägige Angebot der Linie bis zum Hamburger Hauptbahnhof aufgenommen werden, um die Pendlerströme ökologisch sinnvoll zu bewältigen. Bei der

Neuanschaffung von Bahnwagons muss auf die Kompatibilität mit den Anforderungen des HVV geachtet werden. Für die Verwendung der GVFG-Mittel (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) des Landes in Höhe von 43 Millionen Euro jährlich streben wir GRÜNE eine Aufteilung von 70 Prozent der Mittel für den ÖPNV und den Radverkehr und 30 Prozent für die kommunalen Straßen an.

Wir möchten den Schleswig-Holstein-Tarif weiterentwickeln, damit der Nahverkehr noch attraktiver wird. Gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen möchten wir neue Anreiz-Tarife, wie zum Beispiel Flatrates, entwickeln, um noch mehr Menschen vom Nahverkehr zu überzeugen.

Wir werden uns beim Bund für die Übernahme der reinen Regionalstrecken in Schleswig-Holstein in das Eigentum des Landes einsetzen und sie in einer Landesinfrastrukturgesellschaft zusammenführen. Durch regionalen Wettbewerb können auch hier noch weitere Kosteneinsparungen zu Gunsten von besseren Verkehrsangeboten erzielt werden.

Wir werden uns, im Rahmen der politischen Möglichkeiten, dafür einsetzen, dass der Bahnverkehr in Deutschland schnellstmöglich zu 100 Prozent auf erneuerbare Energie umgestellt wird.

#### **1.2.4 Strecken ausbauen**

Wir wollen den Nahverkehr auf der Schiene sowohl im Hamburger Umland als auch in den übrigen Landesteilen Schleswig-Holsteins weiterentwickeln. Den Betrieb der Hochbahnstrecken im Hamburger Randgebiet wollen wir wie bisher durch Landeszuschüsse sicherstellen.

Vorrang hat für uns die S 4 und die StadtRegionalBahn (SRB). Die Regionalbahn von Bad Oldesloe nach Hamburg hat die Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit erreicht und ist durch häufige Verspätungen unzuverlässig. Zusammen mit Hamburg wird bereits der Ausbau zur S 4 mit zusätzlichen Gleisen vorbereitet. Mit verdichtetem Takt und neuen Haltestellen in Hamburg werden zahlreiche neue Fahrgäste gewonnen. Die Linie soll über den Hamburger Hauptbahnhof hinaus geführt und als Express-S-Bahn bis Elmshorn verlängert werden. In diesem Zusammenhang fordern wir weiter den Bau des dritten Gleises zwischen Pinneberg und Elmshorn.

Wir wollen die StadtRegionalBahn (SRB) in der Kieler Region endlich mit Landesunterstützung auf die Schiene bringen. Sie wird durch die Anbindung an Eckernförde, Rendsburg, Neumünster und Preetz sowie mit Wiederinbetriebnahme der Strecke Kiel-Schönberger Strand weit über Kiel hinaus eine attraktive Alternative zum PKW schaffen. Unabhängig vom Projekt StadtRegionalBahn unterstützen wir die Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel – Schönberger Strand als erste Ausbaustufe der StadtRegionalBahn.

Wir wollen eine S-Bahn 21 von Kaltenkirchen nach Hamburg einrichten, indem die bestehende AKN-Strecke ausgebaut, elektrifiziert und mit S-Bahn-Wagen betrieben wird. Die Bahnverbindung zwischen Kiel und Lübeck soll ausgebaut und die Marschbahn soll auch nördlich von Itzehoe elektrifiziert werden, um die Verkehrsangebote zu verbessern und die jährlichen Betriebskosten zu reduzieren. Wir unterstützen die regionalen Anstrengungen, die schienengebundene Strecke Neumünster-Ascheberg zu reaktivieren und sind für die Überprüfung einer schienengebundenen Anbindung von Geesthacht an Hamburg. Dabei sind Anwohnerinteressen, Lärmschutzaspekte und moderne Zugtechnik zu berücksichtigen.

Die Pläne für den Metroexpress, der Zugverbindung zwischen Kiel-Neumünster-Bad Bramstedt zum Flughafen Fuhlsbüttel und weiter auf den S-Bahn-Gleisen bis in die City von Hamburg oder sogar über Hamburg - Harburg hinaus nach Niedersachsen, werden wir langfristig unterstützen.

Wir werden uns politisch auch dafür einsetzen, dass die Auto-Zug-Strecke Niebüll-Westerland als Regionalverkehr behandelt wird. Diese Strecke ist extrem lukrativ und wird derzeit als Monopol der Bahn behandelt, sehr zum Nachteil der Kund\_innen und des Landes. Wir wollen auch Projekte wie ein Grenzbahnhof Flensburg/Padborg und ein lokales Stadtbahnnetz Lübeck überprüfen.

### **1.2.5 "Park and Ride" und "Bike and Ride"**

Wir wollen durch den Ausbau vorhandener und neuer Anlagen für „Park and Ride“ und „Bike and Ride“ die Möglichkeit zum Umsteigen vom PKW und vom Fahrrad auf den ÖPNV an zentralen Knotenpunkten schaffen, um vernetzte Angebote bereitzustellen. Die Plätze für P+R und B+R wollen wir mit Ladestationen für Elektrofahrzeuge (PKW und Zweiräder) ausrüsten, deren Strom vor Ort aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel durch integrierte Solaranlagen, bereitgestellt wird.

### **1.2.6 Güterverkehr nach Skandinavien verbessern**

Eine gute und schnelle Verbindung nach Skandinavien mit den Fähren über den Belt als auch über die Jütlandroute ist für Schleswig-Holstein wichtig. Um den Güterverkehr über Jütland an Hamburg vorbei zu führen, wollen wir den Ausbau der Strecke Neumünster-Bad Oldesloe, den Ausbau von Oldesloe bis zu den Elbbrücken, um direkt auf die Elbbrücken zu kommen, ohne erst nach Hamburg einzufahren.

Ein echter Engpass für den Güterverkehr auf der Schiene Richtung Flensburg und Skandinavien ist die Kanalbrücke Rendsburg. Die Idee für einen Kanaltunnel, mit dem ganz Schleswig-Holstein besser für den Güterverkehr auf der Schiene erschlossen werden kann, gehört seit vielen Jahren zu unseren politischen Forderungen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Der Kanaltunnel ist solange leider nicht finanzierbar, wie die Fehmarnbelt-Querung mit ihrer marginalen Erschließungswirkung für das ganze Land im Raum steht.

### **1.2.7 Realistisch sein: Ganz ohne Auto geht es nicht**

Viele Menschen in Schleswig-Holstein wohnen auf dem Land. Um in dünn besiedelten Gebieten ihre Mobilität zu sichern, ist das Auto dort ein notwendiges Verkehrsmittel. Der Automobilsektor wird sich aber in den kommenden Jahren verstärkt mehr auf Effizienzsprünge und die Entwicklung neuer Antriebstechnologien konzentrieren müssen.

Damit mehr Menschen im ländlichen Raum auch ohne ein eigenes Auto mobil sein können, werden wir uns für eine Regionalplanung einsetzen, nach der neue Siedlungsgebiete nur dort erschlossen werden, wo eine gute Anbindung an den ÖPNV hergestellt werden kann.

Parallel dazu setzen wir auf den Ausbau von Car-Sharing-Angeboten in allen Schleswig-Holsteinischen Städten und insbesondere auf dem Land; hier speziell auf das Car-Sharing von Privat zu Privat, welches

schon heute im Internet von verschiedenen Anbieter\_innen koordiniert wird.

Schleswig-Holstein ist kein Automobilstandort, aber mit unseren Potenzialen bei den erneuerbaren Energien können wir zu einer Modellregion für vernetzte E-Mobilität werden

### **1.2.8 Straßen erhalten statt neu bauen**

Die konsequente Sanierung der vielfach schlechten Straßen steht bei uns im Vordergrund, der Erhalt und die Instandsetzung des bestehenden Verkehrswegenetzes auch im ländlichen Bereich sichert den Menschen vor Ort eine verkehrssichere Mobilität. Wir lehnen die Politik der anderen Parteien ab, die einseitig auf den Aus- und Neubau von Straßen setzen, wir vermeiden hiermit einen weiteren Flächenverbrauch und werden somit den ökologischen Herausforderungen und den finanziellen Engpässen der öffentlichen Haushalte gerecht.

### **1.2.9 Vor Lärm schützen**

Wir wollen einen effektiven Schutz vor Verkehrslärm an Straßen, Schienen und Flughäfen voran bringen. Menschen, die von solchem Lärm betroffen sind, sollen in ihren Rechten gestärkt werden. Die Beseitigung von Lärmquellen hat hohe Bedeutung und im Rahmen der Bundespolitik werden wir uns für mehr Investitionen in den Lärmschutz, auch in bestehende Anlagen, einsetzen.

### **1.2.10 Problemfälle Fehmarnbelt und Autobahnneubau**

Wir setzen uns dafür ein, dass bei den großen Bauprojekten bereits im Vorfeld von Planfeststellungsverfahren die ökologischen Belange und die Bürgerbeteiligung in vollem Umfang berücksichtigt werden. Der Bau der festen Fehmarnbelt-Querung ist ein Beispiel für ein verkehrspolitisches Denken der Vergangenheit. Die Kosten für die Hinterlandanbindungen auf deutscher Seite wurden mit 800 Millionen Euro angesetzt, werden sich aber nach Schätzungen des Bundesrechnungshofes vom April 2009 auf mindestens 1,7 Milliarden Euro belaufen. Die Mittel sind bis heute nicht in den Finanzplanungen des Bundes bis 2020 enthalten. Mit anderen Worten: Die Finanzierung der Hinterlandanbindung ist völlig ungesichert. Für uns spricht aus ökonomischen und ökologischen Gründen alles dafür, den Fährbetrieb mit einem optimierten Fährkonzept beizubehalten, anstatt viel Geld, das für andere Verkehrsprojekte dringend benötigt wird, im Ostseesand zu vergraben. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Staatsvertrag nur einvernehmlich und von den jeweiligen nationalen Regierungen nach Artikel 22 aufgelöst werden kann und fordern deshalb die Bundesregierung auf, aufgrund der eklatant gestiegenen Kosten aus diesem Staatsvertrag auszusteigen.

Wir bestehen – soweit möglich – darauf, dass Mittel des Landeshaushaltes Schleswig-Holstein nicht für Hinterlandanbindung oder Folgewirkungen dieses Bundesprojektes eingesetzt werden sollen. Mit einer neuen Mehrheit wollen wir die in den Landeshaushalt eingestellte Verpflichtungsermächtigung über 60 Millionen Euro für die feste Fehmarnbelt-Querung kippen.

Wir halten den Weiterbau der A20 westlich der A21 für falsch. Unsere Position wird von den anderen politischen Parteien im Land aber nicht geteilt. Wir müssen weiter davon ausgehen, dass schon 2012 für

die meisten Bauabschnitte der A20 mit den Planfeststellungsbeschlüssen Baurecht geschaffen sein wird. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir uns für eine Umschichtung der Mittel einsetzen. Vor einem Weiterbau der A20 westlich der A21 nehmen wir eine Neubewertung der prognostizierten Verkehrsströme sowie der ökologischen und finanziellen Folgewirkungen vor. Die Möglichkeit als Alternative zur A 20 die B 205 auszubauen, ist einzubeziehen.

Angesichts der hohen Verkehrsbelastungen befürworten wir den Ausbau der B404 zwischen Kiel und der A24 zu einer Bundesstraße. Der bereits vorgesehene, dringend erforderliche Ausbau der B5 nördlich von Heide muss, statt einer Westküstenautobahn, zügig erfolgen.

### **1.2.11 Fahrräder sind leise und stinken nicht**

Der Fahrradverkehr spielt bei der Zukunft einer nachhaltigen Mobilität eine wichtige Rolle. Dabei geht es vor allem um den Fahrradverkehr im Alltag: ob zur Schule oder von der Arbeit nach Hause, ob bei Sonnenschein im Sommer oder im Dunkeln im Winter. Unser Ziel ist eine erhöhte Verkehrssicherheit und eine gleichzeitige Erleichterung des Radverkehrs.

Erst ein gut ausgebautes Radverkehrsnetz ist ein Aushängeschild für unser Land, macht es für Radfahrer\_innen attraktiv und spart Kosten im Straßenbau. Jeder Straßenkilometer für Autos ist bis zu 20 Mal teurer.

Die politischen Herausforderungen für das Fahrradland Schleswig Holstein liegen weniger im finanziellen als im konzeptionellen Bereich. Seit fünf Jahren werden keine Mittel aus dem Bundesprogramm abgerufen, obwohl es aufgelegt wurde, um Radfahren als politisches Handlungsfeld zu entwickeln.

Immer mehr Kita- und Grundschulkinder weisen motorische Defizite auf. Wir werden Kinder sowohl in ihrer Motorik, als auch in ihrem sicheren und selbstbewussten Bewegen im Straßen- bzw. Fahrradverkehr stärken. Alle Akteure, wie zum Beispiel die Eltern, Erziehende, Lehrende der Schulen, Sportvereine, die Verkehrswacht, die Unfallkasse und die Polizei stehen dafür in gemeinsamer Verantwortung.

Wir wollen wieder einen größeren Anteil aus den Mitteln der Gemeindeverkehrs-Finanzierung für den Radverkehr einsetzen. Gerade in den Städten sehen wir erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten, um das Umsteigen vom PKW auf das Rad zu erleichtern. Doch auch auf dem Land gibt es noch große Defizite, viele Landstraßen haben noch keine Radwege, sodass die Radfahrer\_innen auf der Straße fahren müssen, was erhebliche Risiken mit sich bringt. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Mobilität mit dem Fahrrad zu erleichtern, wollen wir in der kommenden Legislaturperiode das Fahrradverkehrsnetz in Schleswig-Holstein außerhalb der geschlossenen Ortschaften ausbauen und verbessern.

Innerhalb geschlossener Ortschaften sollen besonders die Einrichtung von Fahrradschutzstreifen auf Straßen und die Ausrüstung von Verkehrsampeln mit Fahrradampeln gefördert werden. Die Einrichtung von Fahrradstraßen, die Öffnung von Einbahnstraßen in beide Richtungen für Radfahrer\_innen und die Entwicklung von straßenunabhängigen Verkehrsachsen für Fußgänger\_innen und Radfahrer\_innen wird von uns unterstützt. Wir unterstützen die Einführung von „shared-space“-Verkehrszonen,

innerstädtische Straßenabschnitte, die von allen Verkehrsteilnehmer\_innen gemeinsam genutzt werden.

Besser ist die Situation bei den Rad-Fernwanderwegen und der Rolle des Radverkehrs im Tourismus. Der Ostseeküsten-Radweg ist auf den vierten Platz der beliebtesten Radfernwege gerückt, das ist ein gutes Zwischenergebnis. Unser Ziel ist es, Schleswig-Holstein zu einem führenden Fahrradland in Deutschland zu machen. Die Möglichkeiten zur kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln, auch in Bussen, müssen dazu verbessert werden. Das Konzept der Busanhänger im Kreis Pinneberg, die am Wochenende zum Fahrradtransport genutzt werden, ist eine gute Lösung. Wir setzen uns dafür ein, dass an möglichst vielen Bahnhöfen in Schleswig-Holstein Leihradstationen eingerichtet werden.

### **1.2.12 Häfen und Wasserstraßen auf Vordermann bringen**

Neben den Bahnstrecken sind unsere Wasserstraßen Kernelement eines zukunftsfähigen Mobilitätssystems. Wir wollen Verkehr von der Straße auf die Schiene und im Ostseeraum auf das Wasser verlagern. In den Häfen wollen wir die Schienenanschlüsse herstellen oder optimieren, vor allen Dingen wollen wir die Schiffe mit sauberer Energie, wie Strom oder Gas, versorgen.

Wir wollen ein abgestimmtes norddeutsches Hafenkonzept für den interkontinentalen Containerverkehr mit den anderen Landesregierungen erarbeiten. Die Hafenprojektgesellschaft Helgoland werden wir gemeinsam mit Bund, Land, Kreis und Gemeinde weiter fördern. Die Insel hat gute Chancen als Servicestandort für Offshore-Technik.

Ein paralleler Ausbau von Elbe und Weser macht keinen Sinn und ist auf Dauer auch nicht finanzierbar.

Eine weitere Vertiefung der Unterelbe lehnen wir ab. Sie ist ökologisch problematisch und birgt dadurch Risiken mit erheblichen finanziellen Folgelasten. Diese betreffen die Deichsicherheit, die Verschlickung der Nebenflüsse und Häfen, die Vergrößerung des jährlichen Sauerstofflochs in der Unterelbe und die schleichende Versalzung zum Schaden vor allem der Obstbauern sowie die Störung von Flora und Fauna im Fluss. Der neue Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven ist bereits für Containerschiffe mit über 15 Metern Tiefgang ausgelegt und kann diese Schiffstypen ohne Ausbaggerung von Fahrrinnen be- und entladen.

Der Elbe-Lübeck-Kanal verbindet als einzige Binnenwasserstraße die Ostsee mit dem Binnenwasserstraßennetz Deutschlands. Er darf nicht dem Verfall preisgegeben, sondern muss so unterhalten werden, dass ein Ausbau für das gängige Binnenschiff (wie zurzeit dem Großmotorgüterschiff) bei steigendem Transportaufkommen insbesondere in der Ostseeregion auch in der Zukunft möglich bleibt.

### **1.2.13 Nord-Ostsee-Kanal: Betriebsfähigkeit sofort sicher, zukunftsfähig ausbauen**

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist ein wichtiger Baustein für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf das Wasser. Er hat als die Verkehrsanbindung des gesamten Ostseeraumes eine entscheidende Dimension in einer zukunftsorientierten europäischen Verkehrspolitik. Direkt und indirekt hängen in Schleswig-Holstein 50 000 Arbeitsplätze von der Funktionsfähigkeit des NOK ab. Er ist mit 3000 Arbeitsplätzen unverzichtbarer Arbeitgeber im Land.

Der NOK ist für uns das vorrangige Infrastrukturprojekt in Schleswig-Holstein. Wir fordern daher den unverzüglichen Bau der fünften Schleuse in Brunsbüttel und die anschließende Grundinstandsetzung der anderen Schleusen. Nur so kann seine Funktionsfähigkeit überhaupt sicher gestellt werden. Zugleich wollen wir die schnellstmögliche Finanzierung und Umsetzung der weiteren geplanten Ausbaumaßnahmen am Kanal.

### **1.2.14 Flugverkehr reduzieren**

Flugzeuge sind mit die Hauptverursacher des Klimawandels. Auf der Bundesebene und in der EU setzen wir uns deshalb für die Beendigung der Subventionen wie der Mehrwertsteuerbefreiung von Flugbenzin und für eine Kerosinbesteuerung ein.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum Flugverkehr mit Steuergeldern besser gestellt wird als Bahn, Bus oder Auto. Für Schleswig-Holstein gilt auch: Keine öffentlichen Gelder für Flughäfen. Die Förderrichtlinie für Investitionen an Flughäfen muss entsprechend geändert werden. Die dauerhaft hohen Betriebsverluste des Lübecker Flughafens, ausgelöst durch nicht kostendeckende Flughafengebühren und zu geringe Fahrgastzahlen, sprechen gegen eine Dauersubventionierung durch die öffentliche Hand. Ryanair hat sich von der Idee eines Wartungsbetriebs verabschiedet und führt die jetzige Landesregierung an der Nase herum.

Den Ausbau des Standortes Jagel lehnen wir ebenso ab wie die Reanimierung von Kiel-Holtenau oder einen neuen Großflughafen in Kaltenkirchen. Der Hauptflughafen für Schleswig-Holstein ist der Hamburger Airport. Angesichts der immer deutlicher werdenden Verknappung der Erdölvorräte und der steigenden Luftverschmutzung ist es nicht nur vom ökologischen Standpunkt her unsinnig, ausgerechnet die energieintensivste Art des Transportes weiter auszubauen oder durch Subventionen künstlich am Leben zu erhalten.

## **1.3 Eine neue Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein**

GRÜNE Wirtschaftspolitik geht von einem Leitbild aus, in dem Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Wirtschaftspolitik darf sich nicht mehr nur am Ziel der Steigerung des Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausrichten, blind gegenüber Ressourcenverbrauch und Lebensqualität. Nachhaltige Wirtschaftspolitik muss das Wachstum des realen Wohlstands zum Maßstab machen und die ökologischen und sozialen Folgekosten von Produkten und Dienstleistungen einberechnen. Dieser Ansatz wurde lange als naiv belächelt – heute ist er mehrheitsfähig. Die Energieversorgung unserer Städte und Gemeinden durch Technologie von „Morgen“ ist unser Ziel. Mietwohnungen sollen in diesen Prozess mit einbezogen werden, damit der Wohnraum gesund, energiesparend und auch für sozial Schwache bezahlbar bleibt

Auch die Wirtschaft verändert sich – auf Druck von Konsument\_innen, als Reaktion auf steigende Energiepreise, in Folge ordnungspolitischer Leitplanken und nicht zuletzt aus Innovationsgeist und Idealismus. In der Wirtschaft hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass man mit GRÜNEN Ideen auch wirtschaftlich erfolgreich sein kann.

Wir können Ihnen keine Welt versprechen, in der Sie sich glücklich shoppen und nebenbei die Welt retten können. Wir können Ihnen auch keinen Masterplan vorlegen, welchen Wachstumsindikator wir anstelle des BIP setzen. Die Diskussion darüber ist in der Wissenschaft und in den internationalen Gremien noch in vollem Gange und kann ohne breiten Konsens nicht gelingen. Aber wir treiben die Debatte im Dialog mit der Wirtschaft voran und wollen konkrete Indikatoren für ein nachhaltiges Wachstum in Schleswig-Holstein entwickeln. Den Anfang dazu haben wir bereits gemacht, mit guten Ergebnissen.

Um die Transformation der Wirtschaft in Schleswig-Holstein zu unterstützen, wollen wir Förderprogramme umbauen und uns auf die Förderung von innovativen Technologien und von Maßnahmen zur Energieeinsparung, Ressourceneinsparung und Effizienzsteigerung konzentrieren. Eine vermehrte Ansiedlung von Logistikunternehmen im Hamburger Rand sehen wir kritisch. Im Beschaffungswesen können wir auf Ebene der Landespolitik konkret Weichen stellen und Anreize für nachhaltiges Wirtschaften setzen. Durch ein Mitbestimmungsrecht im öffentlichen Dienst wollen wir Arbeitnehmerrechte stärken.

### **1.3.1 Auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorbereiten**

Es wird nicht mehr lange dauern, dann suchen sich nicht die Betriebe die Arbeitnehmer\_innen aus, sondern diese sich ihre Betriebe – wir laufen auf einen Fachkräftemangel zu, in manchen Bereichen spüren wir ihn schon. Um diesem zu begegnen, hat die Vereinbarkeit von Kindern/Familie und Beruf höchste Bedeutung, Unser Ziel muss es sein, dass Kinderphasen und Beruf für Frauen wie für Männer miteinander kombinierbar sind. Insbesondere setzen wir uns für den Erhalt des erfolgreichen Netzes der unabhängigen und kostenlosen Beratungsstellen „Frau und Beruf“ ein, deren Profil mit ihrer Ausrichtung auf die individuelle Beratung von Berufsrückkehrerinnen und arbeitslosen Frauen einerseits sowie auf die Beratung von Betrieben, Bildungsträgern und politischen Gremien zu Fragen der Frauenförderung und der Familienfreundlichkeit , sich bewährt hat.

Jugendliche wollen wir durch praxisnahe Ausbildung direkt an die Betriebe heranführen und unterstützen die Bündnisse für Ausbildung.

Durch den späteren Renteneintritt vieler Arbeitnehmer\_innen und die demographische Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung braucht es zunehmend altersgerecht ausgestattete Arbeitsplätze und eine entsprechend tragfähige Kultur für Altersarbeit. Dazu gehören auch altersgerechte Arbeitsbedingungen, lebenslange Bildungsangebote und betriebliche Gesundheitsvorsorge sowie bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für einen flexibleren Renteneintritt. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.

Um fit zu sein für den Arbeitsmarkt der Zukunft, müssen wir auch in Schleswig-Holstein die Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, besser integrieren und halten. In Berlin treten wir deshalb für eine leichtere Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und ausreichend Angebote für das Erlernen von berufsbezogenem Deutsch ein. Wir wollen dort Druck machen, bürokratische Hürden für Zuwanderung abzubauen und im Dialog mit der Wirtschaft die Integration auf dem Arbeitsmarkt zu fördern.

### **1.3.2 Von seiner Arbeit leben können**

Teilhabe, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung sind die Werte, an denen sich GRÜNE Arbeitsmarktpolitik orientiert. Auch wenn die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein durch die gute konjunkturelle Lage gesunken ist, ist sie mancherorts immer noch dramatisch hoch, gibt es zu viele Langzeitarbeitslose und haben über 50-jährige nur sehr schlechte Chancen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Effektive Weiterbildungsmaßnahmen und Berufsausbildung stehen deshalb im Mittelpunkt unserer Bemühungen, weil es nicht sein kann, dass tausende Menschen in Schleswig-Holstein Arbeit suchen, obwohl gleichzeitig händierend Fachkräfte gesucht werden. Auch wenn durch die gute konjunkturelle Lage die Arbeitslosigkeit temporär gesunken ist, arbeiten in immer mehr Branchen die Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen und können von dem Lohn ihrer Arbeit nicht leben. Das ist inakzeptabel. Wir brauchen einen armutsfesten Mindestlohn der am OECD-Standard bemessen wird. In einem ersten Schritt werden wir uns an einer Bundesratsinitiative für einen allgemeinen und verbindlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in der Stunde beteiligen. Besonders für Frauen ist das von zentraler Bedeutung, denn ihr Anteil im Niedriglohnsektor liegt bei fast 70 Prozent. Landespolitisch wollen wir unter Berücksichtigung des Europarechts über das Vergabe- und Tarifreuegesetz soziale und ökologische Standards bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen einführen und die Tarifverträge für allgemein verbindlich erklären.

### **1.3.3 Innovationen fördern**

In den Betrieben im Land steckt viel Innovationsgeist. Diese Potenziale wollen wir fördern, indem wir die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Forschung intensivieren. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sollen dazu noch enger miteinander verknüpft arbeiten. Wir wollen die erfolgreiche Wirtschafts- und Technologietransferzentrale Schleswig-Holstein (WTSH) zu einer Denkwerkstatt zur Unterstützung und Förderung neuer Ideen ausbauen. Sie soll verschiedene Sparten und Berufe zusammenbringen. Wir wollen die Arbeit von Einrichtungen zur Förderung des Technologietransfers und zum Start-Up junger Unternehmen wie die Hochschul-GmbHs, die Technologiezentren und den Wissenschaftspark fördern und weiterentwickeln. Wir wollen dafür arbeiten, die Wertschöpfung hier entwickelter Ideen auch im Land zu halten.

### **1.3.4 Familienunternehmen und Mittelstand stärken**

Schleswig-Holsteins Wirtschaft ist geprägt von überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen, häufig Familienbetrieben. Sie leisten den zentralen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, zeichnen sich durch große Standorttreue aus und können sich häufig rascher als Großunternehmen an veränderte Marktbedingungen anpassen. Sie stehen für langfristiges Denken statt für kurzfristige Profite. Deshalb wollen wir uns in besonderer Weise für diese Betriebe einsetzen und ihre Rahmenbedingungen verbessern. Dazu gehören insbesondere die Erleichterung von Existenzgründungen, die Entlastung von Bürokratiekosten und die Unterstützung bei der Regelung der Unternehmensnachfolge. Wir wollen Unternehmer\_innen mit Migrationshintergrund gezielt dabei unterstützen, dass ihre Betriebe als Ausbildungsbetriebe anerkannt werden

### 1.3.5 Handwerk hat GRÜNE Boden

150. 000 Arbeitsplätze in 30. 000 handwerklichen Betrieben in Schleswig-Holstein sind Ausdruck einer bodenständigen und dezentralen Wirtschaftsstruktur. Das Handwerk stellt jeden dritten Ausbildungsplatz im Land und integriert Menschen aller Bildungsabschlüsse und Herkunft. Es ist überwiegend in lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe eingebunden und Motor der ökologischen Modernisierung vor Ort. Handwerksbetriebe stehen als inhaber – und familiengeführte Kleinbetriebe und durch die Herstellung bzw. Installation von langlebigen Investitions- und Konsumgütern sowie durch ihre Reparaturkompetenz in besonderer Weise für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Wir wollen uns dafür einsetzen, die Interessen des Handwerks und der kleinen und mittelständischen Betriebe in Schleswig-Holstein auch im Bund stärker zu vertreten.

Die Entwicklung der Energiepreise und Klimaschutzaspekte beschleunigen die energetische Sanierung des Gebäudebestandes und schaffen so große Wachstumspotenziale für das Handwerk. Nach Schätzungen des Bundesumweltministeriums können allein dadurch in den kommenden Jahren in Schleswig-Holstein mehrere zehntausend neuer Arbeitsplätze entstehen.

Heizen ist so teuer geworden, dass sich energiesparende Maßnahmen an Häusern immer mehr lohnen. Von der Installation von neuen Heizungs- und Solaranlagen über die Altbau-Dämmung bis hin zu Nahwärmenetzen – es gibt viel zu tun.

Mit einem Landesgesetz für mehr erneuerbare Wärme und Initiativen in Berlin für bessere steuerliche Anreize zur energetischen Sanierung wollen wir für das Handwerk in unserem Land bessere Rahmenbedingungen schaffen.

### 1.3.6 GRÜNEr Umbau der Industrie

Schleswig-Holstein ist wie kein anderes Bundesland durch eine lebendige Wirtschaftsstruktur von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Aber bei uns im hohen Norden gibt es auch Industrie, die leistungsstark zur Wertschöpfung im Lande beiträgt. Wie das Handwerk und den Mittelstand wollen wir auch sie in den Prozess des ökologischen Umbaus mit einbeziehen. Nur wer heute auf höchste Effizienz im Verbrauch und Gebrauch von Energie und Rohstoffen achtet, hat im internationalen Wettbewerb die Nase vorn. Insofern ist Nachhaltigkeit auch im industriellen Sektor Zukunftssicherung. Ohne eine Neuaufstellung und Einbindung von Raffinerien und chemischer Industrie oder Zementproduktion kann die ökologische Transformation nicht gelingen. Hier wird erheblich Energie verbraucht, hier wird eine Menge CO<sub>2</sub> ausgestoßen. Neue Technologien und Verfahren können helfen, schädliche Emissionen zu senken. Wir GRÜNE wollen politisch den Druck erhöhen, dass modernste und effizienteste Technologie zum Standard wird. Wir unterstützen Betrieb und Ausbau industrieller Eigenerzeugung von Energie. Wir wollen die starre Logik von reinem Verbrauch und Produktion durchbrechen und die Industrie als Teil eines „smart grid“ sowohl als Stromsenke wie auch als Produzenten aufstellen. Wir begleiten die Industrie in Schleswig-Holstein aktiv dabei, neue Produkte und Prozesskreisläufe zu entwickeln, die CO<sub>2</sub> wieder binden und so dazu beitragen, den Kreislauf zu schließen. Wir wollen eine enge Vernetzung von Wissenschaft, Bildung und Ausbildung mit der Wirtschaft

Eine bessere Bürgerbeteiligung und Transparenz gilt auch für Genehmigungsverfahren von Industrieunternehmen, unter anderem mit einer frühzeitigen Beteiligung, damit eine gute Akzeptanz für Anwohner\_innen und Unternehmen gleichermaßen erzielt wird. Wir wollen eine Chemiepolitik, die im Herstellungsverfahren und im Produkt höhere nationale Standards ermöglicht. Zugleich wenden wir uns gegen den bisher erlaubten Import von bei uns nicht zugelassenen chemischen Substanzen in verarbeiteten Produkten (z.B. Farben in Textilien, Weichmacher in Spielzeug, ...). Das sorgt für hohe Standards und fairen Wettbewerb für unsere „GRÜNE“ chemische Industrie.

Eine Strategie „Weg vom Öl“ erfordert neue Entwicklung einer vielfältigen, umweltverträglichen Basis von nachwachsenden Rohstoffen. Wir sind überzeugt, in neuen, GRÜNEN Produkten und Prozessen liegt auch die industrielle Zukunft. Um dahin zu kommen, muss die Politik den Automatismus durchbrechen, dass sich am Markt derjenige einen Vorteil verschafft, der mit den niedrigsten ökologischen und sozialen Standards den niedrigsten Preis ermöglicht.

### **1.3.7 Potenziale des Tourismus in Schleswig-Holstein schöpfen**

Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein. Viele Menschen verdienen ihren Lebensunterhalt in dieser Branche und diese Arbeitsplätze lassen sich nicht exportieren. Der Tourismus soll unsere wirtschaftliche Existenz auch in Zukunft sichern und Schleswig-Holstein als attraktives Land zwischen den Meeren profilieren.

Wir wollen einen nachhaltigen und klimaverträglichen Tourismus in Schleswig-Holstein, der die Ressourcen unseres Landes schont und es dauerhaft attraktiv macht. Die touristische Nachfrage nach intakter Natur und nach Naturerleben steigt. Bei GRÜNEM Tourismus geht es um die Möglichkeiten, natürliches, weites Land aktiv erleben zu können. Naturschutz und Tourismus gehen für uns deshalb Hand in Hand.

Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützen. Dadurch entstehen neue Möglichkeiten für die regionale Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Gastronomie und Tourismus, wie zum Beispiel Hof-Cafés, Urlaub auf dem Bauernhof, ökologische Direktvermarkter und das Angebot von hochwertigen lokalen Spezialitäten.

Touristisch interessante Orte müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein. Wir wollen eine Anbindung der touristischen Zentren an den Fernbahnverkehr und eine stärkere Vernetzung mit ihrem Umland über ÖPNV, über Rad-, Reit- und Wanderwege. Innovative ÖPNV-Konzepte, wie Rufbussysteme, müssen auch für den Tourismus einfach nutzbar sein.

Für Schleswig-Holstein benötigen wir eine Struktur für überregionales Marketing, die mit der Tourismus Agentur Schleswig-Holstein (TASH) vorhanden ist, sowie lokale Organisationen, die mit den Lokalen Tourismusorganisationen (LTOs) zurzeit entwickelt werden. Mehrfachzuständigkeiten wollen wir abbauen. Basis für ein professionelles Marketing und optimale Wertschöpfung ist eine möglichst vollständige Erfassung aller Bettenkapazitäten.

### **1.3.8 Potenziale der Gesundheitswirtschaft nutzen**

Der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Wellness, Medizintechnik und Reha-Einrichtungen ist der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein und stellt mit etwa 200 000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Er wird durch den demographischen Wandel noch an Bedeutung zunehmen. Die medizinischen Fakultäten, die Unikliniken und das Forschungszentrum Borstel bilden das wichtigste medizinische Hochschulnetzwerk des Landes.

Wir sehen deshalb den Gesundheitssektor als große Chance mit hoher Bedeutung sowohl für die Lebensqualität wie auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Gerade in diesem Feld kommt der Ausbildung von Arbeitskräften eine besondere Bedeutung zu.

### **1.3.9 Betriebliche und Standortkonversionen**

Wir GRÜNEN wollen weniger öffentliche Mittel für Militär und Rüstung ausgeben. Der Umbau und die Verkleinerung der Bundeswehr wird auch Schleswig-Holstein betreffen. Wir unterstützen die notwendige Standortkonversion mit Beratungsangeboten über mögliche Fördermittel und ermutigen Geschäftsführungen und Belegschaften der Rüstungsbetriebe in die betriebliche Konversion für zivile Produkte und Dienstleistungen einzusteigen. Vom Bund fordern wir ein Konversionsprogramm mit Fördermitteln und die Zusage, dass freiwerdende militärische Liegenschaften von den Kommunen günstig erworben werden können.

### **1.3.10 Umwelt- und Sozialstandards**

Wir wollen in Schleswig-Holstein das Vergaberecht zugunsten besserer Umwelt- und Sozialstandards weiterentwickeln. Im Fokus dabei stehen die Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Waren in Entwicklungs- und Schwellenländern. Schleswig-Holstein soll sein Geld nur noch für Waren ausgeben, welche unter fairen Arbeitsbedingungen zustande gekommen sind.

## **1.4 Bauen und Wohnen in Schleswig-Holstein**

In vielen Teilen Schleswig-Holsteins wird in den nächsten Jahrzehnten die Zahl der Einwohner\_innen zurückgehen und die Menschen, die hier leben werden, werden durchschnittlich älter sein als heute. Der ungesteuerte Zubau von Neubaugebieten und die Auslagerung von Gewerben „auf die GRÜNE Wiese“ ist deshalb nicht nur ökologisch schädlich, er stellt das Land absehbar vor große planerische Probleme. Wir GRÜNE wollen darum das zentralörtliche System reformieren und stärken. Zugleich wollen wir über die Landesplanung dafür sorgen, dass Kommunen nicht gegeneinander in einem unsinnigen Wettlauf um Bewohner\_innen und Gewerbe eintreten, sondern sich koordinieren. Sollte es zur Ausweisung von neuen Industrie- und Gewerbegebiete (GI, GE) kommen, dann sollen diese schon in der Planung das Modell „Zero Emission Park“ als Leitvorstellung haben, entsprechend konzipiert und ausgelegt werden. Insbesondere bei der Entwicklung der Regionalpläne ist eine verbindliche Beteiligung der Akteur\_innen und der Bevölkerung wichtig.

### **1.4.1 Die Städtebauförderung verstetigen**

Die Städtebauförderung hat sich als funktionierendes Instrument für die Unterstützung des zukunftsfesten Umbaus städtischer Flächenpotenziale bewährt. Wir fordern, dass das Bundesprogramm Städtebauförderung auf der Höhe von 2010 (535 Millionen Euro) erhalten bleibt. Schleswig-Holstein bekommt davon jährlich 30 Millionen. Wir wollen dieses Instrument in den Dienst der von uns angestrebten zukunftsfesten Siedlungsentwicklung stellen. Es sollte zur Bedingung für die Förderung im Rahmen der Städtebauförderung gemacht werden, dass neu zu erstellenden Gebäude einen energetischen Standard aufweisen müssen, der über die Anforderungen der jeweils gültigen Energieeinsparverordnung hinausgeht

Die baulichen Normen zum Wärmeschutz sind veraltet. Im Neubaubereich ist das Passivhaus heute schon Stand der Technik und wirtschaftlich sinnvoll, bei dem nur noch sehr wenig Heizenergie gebraucht wird. Wir werden unsere Bau- und Förderpolitik daran orientieren.

### **1.4.2 Das Land als Bauträgerin, Eigentümerin und Auftraggeberin**

Architektur ist Ausdruck von Kultur und Lebensqualität. Wir setzen uns für den Erhalt unseres architektonischen Erbes als Teil unseres kulturellen Selbstverständnisses ein. Die landeseigene Immobilienverwaltung (GMSH) muss sich als öffentliche Bauträgerin für Landes- und Bundesvorhaben der Verantwortung für die Gestaltqualität stärker stellen. Planungsverfahren müssen verstärkt mit Gestaltungswettbewerben und Beteiligungsverfahren gekoppelt werden.

Die GMSH als zentrale Dienstleisterin für Bauen, Bewirtschaften und Beschaffen werden wir organisatorisch ertüchtigen. Wir werden in den vom Land genutzten Liegenschaften konsequent Maßnahmen zur Energieeinsparung und zum ökologischen Bauen umsetzen. Öffentlich rechtlichen Finanzierungsmodellen (ÖPP) stehen wir nach wie vor kritisch gegenüber. Im Falle eines Scheiterns wird der Mehrwert oftmals durch Private abgeschöpft während Risiken bei der öffentlichen Hand verbleiben. Grundsätzlich müssen in ÖPP-Finanzierungen die Risiken gerecht verteilt und das Vertragswerk nachhaltig, ökologisch und sozial gerecht gestaltet werden. Gerade für die Akzeptanz von ÖPP-Finanzierungen ist Transparenz die wichtigste Voraussetzung.

### **1.4.3 Den sozialen Wohnungsbau demographiegerecht und energiesparend gestalten**

Beim sozialen Wohnungsbau ist insbesondere auf realisierbare Energiesparpotentiale im Bereich Wärmedämmung zu achten, um auch die Nebenkosten bezahlbar zu halten. Aufgrund der Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes werden in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren tausende sozial geförderte Wohnungen aus der Bindungsfrist entlassen und können teuer auf dem freien Markt angeboten werden. Das derzeit laufende Wohnraumförderungsprogramm des Landes muss deshalb auch über das Jahr 2014 hinaus weiterlaufen und der demographischen Entwicklung angepasst werden, schrumpfende Städte und Regionen werden wir vom sozialen Wohnungsbau ausklammern, da dort ohnehin ein Überangebot an Wohnungen entstehen wird. Eine Folge davon werden sinkende Mietspiegel und damit bezahlbare Mieten sein.

#### **1.4.4 Neue Wohnformen fördern**

Die punktuelle Förderung neuer Wohnformen sollte zur zentralen Landesaufgabe werden. Im Mittelpunkt müssen dabei unterschiedliche Wohnprojekte stehen (generationsübergreifendes Wohnen, Dementen-Wohngemeinschaften, genossenschaftliches Wohnen). Insbesondere in Hinblick auf den steigenden Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft unterstützen wir die Entwicklung von Wohnformen, die ein möglichst langes Verbleiben in gewohnter Umgebung ermöglicht. Dies gilt besonders für den ländlichen Raum.

Der Anpassungsbedarf, insbesondere durch den Zuzug in größere Orte und Städte und die Nachfrage nach neuen Wohnformen wie Generationenhäuser und Gemeinschaftswohnprojekte ist hoch. Gleichzeitig hat die Zahl der gebundenen Wohnungen rapide abgenommen. Um die Gestaltungsfähigkeit des Landes zu erhalten, darf das Zweckvermögen Wohnraumförderung nicht weiter reduziert werden.

## **2 Bessere Bildung für alle Menschen in Schleswig-Holstein**

Die Bildungsfrage ist längst zur zentralen Gerechtigkeitsfrage und zu einer Frage der sozialen Stabilität geworden. Ziel der Kitas, Schulen und Hochschulen muss es sein, junge Menschen zu kritischen, selbstständigen und an der Gesellschaft interessierten Persönlichkeiten zu befähigen. Hier muss Bildung ansetzen, um Kindern und Jugendlichen Perspektiven und Chancen zu eröffnen. Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht, das die Wahrnehmung anderer Rechte erst ermöglicht und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet

Kinder und Jugendliche sollen selbstbewusst und vorbereitet ins Leben gehen. Aber rund sieben Prozent der Schüler\_innen in Schleswig-Holstein verlassen die Schulen ohne Abschluss, rund ein Viertel geht von der Schule, ohne richtig lesen zu können und zu wenigen öffnen sich die Türen zu höheren Abschlüssen. Das können wir uns nicht leisten. Menschlich nicht, weil wir unseren Kindern und Jugendlichen Perspektiven bieten müssen. Aber auch wirtschaftlich nicht, weil wir gut ausgebildete Fachkräfte dringend brauchen. Und finanziell nicht, weil Perspektivlosigkeit bedeutet, dass der Staat beim Lebensunterhalt einspringen muss.

Daher haben wir – trotz der angespannten Haushaltslage und der Schuldenbremse – beschlossen, dass wir den Ausgaben für Bildung die höchste Priorität einräumen, um die eklatante Unterfinanzierung der Kitas, Schulen und Hochschulen in Schleswig-Holstein abzubauen.

### **2.1 Mehr Bildungsinvestitionen auch in Zeiten knapper Kassen**

Durch die zurückgehenden Schülerzahlen könnten nach den Plänen von Schwarz-Gelb in den kommenden sechs Jahren mehr als 1000 Lehrerstellen eingespart werden. Zumindest bis 2015 wollen wir diese Mittel voll im Bildungssystem belassen. Ob und dies auch in den beiden Folgejahren ab 2016 und 2017 gelingen wird, hängt entscheidend von den bundespolitischen Rahmenbedingungen ab. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Einnahmen der Länder durch Bundesgesetzgebung gestärkt werden, um die notwendigen Investitionen in Bildung finanzieren zu können.

Wir wollen die freiwerdenden Mittel in die Einführung einer landesweit einheitlichen Kita-Sozialstaffel, ein Qualitätspaket für Kita-Fachkräfte, auf Hochschulebene in neue Studienplätze, ein Lehrerbildungspaket sowie ein Maßnahmenpaket zur Teilentlastung der strukturellen Unterfinanzierung der Universitäten in Schleswig-Holstein investieren.

Auf Bundesebene kämpfen wir für die Umwandlung des Soli-Ost in einen Bildungssoli und für die Abschaffung des Kooperationsverbots, damit der Bund sich auch finanziell in der Bildungspolitik engagieren kann. Wir werden – wie das in anderen Bundesländern der Fall ist – frühkindliche Bildung und Schulen im ländlichen Raum auch über Strukturförderung aus Europa fördern.

### **2.2 Wir starten eine Kita-Offensive**

Viele Kindertagesstätten tun im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits jetzt sehr viel, um jedes Kind

individuell zu fördern und zu begleiten. In den Kitas, die wir uns für unsere Kinder wünschen, sind die Kinder Naturforscher\_innen, Künstler\_innen, angehende Demokrat\_innen und vieles mehr. Kitas können das Fundament einer Gesellschaft sein, die Respekt und Wissenshunger als zentrale Pfeiler begreift. Kitas sind Bildungsorte. Frühkindliche Bildung ist die Voraussetzung für eine chancengerechte Gesellschaft, in der nicht mehr die soziale Herkunft der Eltern über den schulischen Erfolg der Kinder bestimmt.

Wir werden dafür sorgen, dass die von der schwarz-gelben Landesregierung beschlossenen zehn Millionen Euro künftig direkt in den Kitas ankommen, in die Qualität investiert werden und sich die Kitas zu echten Familienzentren entwickeln. Kitagebühren lehnen wir im Grundsatz ab. Zu Gunsten eines gerechten Angebotes, einer hohen Qualität für alle Kinder und eines bedarfsgerechten Ausbaus (räumlich und personell) werden wir leider das Thema Beitragsfreiheit in den nächsten Jahren nicht angehen können. Aber wir werden landesweit sozial gestaffelte Gebühren entwickeln, damit jedem Kind der Zugang zu einer Kita ermöglicht wird. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, eine landesweite Sozialstaffel zu entwickeln, die jedem Kind den Zugang zu einer Kita ermöglicht. Geldbeutel der Eltern, Herkunft, Handicaps oder Sprachbarrieren dürfen keine Rolle für die Startchancen von Kindern spielen.

Ab August 2013 haben Eltern für ihre Kinder ab dem zweiten Lebensjahr den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in der Kita oder bei Tageseltern. Bei der Umsetzung dieser schwierigen Aufgabe werden wir die Kommunen unterstützen. Bürokratische Hürden zur Betreuung von Kindern im Wald wollen wir abbauen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung ist ein Kraftakt, den vor allem Kommunen und Kreise stemmen. Das Land muss hier stärker koordinieren. Schon jetzt fehlt das Fachpersonal für die Kinderbetreuung. Ohne qualifiziertes pädagogisches Personal ist der Ausbau von Krippen und Kindergärten für die Katz.

## **2.3 Unsere Schulen der Zukunft**

Gute Schulen zählen nicht die Fehler, vielmehr ermutigen sie zum nächsten Schritt. Sie legen das Potenzial der Jungen und Mädchen frei und entlassen alle mit gestärktem Selbstvertrauen und einer Perspektive.

Wir müssen uns die Frage stellen, warum so viele Jugendliche die Schulen frustriert und gescheitert verlassen. Der Erfolg guter Schulen beschränkt sich nicht auf gute Abschlussnoten, der Erfolg guter Schulen macht aus, dass alle gefördert und herausgefordert werden – gleich, ob ein Kind mit einem schwierigen Umfeld zu kämpfen hat, mit Behinderungen leben muss, hochbegabt ist oder durch sein Verhalten ganz neue Formen der Zusammenarbeit herausfordert. Auf lange Sicht streben wir durch gemeinsames Lernen geprägte Gemeinschaftsschulen an.

### **2.3.1 Schulpolitik muss an einen Runden Tisch**

Die Politik hat den Schulen im Land in den letzten Jahren viele tief greifende Veränderungen zugemutet. Wer jetzt über Reformen im Schulbereich auch nur redet, erzeugt bei den meisten

Beteiligten Frustration.

Wir wissen, dass sich in den Schulen noch viel bewegen muss. Aber wir wollen keine Schulreform von oben herab, sondern einen Runden Tisch mit allen Beteiligten. Wir setzen uns für eine parteiübergreifende Lösung für mindestens zehn Jahre ein. Wir haben als Opposition einen solchen Tisch gefordert – als Regierungspartei werden wir ihn umsetzen.

Wir werden nicht ohne Position an einen Runden Tisch gehen. Als GRÜNE stehen wir weiterhin für das Ziel des gemeinsamen Lernens. Dies kann an Gemeinschaftsschulen am besten gewährleistet werden. Gemeinsames Lernen ist für viele Schulen neu. Sie brauchen Unterstützung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung. Die jetzigen Regionalschulen sollen nicht auf Knopfdruck umgewandelt werden. Schulträger und Kollegien brauchen Zeit zur Umwandlung und Unterstützung.

### **2.3.2 Qualitätsschub für die Schule**

In vielen Schulen warten die Kollegien darauf, dass sie endlich Zeit haben für einen Qualitätsschub, damit der eigene Unterricht besser werden kann. Wir freuen uns, wenn Schulen neue Wege gehen wollen. Wir unterstützen Schulen, die sich mehr Eigenständigkeit wünschen. Wir wollen die autonome Schule. Wir wissen, dass sich dazu noch viel bewegen muss, mit freiwilligen Starterschulen soll es losgehen.

Zur Qualitätsentwicklung unserer Schulen brauchen wir eine Stärkung der Lehrenden. Dazu gehört eine Fortbildungsoffensive. Gerade die engagierten Lehrkräfte arbeiten aber heute schon an ihrem Limit. Darum soll es nicht nur mehr Mittel für Fortbildungen geben, sondern auch spürbare Entlastungen, für die Kolleg\_innen, die sich weiterbilden. Wir wissen, dass viele Lehrende gerade auch im fortgeschrittenen Alter an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Die starke Zunahme des Burn Out gerade bei Pädagog\_innen wollen wir besonders unter die Lupe nehmen und Lösungsstrategien entwickeln.

Die mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets eingeführten Strukturen in der Schulsozialarbeit müssen auch über 2013 hinaus dauerhaft ausgebaut werden. Hier stehen der Bund, das Land und die Kommunen in der Verantwortung.

Wir setzen uns zudem für eine bessere Finanzierung aller Schulen, auch der Freien Schulen ein. Dabei ist uns wichtig, dass diese Schulen nicht vorab aussortieren, sondern auch tatsächlich allen Kindern und Jugendlichen offen stehen.

### **2.3.3 Gemeinsam lernen statt aussortieren**

Individuelle Förderung wollen alle, keine Schule kommt ohne neue Methoden aus. Wer „eine Klasse“ nicht im Gleichschritt, sondern 25 unterschiedliche junge Menschen unterrichtet, braucht Unterstützung. Neben mehr Fortbildungen sollen die Differenzierungsstunden an Gemeinschaftsschulen wieder aufgestockt werden. Die Stunden, in denen zwei Lehrkräfte pro Lerngruppe eingeteilt werden, sind der richtige Ansatz, um den Jugendlichen besser gerecht zu werden. Um Kindern den Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule zu erleichtern und auf bereits erlernte Methoden

aufzubauen, wollen wir das gegenseitige Hospitieren der Lehrkräfte unterstützen.

Der Übergang von der vierten Klasse in die weiterführende Schule entmutigt viele Kinder, schürt Versagensängste und sorgt für Stress bei vielen Lehrer\_innen und Familien. So werden spätestens hier Kinder aus schwächeren und benachteiligten Elternhäusern zu Bildungsverlierern, oft unabhängig von der Leistungsfähigkeit. Wir werden die Schulartenempfehlung aus dem Zeugnis nehmen und durch mündliche Empfehlungen im Elterngespräch ersetzen. Jede Schule soll ein einmal aufgenommenes Kind bis zu einem qualifizierten Schulabschluss führen, Abschlüssen sind nur auf Wunsch der Eltern möglich.

Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Jungen und Mädchen direkt nach der Schule eine Ausbildung beginnen können. Dazu müssen sie die nötigen Fähigkeiten schon in der Schule mitbekommen, beispielsweise durch mehr Praktika, an den Gymnasien u.a. durch ein verpflichtendes Berufspraktikum bereits in der 10.Klasse.

### **2.3.4 Mehr Abitur-Abschlüsse, stressfreies Lernen und mehr Wahlfreiheit**

Wenn unsere Schulen gerechter und leistungsstärker werden sollen, dann brauchen wir auch mehr Oberstufenkapazitäten. In Schleswig-Holstein variieren die Abi-Quoten von Kreis zu Kreis und sind teils sehr niedrig. Wir wollen in Schleswig-Holstein mindestens den Bundesdurchschnitt erreichen. Dazu brauchen wir ein wohnortnahes Oberstufenangebot unter Einbeziehung der beruflichen Gymnasien.

Ein Zwei-Säulen-Modell Gymnasium mit Abi nach acht, die Gemeinschaftsschule mit einem Weg zum Abi nach neun Jahren - das ist transparent und bundesweit üblich. Das Turbo-Abi wollen wir stressfreier gestalten, Vorschläge gibt es genug. Die Gymnasien, die G9 im laufenden Schuljahr wieder eingeführt haben, können diesen Weg weiter gehen. Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeiten an Gemeinschaftsschulen und den beruflichen Gymnasien in neun Jahren Abitur zu machen, ausbauen.

Die Profiloberstufe ist in ihrer jetzigen Form zu kritisieren – in einer Gesellschaft, die sich immer weiter ausdifferenziert, braucht es keinen einheitlichen Lernkanon für alle bis zum Abitur. Wichtiger ist, dass die Abiturientinnen gelernt haben, sich eigenständig in Fachgebiete einzuarbeiten und Probleme zu lösen. Deshalb werden wir alles dafür tun, um in der Oberstufe mehr Wahlfreiheit zu ermöglichen.

### **2.3.5 Ganztagschulen ausbauen**

Langfristig ist unser Ziel, dass alle Schulen zu gebundenen, also verbindlichen und gebührenfreien Ganztagschulen werden. Dort lernen Kinder und Jugendliche in produktiven Lernphasen, Sport und Pausen mit gemeinsamen Mittagessen wechseln sich ab und machen aus der Schule einen Ort ganzheitlicher Bildung. Berufstätige Eltern werden entlastet. Dies ist unser Ziel, das aber auch Geld kostet. Hierfür müssen wir aktiv Gelder vom Bund einwerben, denn aus eigener Kraft kann Schleswig-Holstein dies nicht stemmen.

Offene Ganztagschulen sehen wir ausschließlich als Übergang. Sie dürfen aber nicht abgekoppelt vom Unterricht sein. In einigen Orten klappt die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe besonders gut. Diesen

Weg wollen wir weiter gehen, denn er garantiert auch die nötige Qualität. Auf die Verzahnung von Nachmittagsbetreuung, Vereinen, Museen und Bibliotheken können und wollen wir nicht verzichten. Am Beispiel der Ganztagsbetreuung misst sich in Zeiten knapper Kassen auch das Potenzial der viel beschworenen Bürgergesellschaft. Schulbildung muss für alle Schüler\_innen einer Schule zugänglich sein und darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen

Das Nebeneinander von Hort und Ganztagschulen ist nicht hilfreich, wir wollen eine Zusammenführung, ohne dass die Hortmittel eingespart werden. Wichtig ist eine vernetzte Planung von Kita, Jugendhilfe und Schule inklusive Oberstufenkapazitäten vor Ort.

### **2.3.6 Die Schule im Dorf lassen**

Im ländlichen Raum werden mehr und mehr kleine Schulen geschlossen. Es muss Ausnahmen von der starren Mindestregelung des Ministeriums geben. Kleine Dorfschulen müssen fürs Land nicht teurer sein: Wenn jahrgangs-übergreifend unterrichtet wird, die Vertretung bei Krankheiten sichergestellt werden kann und die pädagogische Qualität stimmt. Warum sollte es dann für Dorfschulen keine Ausnahmen von der starren Mindestgröße geben? Die Kreise werden nicht mehr verpflichtet, die Eltern an den Schülerbeförderungskosten zu beteiligen.

### **2.3.7 Für einen konfessionsunabhängigen Religionsunterricht**

Immer weniger Schüler\_innen besuchen einen konfessionsgebundenen Religionsunterricht. Wir halten einen gemeinsamen Unterricht über Werte und Normen, über die Weltreligionen und Philosophie jedoch für wichtig. Eine Aufteilung in Religionen, Konfessionen und säkular orientierte Kinder und Jugendliche halten wir für falsch, wenn wir einen toleranten Umgang fördern wollen.

Der zur Zeit angebotene alternative Philosophieunterricht soll zu einem wertevermittelnden Ethikunterricht ausgebaut werden, der als wirklich attraktives Alternativangebot verstanden wird und auch religionskundliche Inhalte vermittelt. In Schleswig-Holstein müssen zukünftig Lehrer\_innen gezielt für dieses wichtige Unterrichtsangebot ausgebildet werden.

Der nach der Verfassung garantierte theologische orientierte Unterricht sollte nach Möglichkeit im Dialog der Religionen weiterentwickelt werden, analog dem Hamburger Unterrichtsmodell „Religion für alle“.

### **2.3.8 Demokratisierung des Schulalltags**

In den Bildungseinrichtungen soll nicht nur über Demokratie gesprochen werden. Sie sollen auch Orte sein, in denen Demokratie „selbst gemacht“ wird. Kindern und Jugendlichen müssen, den gegebenen Umständen entsprechend, weitreichende Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden. Das soll in den Kitas seinen Anfang nehmen und stetig weiterentwickelt werden. Eine Willensbildung im Klassenrat soll ab der 1. Klasse obligatorisch sein. Es ist hierbei Ziel sowohl sozial als auch strukturell Verantwortung für und in der Gemeinschaft zu übernehmen. Hierfür muss wöchentlich mindestens eine Schulstunde bereit gestellt werden.

Jede Schülervertretung soll die Möglichkeit eingeräumt werden, mindestens vier Stunden im Jahr für Vollversammlungen während der Unterrichtszeit zu nutzen. Dieses muss durch die Schulleitungen organisatorisch unterstützt werden. Um wirkliche Mitbestimmung zu realisieren, muss es von Seiten des Bildungsministeriums und der Schulen Transparenz in Entscheidungen und Handlungen geben. Dazu gehört eine feste Einbindung der Landesschülervertretung in den Bildungsausschuss des Landtages.

## **2.4 Ein Recht auf berufliche Ausbildung für alle**

Institutionen und Bildungseinrichtungen müssen schon während der Schulzeit in den schulischen Betrieb mit eingebunden werden und nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Diese Zusammenarbeit ist sinnvoll, damit frühzeitig eine Orientierung von Kindern und Jugendlichen stattfinden kann. Jedes Jahr beginnen mehr als ein Drittel aller Jugendlichen, die in das Berufsbildungssystem eintreten, ihre berufliche Laufbahn im sogenannten Übergangssystem – nach der Schule und vor Einstieg in die Berufsausbildung. In Schleswig-Holstein fließen jährlich zweistellige Millionenbeträge von EU, Bund und Land in diesen Übergangsbereich. Wir müssen den Übergang von der Schule zum Beruf besser gestalten. Bessere Teilhabe und die Ermöglichung einer Ausbildung zur Fachkraft werden letztlich auch zu Einsparungen bei den Transferleistungen führen.

Wir wollen die Umwandlung der unterschiedlichen Maßnahmen in ein transparentes, aufeinander abgestimmtes, anerkannt qualifizierendes System der beruflichen Bildung, in dem jeder Mensch das Recht auf einen Ausbildungsplatz und Förderung erhält, um eine Ausbildung erfolgreich zu beenden.

An beruflichen Schulen findet Lernen oft nachmittags statt. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, als Ganztagschulen anerkannt zu werden. Dazu gehört auch die Ausstattung mit Mensen und die Verankerung von Schulsozialarbeit. Wir unterstützen weiterhin die Entwicklung der beruflichen Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren. Berufliche Schulen sollen sich auf ihren Antrag hin zu Regionalen Bildungszentren entwickeln dürfen. Dies erweitert die Autonomie der Schulen und eröffnet unter anderem die Möglichkeit, betriebsnahe Fortbildungen anzubieten.

### **2.4.1 Berufsbildung braucht drei starke Säulen**

Die staatlich anerkannte Berufsausbildung vor dem Hintergrund beruflicher Erstausbildungen wollen wir auf drei Säulen stellen: das Duale System, das Berufsqualifizierungsjahr, das auf die Ausbildung angerechnet wird, mit anschließendem Wechsel in eine duale oder schulische Ausbildung und die Ausbildung an einer Produktionsschule. In diesen Prozess der Umsteuerung werden wir alle Akteur\_innen einbinden.

Das Duale System, die Ausbildung im Betrieb mit ergänzender Berufsschule, hat sich bewährt. Allerdings liegt das Durchschnittsalter bei Beginn der dualen Ausbildung oft, bedingt durch die Teilnahme an qualifizierenden Übergangsmaßnahmen, mit fast 20 Jahren deutlich zu hoch. Außerdem brechen noch immer zu viele junge Menschen ihre Ausbildung ab. Zur Stärkung des Dualen Systems setzen wir uns für faire Vergütungen, humane Arbeitszeiten, zielführende Ausbildungsberatungsgespräche im Zuge der Berufsorientierung und genügend Ausbildungsplätze auch für Menschen mit Behinderungen ein.

Wir brauchen schulische oder praktische Teilqualifizierungen, die auf eine spätere schulische oder duale

Ausbildung abzielen. Zu diesem Zweck wollen wir sowohl die Kooperationen zwischen Übergangssystem und dualem System ermöglichen als auch die Bildung von flächendeckenden regionalen Aktionsbündnissen für Bildung und Beschäftigung. Wir wollen eine verstärkte Verzahnung Schule–Wirtschaft, eine verpflichtende Verankerung des Themas Berufsorientierung in allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, die Unterstützung der Lehrkräfte durch Schulsozialarbeit und eine bessere Förderung von Migrant\_innen vorantreiben.

#### **2.4.2 Produktionsschulen fördern**

Wir wollen das erfolgreiche Modell der Produktionsschulen fördern und Schulen, in denen Jugendlichen eine Ausbildung angeboten oder der Übergang in Ausbildung und Beschäftigung ermöglicht wird. Gemeinsam mit den Jugendlichen werden Produkte und Dienstleistungen entwickelt und vermarktet. Dadurch wird neben den Lehrinhalten zugleich Verantwortungsbewusstsein, Selbständigkeit und Selbstbewusstsein gefördert.

### **2.5 Hochschulen und Wissenschaft als Keimzelle für ein innovatives Schleswig Holstein**

Der Frust an den Hochschulen und in der Wissenschaftsszene ist zu Recht groß. In der kommenden Wahlperiode wird sich Politik daran messen lassen müssen, ob eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Landespolitik entsteht.

#### **2.5.1 Schleswig-Holsteins Hochschulen weiterentwickeln**

Die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein ist sehr ausdifferenziert, die einzelnen Hochschulen haben sehr unterschiedliche Profile. Wir sind der Auffassung, dass alle Hochschulen, um ihre spezifischen Aufgaben zu erfüllen, Möglichkeiten zur Weiterentwicklung benötigen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir Kürzungs- und Schließungsdebatten an einzelnen Standorten ab.

#### **2.5.2 Für eine neue Kultur zwischen Hochschulen und Politik**

Schleswig-Holsteins Hochschulen leiden unter der Detailsteuerung aus dem Ministerium. Wir schlagen deshalb eine Reformierung der Zielvereinbarungen vor. Die Steuerungsindikatoren der Zielvereinbarung wollen wir im Dialog mit den Hochschulen verändern, mit dem Ziel die größtmögliche Autonomie für die Hochschulen und eine sinnvolle Steuerung zu verbinden. Zu echter Autonomie gehören für uns maßgeblich die Abschaffung der Stellenpläne im Angestelltenbereich und die Übertragung der Dienstherrenfähigkeit auf die Hochschulen.

Den Universitätsrat wollen wir abschaffen. Die Universitäten sollen die Möglichkeit bekommen, analog zu den Fachhochschulen, Hochschulräte einzuführen.

Gute Hochschulen können nur gelingen, wenn alle Statusgruppen demokratisch beteiligt werden. Wir setzen uns für die paritätische Mitbestimmung in den Gremien der Hochschulen ein.

### **2.5.3 Für attraktive Hochschulen**

Schleswig-Holstein hat, im Vergleich zur Abiturientenquote, zu wenig Studienplätze. Es muss Aufgabe von Landespolitik gemeinsam mit den Hochschulen sein, bei Rückgang der Schülerzahlen und gleichzeitig steigender Abiturientenquote ein bedarfsgerechtes Studienplatzangebot sowohl im Bachelor- wie im Masterbereich sicherzustellen. Neben einer ausreichenden Anzahl an Studienplätzen setzen wir uns für eine Verbesserung der Qualität der Lehre ein. Hierfür wollen wir die bestehende Kapazitätsverordnung abschaffen und stattdessen Studienplatzkapazitäten und Bedarfe über die Zielvereinbarungen studienfachspezifisch festlegen. Wir unterstützen die Bestrebungen von Hochschulen, die neben den bisherigen sechssemestrigen Studiengängen auch sieben- und achtsemestrige Bachelor-Studiengänge einrichten wollen.

Gesellschafts- wie arbeitsmarktpolitisch ist eine weitere Öffnung der Hochschulen beispielsweise für Quereinsteiger\_innen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund geboten. Wir wollen mit den Hochschulen in Diversity-Plänen diese wichtige Zukunftsaufgabe gemeinsam meistern, beispielsweise durch die Erleichterung berufsbegleitender Angebote (wie etwa Teilzeitstudiengänge). Um mehr junge Menschen an die Hochschulen zu bekommen, darf es keinen sozialen Ausschluss geben, etwa weil man sich ein Studium nicht leisten kann. Studiengebühren lehnen wir ab.

Um den Studierenden bei uns umweltfreundliche Mobilität schmackhaft zu machen und den Studienstandort Schleswig-Holstein attraktiver zu machen, wollen wir uns für ein landesweites kostengünstiges Semesterticket einsetzen, so wie in anderen Bundesländern. Das Land muss dabei, damit die Verhandlungen nicht erneut scheitern, eine aktive Moderatorenrolle zwischen Studierendenvertretungen und der Landesverkehrsgesellschaft einnehmen.

Wir wollen die Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler\_innen verbessern, um Schleswig-Holstein als Hochschulstandort zu stärken. Die Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs müssen verbessert werden. Wir setzen uns für verlässliche Arbeitsbedingungen und für vermehrte Dauerbeschäftigungen im wissenschaftlichen Dienst ein. Wir wollen die universitäre Forschung stärken und die bestehenden Wettbewerbsnachteile der Hochschulen gegenüber den außeruniversitären Forschungseinrichtungen verringern. In der engen Zusammenarbeit der Universitäten mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen bestehen aber auch Chancen, die wir gerne fördern möchten.

### **2.5.4 Innovative Finanzmodelle entwickeln**

Die dramatische und chronische Unterfinanzierung der Hochschulen ist die größte Herausforderung für die Schleswig-Holsteinische Hochschulpolitik. Zurzeit gibt es für die Bundesländer keinen Anreiz zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Sie verursachen lediglich Kosten. Wir werden uns für einen Hochschullastenausgleich auf Bundesebene einsetzen, um einen finanziellen Anreiz zur Schaffung neuer

Studienplätze zu schaffen. Wir setzen uns für eine Erhöhung des Bundesanteils für alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Land ein. Die dadurch eingesparten Mittel wollen wir zweckgebunden an die Hochschulen umverteilen.

Durch Umstrukturierung der für Schleswig-Holstein zu Verfügung stehenden Mittel im EU-Strukturfond wollen wir die Hochschulen finanziell stärken. Um mehr Mittel aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm zu generieren, wollen wir die Hochschulen beim entstehenden Verwaltungsaufwand entlasten. Die Diskussion um die Stiftungsuniversität in Lübeck verfolgen wir wohlwollend. Das Ziel, mehr Autonomie vom Land zu erhalten, unterstützen wir. Mitbestimmung, Studienfinanzierung und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre sind für uns die zentralen Kriterien.

### **2.5.5 Lehrerbildung ausbauen**

Wir sind für die Einführung einer Stufenlehrausbildung mit einem deutlich höheren Praxisanteil, vor allem im ersten Teil des Studiums. Neben der Frage der Lehrerbildungsstruktur müssen neue Kooperationen zwischen der Bildungswissenschaftlichen Universität Flensburg, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowie dem Lehrerfortbildungszentrum IQSH gefunden werden. Wir wollen den Bereich der Bildungsforschung an der Universität Flensburg ausbauen. Im Zusammenhang mit Gemeinsamen Lernen, Ganztagsunterricht, Integration, besserer individueller Förderung und engerer Kooperation der Schulen mit kommunalen Einrichtungen entstehen neue Herausforderungen für pädagogische Fachkräfte. Diesen Herausforderungen muss die Ausbildung gerecht werden zum Beispiel durch Angebote in Selbstmanagement und Kommunikation.

## **2.6 Individuelle Bildungsangebote in den Regionen vermitteln**

Die Bildungsangebote in den Regionen sind vielfältig, aber nicht für jeden durchschaubar. Das Nebeneinander von kommunalen Schulträger\_innen einerseits, die Schulgebäude, Mensa und Hausmeister stellen, und dem Land andererseits, das die Lehrkräfte finanziert und die Schulgesetze macht, führt in der Praxis zu Reibungsverlusten. Auch müssen wir die Übergänge zwischen Kita und den verschiedenen Schulstationen bis hin zur Ausbildung oder Hochschule besser begleiten. Viele Eltern und Kinder brauchen Unterstützung. Viele Schulen sind auf die Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen, Initiativen und anderen Bildungsträgern dringend angewiesen. Wir wollen darum gemeinsam mit den Kommunen die Schulämter zu Bildungsbüros umwandeln – zu einer Servicestelle für Schulen und Eltern gleichermaßen.

Ein wesentlicher Teil der Bildungsregion stellt für uns die allgemeine und berufliche Weiterbildung dar. Gerade im Hinblick auf die Verlängerung der Berufsphase kommt dem lebenslangen Lernen eine verstärkte Bedeutung zu. Hier kommen zusätzliche Aufgaben auf die Träger der beruflichen Weiterbildung zu - von den Regionalen Berufsbildungszentren, über Volkshochschulen, freie Träger bis zu den Hochschulen. Ebenso müssen die Bedürfnisse älterer Menschen nach persönlicher Weiterentwicklung im Anschluss an diese Phase berücksichtigt werden. Wir wollen die Weiterbildungsverbände unterstützen und setzen uns für Entwicklungen notwendiger

Strukturanpassungen und Vernetzungen zwischen den Institutionen ein, um erreichbare Weiterbildungsangebote für alle Bürger\_innen zu ermöglichen.

## **2.7 Den Bildungsföderalismus neu gestalten**

Das deutsche Schulsystem ist ein Dschungel aus 16 Bundesländern, die alle einen anderen Weg gehen. Im Schul- und Hochschulbereich gibt es vielfach große Schwierigkeiten beim Wechsel in ein anderes Bundesland. Anstatt gemeinsam in eine qualitativ gute Bildung zu investieren, geht jedes Land seinen eigenen Weg bei Inhalten, Schul- und Studienstrukturen und auch bei der Lehrerbildung. Dieser Weg ändert sich oft mit einer neuen Landesregierung. Die Länder leben Konkurrenz anstatt Kooperation. Die alleinige Zuständigkeit der Bundesländer für den Bildungsbereich führt zu Ungerechtigkeiten: Schleswig-Holstein, als hoch verschuldetes Land, kann sein Bildungssystem nicht so gut ausstatten wie andere Länder, was mit der im Grundgesetz geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht vereinbar ist. Gleichzeitig ist es dem Bund verboten, den Ländern in Bildungsfragen unter die Arme zu greifen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bildung wieder als gesamtstaatliche Aufgabe zwischen Bund und Ländern vereinbart wird. Dazu sehen wir es als wichtig an, dass verbindliche, bundesweit geltende Regelungen im Bildungsbereich entwickelt werden und das Kooperationsverbot aufgehoben wird, um dem Bund eine finanzielle und inhaltliche Mitwirkung an den Bildungsaufgaben zu erlauben. Dieses soll sowohl die Mobilität der Lehrenden und Lernenden vereinfachen, als auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse garantieren und den Schulen und Hochschulen gleichzeitig Freiräume für individuelle Umsetzungen lassen.

Wir wollen im Rahmen eines Gastschulabkommens und neuer Kitafinanzierungsregelungen eine engere Kooperation im Bildungsbereich mit Hamburg erreichen. Dazu gehört ein gemeinsamer Schulentwicklungsplan für den Hamburger Rand, auch im beruflichen Bereich. Unser Ziel ist eine möglichst freie Kita- und Schulwahl in der Metropolregion.

## **2.8 Politische Bildung**

Politische Bildung findet in Schleswig-Holstein in vielfachen Formen und Methoden, zu aktuellen Themen und in historischen Kontexten, in Trägerschaft von Bildungsinstitutionen, Verbänden und Bürgerinitiativen statt. Dieses vielfältige Engagement, das Menschen befähigt, eigene Positionen zu beziehen und Verantwortung zu übernehmen, ist das Fundament für zivilgesellschaftliches Engagement. Wir machen uns deshalb zur Aufgabe, es zu erhalten, zu pflegen und weiter zu stärken.

### 3. Zusammenleben in Schleswig-Holstein

Das Miteinander spielt eine entscheidende Rolle für das soziale Klima und das Lebensgefühl der Menschen in Schleswig-Holstein. Doch auch bei uns geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander. Es ist immer schwerer, das Wohlstandsversprechen einzulösen, das unsere Gesellschaft in der Vergangenheit einmal zusammengehalten hat. Mehr und mehr Menschen sind abgehängt von beruflichen und privaten Entwicklungsmöglichkeiten. Auch die Altersarmut, aufgrund längerer Arbeitslosigkeit und unterbrochener Erwerbsbiographien – besonders von Frauen – steigt weiter. Unser Ziel ist es, dass Menschen in Würde alt werden können. Berufstätige Frauen stoßen an gläserne Decken und Kinder aus materiell schwächer gestellten Familien haben nur schlechte Chancen, ihrer eigenen Befähigung nach gefördert zu werden.

Besonders erschreckend finden wir, dass bereits junge Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens und der Familiengründung stehen, von dramatischer Armut betroffen sind. Ihnen eine Zukunftsperspektive zu geben ist für uns ein zentrales Ziel. Wir bedauern, dass die grundsätzliche und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit Einkommens- und Vermögensverteilung im Land keine Rolle spielt. Wir wollen deshalb, dass die Landesregierung einmal je Legislatur über die Einkommens- und Vermögensverteilung in Schleswig-Holstein dem Parlament berichtet.

Wir wissen, dass gerade die Kommunen auf Grund ihrer desolaten Haushaltssituation immer mehr an ihre Grenzen stoßen, wenn es darum geht, öffentliche Infrastruktur und Teilhabe zu gewährleisten. Die Herausforderungen des demographischen Wandels werden dies noch verschärfen.

Unser Leitbild von einem solidarischen Schleswig-Holstein beruht zum einen auf der Überzeugung, dass jeder Mensch die Chance bekommt, selbstbestimmt zu leben. Zum anderen braucht es ein Engagement jedes einzelnen, das nicht zuerst nach dem Eigennutz schießt. Es braucht eine öffentliche Hand, die dafür sorgt, dass niemand alleine gelassen wird. Weil wir von diesem Leitbild überzeugt sind, wollen wir Strukturen, in denen Ehrenamt, Engagement und Hilfe gefördert und entwickelt werden. Statt Entmündigung, Drangsalierung und staatlichem Misstrauen wollen wir eine vielfältige Unterstützungsstruktur.

#### 3.1 Demographischen Wandel gestalten

Ein zukünftiger politischer Schwerpunkt ist die Gestaltung einer sich verändernden Gesellschaft. Akzeptieren wir, dass wir weniger und älter werden? Wollen wir Schleswig-Holstein für den Zuzug neuer Mitbürger\_innen aktiv und attraktiv gestalten? Es gibt keine Antworten, die für alle Landesteile gelten. Deshalb brauchen wir sowohl für die Kreise, Kommunen und kreisfreien Städte als auch landesweit einen Masterplan Demographie, der alle Lebensbereiche, Infrastruktur und Umwelt erfasst. Der erfolgreiche „nordfriesische Weg“ soll hierbei als Leitgedanke gelten. Zudem haben sich alle Ausgaben des Landes im Rahmen von Förderprogrammen einem Demographie-Check zu unterziehen. Idealerweise kommt Verbraucherschutz allen Generationen gleichermaßen zugute, wobei Informationswege für ältere Menschen teilweise andere sein müssen als die für junge Familien oder Auszubildende. Daher sollten die Verbraucherzentralen ihre Beratungsangebote altersspezifisch anpassen und im ländlichen Raum mobile Verbraucherberatung eingeführt werden.

### **3.1.1 Ländliche Räume**

Die demographische Entwicklung erfordert ein ganz besonderes Augenmerk auf die ländlichen Räume. Gewachsene Strukturen, auch in den Städten, verändern sich dramatisch, Versorgungslücken entstehen in der Bandbreite der Daseinsvorsorge und müssen mit neuen, intelligenten Strategien ersetzt werden. Siedlungsentwicklung, beispielsweise durch Neubausiedlungen, sollte nach dem Landesentwicklungsplan ausschließlich in Oberzentren oder Zentralorten stattfinden. Die Mobilität im ländlichen Raum stellt eine entscheidende Herausforderung dar. So erfordert die demographische Entwicklung einen nachhaltigen und flexiblen Umbau der öffentlichen Verkehre. Ohne zusätzliches bürgerliches Engagement wie zum Beispiel in Form von ehrenamtlichen Bürgerbussen, Pendler-Portalen und Sharing-Konzepten wird dies nicht zu leisten sein. Sich leerende Räume müssen nicht zwangsläufig einhergehen mit dem Verlust von Lebensqualität und Wirtschaftlichkeit. Im Gegenteil: Naturräume sind wertvoll und können als Freizeit- und Erholungsorte genutzt werden.

### **3.1.2 Wohnen im Alter**

Die Generation 60+ ist heterogen in ihren Vorstellungen vom Leben im Alter. Doch ob allein lebend, in Partnerschaft, Wohngemeinschaft oder betreutem Wohnen, im Grunde sind die Wohnbedürfnisse ähnliche wie die von Familien und jungen Menschen. Ausschlaggebend für ein würdevolles Leben wird immer mehr das Wohnumfeld und dessen Gestaltung: quartiersnahe Versorgung mit Ärzt\_innen und Einkaufsmöglichkeiten, ein guter ÖPNV und eine gut funktionierende Nachbarschaftshilfe. Ein erholsames Umfeld mit verkehrsberuhigten Zonen, Grünanlagen und sozialen Treffpunkten in fußläufiger Entfernung steigern die Lebens- und Wohnqualität erheblich. Diese Vorstellungen entsprechen auch den Wünschen vieler junger Familien, sodass sich durch quartiersgestaltende Maßnahmen im generationenübergreifenden Zusammenleben die bunte Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt.

## **3.2 Ein Land für Menschen mit Kindern**

Wer Familien stärken will, muss die Lasten zwischen Erwerbstätigen mit Kindern und kinderlosen Arbeitnehmer\_innen neu verteilen. Gleichzeitig müssen die Betreuungsangebote familiengerecht ausgebaut werden und ausreichende Beratungseinrichtungen für Familien, zum Beispiel für die Erziehungsberatung, aber auch für Trennungs- und Scheidungssituationen vorhanden sein.

### **3.2.1 Familienzentren gründen**

Wir streben an, Kindertagesstätten mit anderen Familieneinrichtungen zu vernetzen und zu Familienzentren weiterzuentwickeln, die niedrigschwellige Anlaufstellen für Familien sein sollen. In diesen Familienzentren sollen Familien unterstützende Dienste, Hilfen zur Erziehung, Erziehungsberatung, Angebote der Familienbildung, Einrichtungen der Sprach- und

Gesundheitsförderung sowie der Tageselternvermittlung gebündelt angeboten werden. Alle Angebote müssen so ausgestaltet werden, dass sie auch für Menschen mit Migrationshintergrund attraktiv sind und dem Inklusionsgedanken folgen. Hierzu fordern wir einen Rahmenplan des Landes. Deshalb ist ein landesweiter Informationsaustausch und Koordination in Abstimmung mit den Kommunen notwendig.

### **3.2.2 Kinderarmut bekämpfen**

Kinder tragen in unserem Land das Armutsrisiko Nummer eins. In Deutschland ist die soziale Durchlässigkeit so gering, wie in keiner anderen Industrienation. Eine so reiche Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland muss vor allem dafür sorgen, dass Kinder nicht aus finanziellen Gründen ihrer Chancen beraubt werden.

Dazu muss unter anderem mehr Geld in Bildung und Teilhabe für Kinder investiert werden. Das Bildungspaket der Bundesregierung hat aber leider vor allem zu mehr Bürokratie geführt. Zukünftig sollen die bestehenden Systeme, wie zum Beispiel Sozialpässe, besser berücksichtigt und unbürokratische Lösungen gesucht werden, bei denen das Antragsverfahren nicht über die Betroffenen, sondern über die Anbieter\_innen von Leistungen abgewickelt wird.

Für Kinder und Jugendliche sind neben starken Eltern gute Kindergärten und Schulen mit kulturellen und sportlichen Angeboten, gesundem Essen und guter Jugendarbeit wichtig.

Wir wollen perspektivisch eine bedingungslose, armutsfeste Kindergrundsicherung. Vor allem aber brauchen wir gut funktionierende Bildungseinrichtungen.

### **3.2.3 Kinder- und Jugendrechte im Alltag verankern**

Dank starker Akteur\_innen in der Kinder- und Jugendpolitik ist Schleswig Holstein Vorreiter\_in bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten. Nun kommt es darauf an, Kinderrechte und Jugendbeteiligung im Alltag auch tatsächlich umzusetzen. Kinder brauchen eine starke Lobby.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird in den Kommunen unterschiedlich realisiert. Es bedarf einer verbindlichen Steuerung der Mitsprachemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Als einen möglichen Weg schlagen wir Jugendbeiräte vor, die Rede- und Antragsrecht in kommunalen Ausschüssen und Ausschüssen auf Landesebene bekommen. Auf Landesebene müssen Kinder und Jugendliche bei Gesetzgebungsverfahren angehört werden, wenn diese sie selbst betreffen. Wir wollen, dass Jugendliche in Vereinen, Jugendtreffs und vor allem in Schulen zum einen über ihre Rechte informiert werden, zum anderen in der Durchsetzung ihrer Rechte angemessene Unterstützung erhalten, um ihr Recht auf aktive Beteiligung bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes wahrnehmen zu können. Für diese Beteiligungsprozesse müssen Kinder und Jugendliche die Unterstützung durch ausgebildete Prozess-Moderator\_innen, erhalten.

### **3.1.1 Kinder und Jugendliche nicht alleine lassen**

Vielen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein geht es gut. Zugleich wächst ein zunehmender

Anteil von Kindern und Jugendlichen in einem Umfeld auf, das gekennzeichnet ist von Respektlosigkeit, Misshandlung und Gewalt. Diesen Kindern muss durch ein landesweites Präventionsangebot und Unterstützung von Hilfseinrichtungen eine neue Perspektive gegeben werden, damit die Spirale aus Gewalterfahrung und Gewalt unterbrochen wird. Die Kooperation zwischen Jugendhilfe, Bildung, Polizei und Justiz wollen wir ausbauen und dabei von den erfolgreichen kriminalpräventiven Räten lernen und Kinderschutzeinrichtungen fördern. Wir setzen uns für eine weitere Stärkung und einen bedarfsgerechten Ausbau der Frühen Hilfen durch lokale und regional vernetzte Unterstützungssysteme ein.

## **3.2 Keine Frage des Geschlechts**

Wir setzen uns, wie keine andere Partei, für eine geschlechtergerechte Gestaltung unserer Gesellschaft ein. Dies bedeutet für uns, dass jede\_r die Möglichkeit haben muss, das Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten, ohne in vorgeformte Geschlechterrollen gedrängt zu werden.

Wir begreifen Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche, daher beziehen wir in alle Entscheidungen und Beschlüsse die Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis mit ein („Gender Mainstreaming“). Dies bedeutet auch, dass wir uns für „Gender Budgeting“ einsetzen, also bei Finanzentscheidungen transparent zu prüfen, wie sie sich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken.

### **3.2.1 Wir geben 100 Prozent für die Hälfte der Macht**

Frauen sind in den höheren Etagen der Arbeitswelt trotz gleicher oder besserer Qualifikation immer noch massiv unterrepräsentiert. Daher ist ein starkes landesweites Netz von professionellen, weisungsunabhängigen Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen, Hochschulen und öffentlichen Unternehmen weiterhin unverzichtbar. Wir setzen uns des Weiteren für eine Frauenquote von 50 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände, und Frauenförderung als verbindlichen Teil des Jahresabschlussberichtes von Unternehmen ein. Um den Frauenanteil im Landtag zu erhöhen, wollen wir das Landeswahlgesetz so ändern, dass es die Frauenquote für alle Landeslisten der Parteien verbindlich macht. Wir GRÜNE setzen dieses Prinzip seit Jahren freiwillig um.

### **3.2.2 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

Der von uns bundesweit geforderte Mindestlohn ist gerade für Frauen von zentraler Bedeutung, denn der Frauenanteil im Niedriglohnsektor liegt bei fast 70 Prozent – obwohl die meisten Frauen in diesen Jobs eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Studium haben. Zugleich verdienen Frauen für die gleiche Arbeit immer noch fast ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Wir werden uns vor allem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen schnellstmöglich ein Ende findet.

### **3.2.3 Mädchentreffs und Frauenhäuser erhalten**

CDU und FDP haben im Herbst 2010 beschlossen, die Finanzierung der Mädchentreffs einzustellen und bei Frauenhäusern und Fachberatungsstellen drastisch zu kürzen. Das Netzwerk von Mädchen- und Frauenfachberatungsstellen, dem Mädchenhaus und Frauenhäusern muss erhalten und konsequent unterstützt werden. Dabei muss auch die Zusammenarbeit vor allem mit Hamburg mitgedacht werden. Hilfe für Not leidende Frauen darf nicht an föderalen Grenzen scheitern. Wir wollen, dass alle Frauen, die Hilfe brauchen, diese auch bekommen. Das heißt für uns konkret: Wir wollen das Frauenhaus in Wedel erhalten. Wir wollen die Frauenhäuser in Schwarzenbek und Ahrensburg als eigenständige Frauenhäuser erhalten und insgesamt eine bedarfsgerechte Anzahl von Frauenhausplätzen in Schleswig-Holstein vorhalten.

Um nicht nur die Symptome von häuslicher Gewalt zu bekämpfen, sondern das Problem gar nicht erst entstehen zu lassen, unterstützen wir Strukturen zur Gewaltprävention. Dazu gehört unter anderem das Angebot von Anti-Aggressionstrainings.

Gerade für betroffene Kinder fehlt es weitestgehend noch an Hilfs- und Therapieangeboten. Wir werden uns in Zusammenarbeit mit Verbänden und Kirchen dafür einsetzen, dass Hilfsangebote weiter ausgebaut und koordiniert werden und dass die Krankenkassen, auch die Privaten, die Kosten übernehmen.

### **3.2.4 Maßnahmen gegen Frauenhandel**

Frauenhandel existiert in Schleswig-Holstein in Städten ebenso wie im ländlichen Raum. Neben Frauenhandel in die Prostitution, findet auch Frauenhandel in die Ehe, sowie zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft (wie zum Beispiel im Bereich der privaten Haus- und Sorgearbeit und in der Pflege) statt. Um den Schutz und die Rechte der Betroffenen zu stärken, ist es notwendig die bisherigen Beratungsstrukturen auszubauen und auch für zunehmend betroffene Männer zugänglich zu machen. Wir werden deshalb einen verbindlichen Aktionsplan gegen Menschenhandel des Landes Schleswig-Holstein umsetzen. Wir wollen Opferrechte gleichberechtigt neben die strafrechtliche Verfolgung der Täter\_innen stellen. Um dieses Gleichgewicht herzustellen, werden wir uns auf Bundes- und Landesebene für eine adäquate Umsetzung des „Übereinkommens des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels“ einsetzen.

## **3.3 Sozialpolitik vor Ort stärken – Gemeinsam statt einsam!**

Eine effektive und wirksame Sozialpolitik besteht nicht nur darin, finanzielle Einzelfallhilfe im Rahmen der Sozialgesetzbücher zu gewähren. Politisch mindestens ebenso wichtig ist es, die sozialen Strukturen im Gemeinwesen zu stärken. Eine sozialräumlich ausgerichtete Arbeit im Lebensumfeld der Bürger\_innen fördert den Dreiklang von Eigenverantwortung, professionelle und auf den einzelnen Menschen zugeschnittene Unterstützung und ehrenamtlicher Hilfe. Wir GRÜNE haben uns als Landesverband grundsätzlich dafür ausgesprochen, perspektivisch ein bedingungsloses

Grundeinkommen einzuführen. Ein solch grundlegender Systemwechsel in der Sozial- und Steuerpolitik kann jedoch nicht von heute auf morgen, nicht voraussetzungslos und auch nicht isoliert in einem einzigen Bundesland gelingen.

Um den Gestaltungsspielraum in der Sozialpolitik zurück zu gewinnen und die sozialen Strukturen im Gemeinwesen zu stärken, wollen wir gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden ein Konzept erarbeiten, das die Sozialleistungen wie zum Beispiel Jugendhilfe und Hilfe für Menschen mit Behinderungen zukunftsfest macht und gleichzeitig neue Möglichkeiten für präventive Sozialpolitik eröffnet. Dabei wollen wir die kommunalen Leistungen sowie Länder- und Bundesleistungen besser aufeinander abstimmen, die sozialräumliche Planung in den Vordergrund stellen, Ziele vereinbaren und den Menschen in den Mittelpunkt der Förderung stellen. Wir werden uns für landesweite Qualitätsstandards einsetzen.

### **3.3.1 Arbeitslosigkeit bekämpfen – Teilhabe statt Ausgrenzung**

Wir wollen, dass die Kommunen in der Region verankerte Selbsthilfeeinrichtungen und unterstützende Organisationen in der Arbeits- und Sozialpolitik stärkeren Einfluss bekommen. So werden die Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten bei der Umsetzung der Hilfeleistungen stärker berücksichtigt. Wir setzen auf Hilfen aus einer Hand. Wer Anspruch auf Unterstützung hat, darf nicht zum Hilfesuchenden werden.

Bis zur perspektivisch angestrebten Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens müssen die Sozialgesetze geändert und die Regelsätze auf ein menschenwürdiges Existenzminimum angehoben werden. Wir setzen uns für eine Reform der Sozialgesetze dahingehend ein, dass alle Menschen einen individuellen Anspruch auf Hilfe haben. Ehegattensplitting und Bedarfsgemeinschaften passen nicht mehr in eine emanzipierte Gesellschaft. Die Berechnungen für Kinder sind vor allem anderen entlang ihrer realen Bedürfnisse durchzuführen. Die Höhe der Hilfe muss sich an dem soziokulturellen Existenzminimum ausrichten. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Sanktionen gegenüber Hartz 4 Bezieher\_innen ein. Die Zuverdienstmöglichkeiten müssen erweitert werden. Darüber hinaus muss es einen individuellen Anspruch für jeden einzelnen Menschen geben; die Bedarfsgemeinschaften wollen wir abschaffen.

Um die Arbeitsvermittlung zu verbessern, muss die Kompetenz der Kommunen gestärkt werden. Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen müssen ausgebaut werden und individuell auf die erwerbslosen Mitbürger\_innen zugeschnitten sein. Konzepte und Maßnahmen zur besseren Integration von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderungen sind einer Überprüfung zu unterziehen, die nicht nur auf das Ziel Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist, sondern auch Teilerfolge berücksichtigt. Auch für Menschen, die auf absehbare Zeit im Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen werden, brauchen wir Beschäftigungsmöglichkeit und Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe.

### **3.3.2 Altersarmut verhindern**

Im Jahre 2050 wird jede\_r dritte Bundesbürger\_in über 65 Jahre alt sein. Durch jahrzehntelange Tätigkeit im Niedriglohnsektor und durch gebrochene Erwerbsbiografien wird der Faktor der Altersarmut auch für viele relevant, die Zeit ihres Lebens erwerbstätig waren oder Erwerbstätigkeit

angestrebt haben. Zur Sicherung eines Lebens nach der Berufstätigkeit in finanzieller Sicherheit, Würde und Schutz der Persönlichkeit benötigen wir bereits heute eine gesellschaftliche Umorientierung sowohl auf finanz- und sozialpolitischem als auch auf wertorientiertem Gebiet. Daran werden wir Sozialpolitik jeder Kommune und des Landes messen; daran werden wir aktiv mitgestalten und sie einfordern.

### **3.4 Inklusion ist ein Menschenrecht**

Mit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich der Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik auch menschenrechtlich vollzogen. Mit dem Beitritt zur UN-Behindertenrechtskonvention bekennt sich Deutschland zu einer inklusiven Gesellschaft. Das bedeutet, dass wir die Unterschiedlichkeit aller Menschen nicht nur respektieren und schützen, sondern dass wir sie wertschätzen und außerdem anerkennen, dass Menschen mit Behinderungen den Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben und die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft in allen Bereichen haben. Das Ziel der Inklusion gilt auch für den Arbeitsmarkt. Wir wollen uns daher für den Ausbau von Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einsetzen. Hierfür sollen landesweit Aktionspläne unter Einbeziehung der betroffenen Menschen entwickelt werden. Das „persönliche Budget“ – die individuelle Auswahl von Unterstützung wie zum Beispiel die persönliche Assistenz – trägt zum Erhalt der Selbständigkeit bei. Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen werden in der Behindertenpolitik häufig außer Acht gelassen. Dabei nimmt ihre Zahl in der Gesellschaft zu, ohne dass die notwendigen psychosozialen Versorgungsstrukturen finanziert werden oder vorhanden sind. Hierbei muss der Ausbau ambulanter Hilfesysteme vorangebracht werden, damit die Leistungen individuell, passgenau und im Sozialraum erfolgen können. Um zu garantieren, dass in allen Lebenslagen die richtigen Angebote wohnortnah zur Verfügung stehen, müssen die Hilfesysteme so miteinander vernetzt werden, dass die vorhandenen Mittel so effizient wie möglich genutzt werden können. Dafür wollen wir uns einsetzen.

#### **3.4.1 Inklusion von Anfang an**

Je früher Inklusion stattfindet, umso selbstverständlicher gestalten sich das gesellschaftliche Zusammenleben und die dafür erforderliche Akzeptanz. Das Bildungswesen von der Kita bis zur Schule spielt hier eine wichtige Rolle. Es ist deshalb erforderlich, dass an den Schulen mehr Heilpädagog\_innen beschäftigt und Lehrer\_innen in Förderpädagogik weitergebildet werden.

Wenn wir von gemeinsamem Lernen sprechen, dann schließt das Kinder mit Behinderungen ein. Zurzeit liegt Schleswig-Holstein bundesweit vorne, wenn es darum geht, dass Kinder mit Behinderungen in Regelschulen gehen. Aber wir wissen, dass zum Teil die Qualität der Angebote in den Regelschulen von den Eltern und Lehrkräften als nicht angemessen gesehen werden. Eine Verbesserung ergibt sich, wenn die Stundendeputate der Förderschullehrkräfte an den Regelschulen den Erfordernissen entsprechend erhöht werden. Wir wollen ein Stufenkonzept zur Umsetzung der Inklusion in Schleswig-Holstein entwickeln, das Umschichtungsmöglichkeiten von Mitteln wie auch Synergien identifiziert.

### **3.5 Pflegebedürftige brauchen Unterstützung**

Eine gesellschaftliche Herausforderung ist mit der zunehmenden Zahl von pflegebedürftigen alten Menschen verbunden. Angesichts sich auflösender familiärer Strukturen müssen neue Netzwerke aufgebaut werden, damit alte Menschen weiterhin in der Mitte der Gesellschaft leben können. Die meisten Pflegebedürftigen wollen in ihrem vertrauten sozialen Umfeld bleiben. Wir wollen daher die ambulanten Angebote stärken und ausbauen.

Pflegebedürftige Menschen brauchen Informationen, welche Hilfen ihnen zur Verfügung stehen. Dazu gehört die Vernetzung der Akteur\_innen und Angebote, integrierte Versorgungssysteme und eine übersichtliche Infrastruktur.

Pflegeeinrichtungen sollten möglichst wohnlich gestaltet sein und keinen Krankenhauscharakter haben. Das Land fördert innovative Leuchtturmprojekte im ambulanten und stationären Bereich mit dem Ziel, die Lebensqualität von pflegebedürftigen Menschen zu erhöhen und ihre Würde zu achten. Dazu gehört auch, dass die Herkunft, sexuelle Orientierung und Religion der zu Pflegenden angemessen berücksichtigt werden.

#### **3.5.1 Die Arbeitsbedingungen in Pflege und Gesundheit verbessern**

Der Bedarf der Gesellschaft an professioneller Pflege wird sich durch die demographische Entwicklung und den Wandel der Krankheitsspektren erhöhen.

Die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter\_innen in den verschiedenen Institutionen wie Krankenhäusern, ambulanten Pflegediensten und übrigen Gesundheitsberufen wollen wir verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass die Pflegeberufe gestärkt und die Interessen der Beschäftigten besser vertreten werden. Daher setzen wir uns für die Einrichtung einer Pflegekammer und für eine Berufsordnung für die Pflege ein. Wir wollen eine einheitliche Finanzierung der Ausbildung, insbesondere auch in der Altenpflege, sowie eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten. Es ist falsch, dass angesichts der schon jetzt schwierigen Situation im Pflegesektor die Umschulungsmittel für Pflegeberufe gekürzt werden sollen.

Wir wollen außerdem eine Verbesserung der Qualität durch bessere Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch die Situation pflegender Angehöriger wollen wir voran bringen. Ehrenamtliche und professionelle Hilfe müssen noch besser vernetzt werden. Wir brauchen vor Ort eine Kultur des Helfens, damit die Menschen weniger einsam sind und die professionellen Dienste entlastet werden.

### **3.6 Engagement für andere**

Ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement wird in Schleswig-Holstein immer wichtiger. Wir brauchen Menschen, die im sozialen Bereich oder für Natur und Umwelt wichtige Aufgaben übernehmen. Ob in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Tierschutzverein, viele Menschen engagieren sich in Schleswig-Holstein ehrenamtlich. Das wollen wir fördern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker\_innen bei Hartz 4 und

Sozialhilfeleistungen nicht als Einkommen berücksichtigt werden.

Die Abschaffung des Zivildienstes hat eine große Lücke hinterlassen. Der Freiwilligendienst des Bundes läuft nur schleppend an und er steht zudem in Konkurrenz zum Jugendfreiwilligendienst („Freiwilliges Soziales Jahr“, „Freiwilliges Ökologisches Jahr“) und dem „Freiwilligendienst aller Generationen“.

Schleswig-Holstein hat ein gutes Angebot an Freiwilligendiensten, wir brauchen aber mehr. Kürzungen beim Freiwilligen Jahr lehnen wir ab. Den Aufbau von Bürgernetzwerken mit Koordinator\_innen für Freiwillige unterstützen wir.

Wir wollen, dass an Schleswig-Holsteins Schulen das soziale Engagement von Schüler\_innen gefördert wird. Ein gutes Beispiel, wie so etwas geht, ist das Projekt „Schüler helfen leben“. Ebenso soll das ehrenamtliche Engagement von Erwerbslosen und Geringverdiener\_innen gefördert und attraktiv gestaltet werden.

Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Gesamtstrategie ein, die den massiven Ausbau der verschiedenen Freiwilligendienste für Jung und Alt vorsieht – immer unter Beachtung der Arbeitsmarktneutralität. Bundes- und Jugendfreiwilligendienst sollten unter einem Dach zusammengefasst, also die Doppelstruktur aufgehoben werden. Auch das Trägerprinzip sollte sich durchsetzen, wonach die einstellende Institution verantwortlich ist – wie jetzt beim Jugendfreiwilligendienst.

Freiwilligkeit, Weiterbildung, soziale Absicherung und pädagogische Betreuung müssen bei allen Diensten gewährleistet sein. Die heute noch sehr unterschiedliche Bezahlung der verschiedenen Dienste sollte einander angeglichen werden.

Um die Attraktivität der Freiwilligendienste zu erhöhen, befürworten wir Bonusregelungen beim Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen wie etwa Wartesemester oder Bafög-Vergünstigungen und dass das Taschengeld, das Teilnehmer\_innen des Freiwilligendienstes erhalten, nicht als Einkommen bei Gewährung von Hartz IV- und Sozialhilfeleistungen berücksichtigt wird.

### **3.6.1 Nationale Minderheiten - gleichgestellt und anerkannt**

Für uns GRÜNE sind die Nationalen Minderheiten ein wichtiger Teil der Identität des Landes Schleswig-Holstein. Mit Schwarz-Gelb wurde der parteiübergreifende Grundsatz über Bord geworfen, nationale Minderheiten wie die deutsche Mehrheitsbevölkerung zu behandeln. Statt Gleichstellung wurden den dänischen Schulen im Land die Zuschüsse um 15 Prozent gekürzt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die dänischen Schüler\_innen rechtlich und finanziell den deutschen gleichgestellt werden.

Neben den dänischen und friesischen nationalen Minderheiten gibt es auch Sinti und Roma in unserem Land, die oft eine längere Geschichte in Schleswig-Holstein haben als viele Menschen der so genannten Mehrheitsbevölkerung. Wir sprechen uns für einen gleichberechtigten Schutz ihrer Kultur durch die Landesverfassung aus.

Das Nordfriisk Institut in Bredstedt und das European Centre for Minority Issues (ECMI) in Flensburg wollen wir erhalten und eng mit weiteren Forschungsstrukturen zu Nationalen Minderheiten an der Uni Flensburg verknüpfen.

Wir unterstützen die Ziele der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen. Friesisch und Plattdeutsch sind Bestand der norddeutschen Kultur. Diese wollen wir pflegen und erhalten. Zusammen mit den drei Nationalen Minderheiten, einer breiten parlamentarischen Mehrheit und dem Bund wollen wir den parteiübergreifenden Konsens wieder herstellen und einen Staatsvertrag und Zielbestimmungen nach sorbischem Vorbild entwickeln.

### **3.7 Weltoffenes Schleswig-Holstein**

Schleswig-Holstein ist ein Einwanderungsland. Migrant\_innen prägen das gesellschaftliche, intellektuelle, politische und künstlerische Leben mit. Für uns bedeutet Integration primär intellektuelle, politische und gesellschaftliche Partizipation mit dem Ziel echter Chancengerechtigkeit. Statt ständig die Unterschiede zwischen den Menschen in den Fokus zu nehmen, möchten wir eine Willkommenskultur in Schleswig-Holstein schaffen.

#### **3.7.1 Migrant\_innen gestalten unser Land mit**

Wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich gleichberechtigt sowohl am politischen Willensbildungsprozess als auch an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen können. Dazu gehört für uns ein Wahlrecht im Land und in der Kommune für Nicht-EU-Bürger\_innen. Des Weiteren wollen wir die flächendeckende Einrichtung von Integrationsbeiräten auf kommunaler Ebene mit festen Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Nur wer sein Lebensumfeld aktiv mitgestalten kann, wird sich am Ende auch mit ihm identifizieren.

Für uns sind Migrantenorganisationen (MO) Brückenbauer zwischen Herkunftsland und Deutschland. Wir wollen die Zusammenarbeit mit den MO ausbauen und ihre Arbeit unterstützen.

Den Optionszwang, der jungen Menschen aus bestimmten Ländern eine doppelte Staatsbürgerschaft verwehrt, lehnen wir entschieden ab: Deshalb werden wir uns auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Optionszwang abgeschafft wird. Doppelstaatigkeiten sind kein Integrationshemmnis, sondern spiegeln die multikulturelle Realität in Schleswig-Holstein wieder.

#### **3.7.2 It's not easy learning German**

Wir wollen eine frühzeitige und langfristige Sprachförderung für alle Altersklassen, losgelöst vom Aufenthaltsstatus. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind der zentrale Schlüssel für Integration. Das bedeutet nach unserem Verständnis jedoch nicht, dass das Erlernen der Muttersprache vernachlässigt werden darf, denn Mehrsprachigkeit ist in einem zusammenwachsenden Europa ein Schatz, den wir heben möchten. Wir brauchen neue Ideen für eine Lernkultur, die es möglich macht, dass auch Eltern sich für die Bildung und Ausbildung ihrer Kinder engagieren können, auch wenn sie aus anderen Bildungshintergründen eingewandert sind. Nötig ist außerdem der Ausbau der Dolmetscher\_innendienste, um Verständigungsschwierigkeiten auf behördlicher und medizinischer Ebene auszuräumen. Eine Kostenübernahme für diese Übersetzungsdienste durch die Krankenkassen bei

schweren Krankheitsbildern ist anzustreben und ein funktionierendes, eigens qualifiziertes Freiwilligennetz für die weniger schweren Fälle zu installieren. Das Gleiche gilt für die Kostenübernahme von medizinischen Gutachten bei traumatisierten Flüchtlingen. Es soll gewährleistet werden, dass nach dem Vorbild anderer Bundesländer auch Menschen im Asylverfahren und ohne sicheren Aufenthaltstitel Zugang zu Sprachkursen und Beratungsangeboten erhalten.

### **3.7.3 Integration erfordert Öffnung**

Integration ist keine Einbahnstraße. Wir unterstützen eine interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes. Verwaltungen, Polizei, Gerichte und Schulen, die für kulturelle Unterschiede sensibilisiert sind, können dazu beitragen, Konflikte frühzeitig zu vermeiden. Deswegen werden wir uns für verbindliche Schulungen in diesem Bereich einsetzen. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz sollten immer positive Einstellungskriterien sein, damit sich die gesellschaftliche Realität auch im öffentlichen Dienst widerspiegelt.

Die Migrationssozialberatungen (MSB) müssen bedarfsgerecht ausgestattete und für ausnahmslos alle Gruppen von Zugewanderten Beratung und integrationsorientierte Angebote vorhaltende Anlaufstellen werden, ebenso wie die Jugendmigrationsdienste für jugendliche Migrant\_innen.

Wir wollen eine leichtere Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie ausreichend Angebote für das Erlernen von berufsbezogenem Deutsch. Gerade in Zeiten wachsenden Fachkräftemangels muss die Politik bürokratische Hürden für Zuwanderung abbauen und im Dialog mit der Wirtschaft Integration auf dem Arbeitsmarkt fördern.

Um das Zusammenleben vor Ort gut zu gestalten, sollte jede Stadt beziehungsweise jeder Kreis in Schleswig-Holstein ein Integrationskonzept mit Zielen, Handlungsschwerpunkten und Maßnahmen entwickeln, dessen Umsetzung evaluiert und Nichtumsetzung mit geeigneten Mitteln der kommunalen Aufsicht sanktioniert wird.

### **3.7.4 Ein Recht, hier zu sein und hier zu bleiben**

Weltweit verlassen Menschen wegen Kriegen, Gewalt, Folter und Verfolgung ihre Heimat. Andere treiben die Folgen von Klimaveränderungen oder der Globalisierung in die Flucht. Viele von ihnen sind schwer traumatisiert, entwurzelt, haben familiäre Verluste erlitten und finden sich nun in einer unsicheren Zukunft wieder. Wir wollen keine Festung Europa und keine Flüchtlingspolitik, deren Gesetzgebung und Exekutive auf Asylverhinderung abzielt. Wir wollen, dass es in Schleswig-Holstein wieder eine landeseigene Förderung von Nichtregierungsorganisationen für Flüchtlingsrechte gibt.

Wir GRÜNE empfinden eine besondere Verantwortung für die afghanische Zivilgesellschaft. Sollte sich abzeichnen, dass der für 2014 geplante Abzug des Militärs aus Afghanistan durch sich verändernde Machtverhältnisse zu einer Bedrohung der Gesundheit und des Lebens von Menschen wird, werden wir uns rechtzeitig für die Aufnahme von bedrohten Afghan\_innen einsetzen.

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, als Land mehr Einflussmöglichkeiten bei der Frage

nach der Aufnahme von Flüchtlingen zu bekommen. Dabei unterstützen wir lokale Initiativen bei ihrer Forderung nach Aufnahme von Flüchtlingen aus Erstzufluchtsländern über das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen. Wir sprechen uns klar gegen so genannte Rücknahmeabkommen mit Staaten aus, die die Menschenrechte missachten.

Wir möchten einen Schlussstrich ziehen unter die unwürdige Praxis der Kettenduldungen. Wer viele Jahre in Schleswig-Holstein lebt, muss durch ein Bleiberecht eine Perspektive auf einen dauerhaften Aufenthalt bekommen.

Wir haben uns für die Abschaffung der Abschiebehaft ausgesprochen, denn längere Inhaftierung darf im Rechtsstaat nur eine Reaktion auf schwere Kriminalität sein. Flüchtlinge, unter ihnen auch Minderjährige, sind jedoch keine Straftäter\_innen.

### **3.7.5 Menschenwürdiges Leben in Schleswig-Holstein**

Viele Flüchtlinge leiden an Traumata und brauchen ein spezialisiertes Angebot. Durch die Schließung der Sammelunterkunft in Lübeck ist eine schnellere Verteilung der Flüchtlinge auf die Kreise gelungen. Das ist positiv, dennoch müssen wir dafür Sorge tragen, dass Flüchtlinge in den Kommunen menschenwürdig untergebracht werden. Wir wollen die vorgeschlagenen Unterbringungsstandards des Flüchtlingsbeauftragten umsetzen.

Ziel muss es sein, Flüchtlinge in Wohnungen mit einer guten Anbindung an das gesellschaftliche Leben und mit Zugang zu Beratungs- und Sprachangeboten unterzubringen. Immer mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erreichen Schleswig-Holstein. Wir sehen daher die Errichtung einer Clearingstelle vor, die auf die Bedürfnisse von Kindern ausgerichtet ist und ihren Schutz garantiert.

Wir wollen die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Eingliederung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik. Einen wichtigen Schritt hin zu einer solidarischen Flüchtlingspolitik haben wir bereits 2011 mit unserem erfolgreichen Antrag im Landtag zur Abschaffung der Residenzpflicht erreicht. Wir wollen diesen Weg weiter gehen und im Dialog mit den anderen norddeutschen Bundesländern versuchen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für geduldete und gestattete Menschen schrittweise abzuschaffen.

Mit der Forderung nach einem anonymen Krankenschein möchten wir illegalisierten Menschen Zugang zum Gesundheitssystem geben.

## **3.8 Den demokratischen Rechtsstaat schützen**

Das Verständnis von Staat und Bürger\_in in der Gesellschaft wandelt sich. Wir wollen mehr direkte demokratische Mitentscheidung. Deshalb werden wir Bürgerentscheide einfacher und unkomplizierter machen. Die Menschen in Schleswig-Holstein sollen künftig auch über die Bauleitplanung und die Hauptsatzung einer Gemeinde abstimmen können und nicht erst dann beteiligt werden, wenn eine Planung schon abgeschlossen ist. Die Bürgerplattform im Internet, Planungswerkstätten und in

geeigneten Fällen zum Beispiel Bürgerhaushalte und Mediationen sollen die Mitsprache der Bevölkerung unterstützen.

### **3.8.1 Das Wahlgesetz ändern**

Wir wollen die Senkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen mindestens auf 16 Jahre. Denn es gibt keinen überzeugenden Grund dafür, Personen noch immer von Entscheidungen auszuschließen, die in der Zukunft vor allem sie betreffen.

Das von CDU, SPD und FDP verabschiedete Wahlgesetz für die Landtagswahl hat die Gefahr einer erneuten Aufblähung des Landtags nicht entscheidend verringert. Wir setzen uns weiterhin für eine Reduzierung der Wahlkreisanzahl ein.

### **3.8.2 Gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen und Transgender**

Wir GRÜNE stehen für eine Politik der Akzeptanz der Unterschiedlichkeit, des Rechts auf Selbstbestimmung und der Wahrung der Würde jedes einzelnen Menschen. Wir wollen eine konsequente Antidiskriminierungspolitik. Daher werden wir auch weiterhin gesellschaftliche und rechtliche Initiativen ergreifen und unterstützen, um die rechtliche und faktische Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Intersexuellen und Transgendern zu beenden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss konsequent angewandt werden. Die eingetragene Lebenspartnerschaft muss in allen Rechtsbereichen der Ehe gleichgestellt werden, damit z. B. auch gleichgeschlechtliche Paare gemeinsam ein Kind adoptieren können. Wir wollen professionelle Beratungsstellen, die diejenigen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Probleme haben oder diskriminiert werden, unterstützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben maßgeblich dazu beigetragen, dass im Land Schleswig-Holstein notwendige Beratungsarbeit für Lesben, Schwule und Transgender finanziert wird. Wir werden diese Finanzierung weiter gewährleisten. Darüber hinaus wollen wir einen Aktionsplan gegen Homophobie erarbeiten und einsetzen, ähnlich wie ihn die rot-GRÜNE Landesregierung in Nordrhein-Westfalen bereits auf den Weg gebracht hat.

Wir werden alles unternehmen, damit Jugendlichen ein Coming-out an ihrer Schule möglich wird, ohne körperliche oder verbale Gewalt befürchten zu müssen. Dazu ist es unter anderem notwendig, dass in den Schulen unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche, normale Lebensweisen vermittelt und wertneutral behandelt werden.

### **3.8.3 Die Justiz stärken und den Strafvollzug reformieren**

Wir wollen eine Justiz, die bürgernah, unabhängig und effizient ist. Um das zu erreichen, wollen wir, dass die Gerichte mehr als bisher über die Verwendung ihrer Ressourcen entscheiden können. Die Menschen im Land müssen darauf vertrauen können, dass sie in angemessener Zeit zu ihrem Recht kommen.

Zur Entlastung der Justiz, aber auch im Interesse einer mehr auf Konfliktaufarbeitung und -bereinigung ausgerichteten Reaktion auf strafbares Verhalten, setzen wir uns für den verstärkten Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA) in Schleswig-Holstein ein. Auch in anderen Bereichen der Justiz sollen justiznahe Mediationsverfahren mehr gefördert werden und eine stärkere Rolle spielen, um Konflikte unstreitig zu lösen.

Den Ruf nach härteren Strafen teilen wir nicht. Statt höhere Strafen zu verhängen ist es wichtiger, dass die Strafen in zeitlicher Nähe zur Straftat verhängt werden. Wir fordern daher schnellere Gerichtsverfahren.

Im Strafvollzug streiten wir für eine bessere Wiedereingliederung von Straftäter\_innen. Die Gefangenen von heute sind die Entlassenen von morgen. Deshalb wollen wir den offenen Vollzug stärken, insbesondere für Gefangene im Erstvollzug. Die Therapiemöglichkeiten im Strafvollzug müssen verbessert werden. Schulische Bildung, berufliche Qualifizierung und Arbeit kommen im Behandlungsvollzug eine wesentliche Rolle zu. Für Haftentlassene wollen wir eine Integrationsbegleitung in der Zeit des Übergangs in das Leben in Freiheit. Solche Instrumente halten wir nicht nur für menschlich, sie rechnen sich auch, weil sie die Bevölkerung vor neuen Straftaten (Rückfällen) schützen.

Eine Schließung von Haftanstalten kommt für uns nur in Frage, wenn das mit einem stimmigen Wiedereingliederungskonzept für das ganze Land verbunden ist und kleinere Landgerichtsstandorte erhalten bleiben.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass ehemalige Häftlinge, von denen eine weitere Gefährdung ausgeht, sicherheitsverwahrt werden können. Diese Sicherheitsverwahrung muss jedoch strikt vom Strafvollzug getrennt sein. Für diese Menschen wollen wir Therapieeinrichtungen, in denen individuelle Behandlung stattfindet. Wir wollen die nötigen Einrichtungen in Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Bundesländern betreiben.

### **3.8.4 Jugendgewalt bekämpfen**

Gewalt unter Jugendlichen ist ein schlimmes, aber kein neues Phänomen. Unsere Antwort auf Jugendgewalt fußt auf zwei Strategien: Zum einen muss durch eine wirksame, landesweite Prävention verhindert werden, dass aus Kindern gewalttätige Jugendliche werden. Zum andern müssen in den Fällen, in denen Gewalt verübt wurde, Verfahren weiter beschleunigt werden. Denn auch um eine Wirkung zu erzielen, ist es besser, dass eine Strafe „auf dem Fuße folgt“, als immer härtere Urteile zu sprechen. Eine geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen lehnen wir ab.

### **3.8.5 Eine gut ausgebildete und ausgestattete Polizei**

Die Polizei hat eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie kann ihre anspruchsvollen Aufgaben nur mit gut ausgebildeten und motivierten Polizist\_innen erfüllen. Wir wollen daher die Aus- und Fortbildung der Polizei deutlich erweitern. Das bedeutet insbesondere, das Einsatztraining und die sozialen Kompetenzen auszubauen. Die Polizei als bürgernahe Organisation ist unser Leitbild. Sicherheit und Freiheit bedingen sich gegenseitig und ihr Verhältnis muss stets neu ausbalanciert werden. Deshalb sind

wir auch dafür, dass für die Untersuchung von Fällen rechtswidriger Gewalt durch Polizist\_innen eine unabhängige Kontrollinstanz eingerichtet wird, die nicht an die Exekutive gebunden ist, von der Legislative bestellt wird und sich aus Mitgliedern aus der Zivilgesellschaft zusammensetzt. Diese Kommission soll eigene Ermittlungsrechte haben, z.B. Zeugenbefragung und Akteneinsicht. Polizist\_innen brauchen gute Arbeitsbedingungen, ein faires Management der vielen anfallenden Überstunden und leistungsfähige technische Ausstattung. Wir brauchen wirkungsvolle Strategien gegen die Internetkriminalität als neue Herausforderung für die Gesellschaft. Auslandseinsätze der Polizei sollen unter Maßgabe eines ethischen Kodex durch das Parlament mandatiert werden. Die Einsätze an Friedensmissionen im Ausland sollen so in den Polizeidienst integriert werden, dass sie die Laufbahnbiografie wie auch die inländischen Dienststellen bereichern.

### **3.8.6 Die Versammlung ist frei**

Wir haben als erste politische Kraft in Schleswig-Holstein den Entwurf für ein Versammlungsfreiheitsgesetz vorgelegt. Anders als das hergebrachte Versammlungsrecht des Bundes begreift unser Entwurf die Demonstration nicht in erster Linie als Gefahr, sondern als Ausübung eines Grundrechts, dessen Realisierbarkeit gemeinsames Anliegen von Grundrechtsträger\_innen und Behörden ist. Damit der Geist der Freiheit ohne Verlust an Sicherheit in das Versammlungsrecht Einzug halten kann, setzen wir auf moderne Instrumente wie zum Beispiel Kooperationsgespräche zwischen Polizei und Versammlungsleitung, Konfliktmanager\_innen oder die Demonstrationsbeobachtung. Wir werden die Rechte der Bürger\_innen aber auch dadurch stärken, dass wir die Voraussetzungen für die polizeiliche Datenerhebung und -verwertung bei Demonstrationen verschärfen und eine individualisierbare Kennzeichnung der Beamt\_innen einführen.

### **3.8.7 Für das einheitliche öffentliche Beschäftigungsrecht**

Der Staat braucht gut motivierte und angemessen bezahlte Mitarbeiter\_innen. Wir wollen daher den Einstieg in ein einheitliches Dienstrecht für alle öffentlich Bediensteten, einschließlich ihrer Einbeziehung in die Sozialversicherungssysteme und der Möglichkeit zu streiken. Damit soll auch der Wechsel zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft erleichtert werden.

### **3.8.8 Transparenz schaffen, Unabhängigkeit der Abgeordneten stärken**

Durch Korruption und intransparenten Lobbyismus wird Vertrauen in die Politik und Verwaltung zerstört. Die Bürger\_innen müssen nachvollziehen können, welchen Einfluss Verbände und Unternehmen auf das von ihnen gewählte Parlament nehmen. Wir wollen daher die Übernahme der für den Bundestag eingeführten Regelungen für Nebenverdienste von Abgeordneten für den Landtag, ergänzt um die Pflicht zur exakten Ausweisung der Nebeneinkünfte. Transparenz und Zugang zu Informationen sind notwendige Voraussetzung für die Meinungs- und Willensbildung der Bürger\_innen und ermöglichen Partizipation, Teilhabe und Mitbestimmung in einer modernen, lebendigen Demokratie. Wir GRÜNEN setzen uns deshalb in enger Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit für eine Novellierung des Landesinformationsfreiheitsgesetzes ein, das die Informationsrechte der Bürger\_innen gegenüber dem

Staat stärkt, den Zugang zu Informationen zur Regel und Informationsverweigerung zur Ausnahme macht. Das bestehende Informationsfreiheitsgesetz wollen wir mit einem „Open-Data-Konzept“ weiterentwickeln und so eine proaktive Informationspolitik des Staates gegenüber den Bürger\_innen gewährleisten.

### **3.8.9 Null Toleranz gegenüber Rassismus und Diskriminierung**

Noch immer werden Menschen in Schleswig-Holstein aufgrund von Kriterien, die für den Wert und die Leistungsfähigkeit eines Menschen keine Rolle spielen, benachteiligt. Das verbindliche Ziel des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) darf kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss auch tatsächlich erreicht werden.

Wir wollen, dass europäisches Recht und längst verbindliche Vorgaben aus den Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen in Schleswig-Holstein effektiv umgesetzt werden. Das setzt eine stärkere Evaluierung von Maßnahmen der Behörden und privaten Unternehmen zum Abbau von Diskriminierung voraus. Wir wollen erreichen, dass Frauen tatsächlich nach Qualifikation in alle Ebenen von Unternehmen gelangen, Menschen mit Behinderung nicht nur pro forma zum Vorstellungstermin eingeladen werden, Hochschulen nicht nur die Etikette "familienfreundlich" tragen und Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst angemessen präsent sind. Auch für Schleswig-Holstein soll ein Aktionsplan gegen Homophobie entwickelt und umgesetzt werden.

### **3.8.10 Gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Antisemitismus**

Maßnahmen gegen politische Organisationen oder Gruppierungen, deren Ziele im Widerspruch zu den Werten unseres Grundgesetzes stehen, müssen individuell abgestimmt und diese Organisationen mit den zu Gebot stehenden Mitteln unseres Rechtsstaates bekämpft werden. Wir GRÜNE lehnen jedwede politisch motivierte Gewalt entschieden ab. Wir widersprechen aber auch einer undifferenzierten Gleichmacherei unterschiedlich motivierter politischer Extreme, wie sie in der sogenannten "Extremismusklausel" zum Ausdruck kommt.

Aktuelle Erkenntnisse zeigen, dass sich in den letzten Jahren auch rechtsextreme Gewalt in terroristischen Strukturen entwickelt hat. Darum fordern wir eine parlamentarische Aufklärung und eine neue tiefgreifende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in all seinen schlimmen Facetten. Gleichzeitig müssen angesichts der bestehenden Bedrohungen durch rechtsextreme Strukturen alle Instrumentarien seiner Bekämpfung auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei soll auch ein neuer Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren ernsthaft geprüft werden. An dieser Stelle ist auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Verfassungsschutzämter notwendig. Daneben muss der Kampf gegen Rechts noch intensiver als bisher, mit verstärkter Aufmerksamkeit, besseren Argumenten und durch mehr Prävention geführt werden. Wir GRÜNE sind die demokratische Kraft, die sich rechtsextremen und rechtspopulistischen Bestrebungen mit aller Kraft entgegenstellt!

Schleswig-Holstein steht in Westdeutschland in der Spitzengruppe rechtsextremer Gewalttaten. Die extreme Rechte tritt einerseits zunehmend selbstbewusst und provokant auf, andererseits aber auch betont bieder, um in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. In Schleswig-Holstein müssen für junge

Menschen mehr Angebote geschaffen werden, die ihnen zeigen, dass ihre Leistungen gefragt sind und ihre Person der Gesellschaft etwas wert ist. Schleswig-Holstein braucht eine umfassende Beratungsstruktur mit Ausstiegsprogrammen und Opferhilfen, die auch auf die wachsende Zahl von Frauen in der rechten Szene zugeschnitten sind.

Wir treten dafür ein, dass EU-Mittel, die für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung stehen, auch ausgeschöpft werden. Wir sehen mit Sorge, dass Verbände, die seit Jahren erfolgreich in der Bekämpfung des Rechtsextremismus aktiv sind, mit Hilfe von "Extremismusklauseln" lahmgelegt werden. Solche Strategien, die Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus gegeneinander auszuspielen, lehnen wir ab. Wenn Extremismus zu Straftaten führt, müssen diese konsequent verfolgt werden.

Ein Engagement für Menschenrechte und Demokratie setzt Bildung und Wissen voraus. Wir wollen daher Ort der Erinnerung im Gedenken an die Opfer und Verfolgten der Nazizeit in Schleswig-Holstein schaffen und ausbauen. Wir halten dafür die Einbeziehung von Hochschulen und politischen Stiftungen für das Erstellen von aktuellen und historischen wissenschaftlichen Analysen für sinnvoll.

### **3.9 Strategien für eine neue Kulturpolitik**

Am Stellenwert der Kultur und ihrer Verortung in der Gesellschaft zeigt sich, wie sich eine Gesellschaft selbst begreift. Seit Jahren findet in Schleswig-Holstein keine kulturpolitische Debatte mehr statt und deshalb auch keine Debatte über die Gesellschaft, die wir sein wollen. Weil das nicht passiert, gibt es keinen Aufbruch, um das kulturelle Angebot und die sie tragende Infrastruktur mutig für die Zukunft zu gestalten. Kulturpolitik in Zeiten von schrumpfenden Gesellschaften und Sparhaushalten heißt, neue Strategien für eine reiche, vielfältige und qualitativ hochwertige Kulturlandschaft zu entwickeln. Das wollen wir tun. Wir schrecken nicht vor strukturellen Änderungen zurück, um die Inhalte und Qualität der Kultur zu stärken.

Vier Strategien sollen das leisten:

- zum ersten eine bessere Vernetzung und Kooperation,
- zum zweiten neue und innovative Projekte und Programme,
- zum dritten der geschickte Mitteleinsatz,
- zum vierten Mehreinnahmen für den Kulturbereich.

Die von der jetzigen Regierung geplante Änderung des Denkmalschutzgesetzes muss im Falle der Verabschiedung in der vorgelegten Fassung nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch uns wieder zurück genommen werden.

#### **3.9.1 Bessere Vernetzung und Kooperation**

Museen, Archive, Bibliotheken und Theater sind allesamt unterfinanziert. Es ist leider absehbar, dass die öffentliche Hand kaum mehr Geld in die kulturellen Institutionen geben kann. Aber wenn sich die Kulturinstitutionen auf den Weg machen, neue Strukturen aufzubauen, dann werden wir das unterstützen.

Für die Museen regen wir an, die alte Idee eines "Hauses der Geschichte" modern umzusetzen und eine Landesausstellung ins Leben zu rufen, an der sich die Landes- wie städtischen Museen, aber auch Landesarchiv und Landesbibliothek beteiligen und die in einem Jahr in den verschiedenen Häusern des Landes gezeigt wird. Zur Organisation dieses Ausstellungsprojektes können bestehende Strukturen genutzt werden.

Die Angebote des Heimatbundes und der Volkshochschulen ergänzen sich oft. Wir begrüßen die begonnene Kooperation und ermutigen sehr, sie fortzusetzen, um dem Land eine starke und effektive Bildungseinrichtungsstruktur zu geben. Auch die verschiedenen Musikverbände sind aufgerufen, verstärkt Möglichkeiten der Kooperation auszuloten. Die Theater Kiel, Lübeck und das Landestheater leisten hervorragende Arbeit. Dennoch wird die Summe von 30 Millionen Euro für die drei Theater aus dem kommunalen Finanzausgleich nicht ausreichen, um Tarif- und Kostensteigerungen aufzufangen. Wir sind entschieden der Meinung, dass die Mitarbeiter\_innen bereits einen entscheidenden Anteil zur Sanierung der Häuser erbracht haben. Vor die Wahl gestellt, einen Strukturwandel zu bejahen oder weiter auf dem Rücken von Schauspieler\_innen, Tänzer\_innen, Musiker\_innen zu sparen, entscheiden wir uns für ersteres. Wir sehen, dass es bereits Ideen zu einer Kooperation gibt, etwa beim Ballett zwischen Kiel und Lübeck oder beim Orchester zwischen Flensburg und Sonderburg (DK). Diese müssten energisch vorangetrieben werden. Das kann im Einzelfall bedeuten, dass Inszenierungen übernommen werden, dass Programme länger als nur eine Saison aufrecht erhalten werden oder dass die Overhead-Kosten der Verwaltung gemeinsam getragen werden – aber ein Weniger an Quantität bedeutet noch lange nicht, dass die künstlerische Qualität darunter leiden muss, ganz im Gegenteil.

### **3.9.2 Einzelnen Projekten und Programmen mehr Aufmerksamkeit schenken**

Die soziokulturellen Zentren, die Freien Theater und die kreativen Milieus im Land wollen wir besser unterstützen. Insgesamt gelingt es Schleswig-Holstein zu schlecht, Kreative zu unterstützen, zu halten und zu fördern. Dabei entstehen gerade in diesen Milieus neue Ideen, kulturelle wie dann später auch wirtschaftliche Impulse. Mit der Muthesius Kunsthochschule haben wir zum Beispiel einen idealen Impulsgeber hier im Land – aber nur eine von 20 Absolvent\_innen bleibt in Schleswig-Holstein. Wir wollen das gegenseitige Unverständnis zwischen Politik und Kulturschaffenden aufbrechen. Das Fachwissen und die Kenntnisse der Kulturabteilung wollen wir stärker als Dienstleistungsangebot für die Künstler\_innen und Bürger\_innen öffnen, über das Internet stärker in Kommunikation treten und zur Ansprechpartner\_in für alle Belange machen ("Eine-Tür-Prinzip").

Um eine breite kulturelle Vielfalt zu gewährleisten, setzen wir uns für eine verstärkte Vernetzung mit den etablierten Kulturinstitutionen sowie Bildungsträgern aller Art ein. Museums- und Theaterpädagogik brauchen unsere Unterstützung. Das Ziel ist eine lebendige, alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende Kunst und Kultur, an der diverse gesellschaftliche Gruppen teilhaben sollen und für Zugangsgerechtigkeit gesorgt ist.

### **3.9.3 Mittel geschickt einsetzen**

Die Mittel aus der Europäischen Union sind die eigentliche finanzielle Gestaltungsmasse im Land.

Projektmittel aus dem Interreg-Programm, die Mittel der Aktiv-Region, aber auch die Mittel zur Förderung des ländlichen Raumes (ELER) oder aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft stehen theoretisch auch für die Kulturförderung zur Verfügung. Es müssen nicht nur Kuhställe und Landwege gebaut werden. Wo Förderrichtlinien umformuliert werden müssen, wollen wir das tun, vor allen Dingen jedoch wollen wir die Beratungsleistung der Kulturabteilung für Kommunen und Bürger\_innen verbessern. Wir denken Kulturpolitik nicht losgelöst von den anderen Bereichen wie Bildung, Soziales, Integration und Wirtschaft. Investitionen in Kultur bedeuten auch Investitionen in alle anderen gesellschaftlichen Bereiche.

### **3.9.4 Mehreinnahmen für den Kulturbereich generieren**

Das Land besitzt kaum eigene Steuerkompetenz. Die Kommunen jedoch können Abgaben für Angebote erheben. Einige Städte haben eine Kulturförderabgabe eingeführt oder beabsichtigen, das zu tun. Sie wird als prozentualer Aufschlag auf Hotelübernachtungen eingezogen. Wir halten das für richtig und ermutigen Kommunen dazu. Durch die Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen seitens der schwarz-gelben Bundesregierung haben die Kommunen schwere Finanzeinbrüche hinnehmen müssen. Bei 25 Millionen Übernachtungen in Schleswig-Holstein würde eine 1,5 Prozent Abgabe zweckgebunden für die Kultur erhebliche Möglichkeiten schaffen, Kultur neu zu fördern.

### **3.9.5 Vielfalt und Qualität klassischer Medien sichern**

Die klassischen Medien aus Rundfunk und Presse haben in unserer Demokratie eine zentrale Rolle. Wir setzen uns dafür ein, privaten und öffentlichen Medien einen ausreichenden Spielraum zu garantieren, damit sie ihren Beitrag zur Meinungsvielfalt leisten können. Ausgehend davon sehen wir das Erfordernis, uns kritisch mit den Inhalten der privaten, aber auch der öffentlich-rechtlichen Medien auseinanderzusetzen.

Bei den regionalen Tageszeitungen besteht in Schleswig-Holstein zu wenig Wettbewerb und Vielfalt. Sinkende Auflagen, erhöhter Konkurrenzdruck durch Online-Medien, schrumpfende Einnahmen und wachsende Anforderungen bei immer schlechteren Verträgen für Journalist\_innen rücken die Notlage des Qualitätsjournalismus auf die politische Agenda. Bei gebotener Distanz zwischen Politik und Medien sehen wir zur Sicherung der Pressefreiheit den Anlass gegeben, im Dialog mit Medienschaffenden mehr Anstrengungen für eine qualitative lokale und regionale Berichterstattung zu unternehmen. Dabei befürchten wir eine Gefährdung der Pressefreiheit in den quasimonopolistischen Strukturen der Presselandschaft in Schleswig-Holstein. Aus diesem Grund werden wir uns mit dem Ziel einer Stärkung der Unabhängigkeit von Redakteur\_innen für eine Einführung von Redaktionsstatuten in den Zeitungsverlagen einsetzen. Darüber hinaus wollen wir die presserechtlichen Offenlegungspflichten über die Beteiligungsverhältnisse auch auf Online-Angebote ausweiten und konkretisieren. Wir unterstützen und fördern freie Medienakteur\_innen wie lokale und regionale Blogger\_innen, Radios, Filmer\_innen, Fotograf\_innen und Autor\_innen.

Die gemeinsame Medienanstalt für Hamburg und Schleswig-Holstein unterstützen wir. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Lizenzzuteilungen durch die Medienanstalt die Vielfalt der Programme sowie die

Qualität der Inhalte stärkere Berücksichtigung finden. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt eine besondere Aufgabe zu. Sein Zweck ist es, mit seinen Programmen einen möglichst hohen öffentlichen Wert für die demokratisch verfasste Gesellschaft darzustellen. Dabei haben wir das Ziel, den Einfluss der Landesregierungen auf die Programmgestaltung in den verschiedenen Gremien der Öffentlich-Rechtlichen Sender einzuschränken und ein Verbot für Vertreter\_innen der Exekutive in den Rundfunkgremien durchzusetzen.

Wir unterstützen den Offenen Kanal in Schleswig-Holstein und sein Konzept des Senders auf zehn Säulen. Die Funktion als Forum für Bürger\_innen sowie als Lokalradio und Lokalfernsehen ist wichtig. Die Aus- und Fortbildungsaktivitäten des Offenen Kanals begrüßen wir. Der Offene Kanal spielt eine wichtige Rolle bei der landesweiten Vermittlung von Medienkompetenz.

### **3.10 Schleswig-Holsteins digitale Zukunft gestalten**

Globale Vernetzung und Digitalisierung beeinflussen und verändern derzeit grundlegende Pfeiler unserer Gesellschaft. Meinungsfreiheit, Privatsphäre, Teilhabe und informationstechnische Entwicklungen werden durch die Netzpolitik gestaltet und gefördert. Netzpolitik ist Politik, die die Auswirkungen der Digitalisierung und die Verbreitung des Internets auf alle anderen Politikbereiche mitdenkt und sinnvoll verknüpft. Sie ist zugleich Politik mit den Mitteln des Netzes: Homepages, Blogs und soziale Netzwerke unterstützen den demokratischen Diskurs, die Meinungsbildung und neue Formen politischer Teilhabe.

Wir GRÜNE stehen für eine digitale Gesellschaft, die die Freiheit und die Bürgerrechte der Menschen in den Mittelpunkt stellt: Grundrechte, wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, müssen selbstverständlich auch im Internet gelten. Auch der Schutz privater Daten und das Recht auf öffentliche Informationen im Internet (Informationsfreiheit), sind für unsere demokratische Gesellschaft konstituierend. Das Internet darf nicht zum Vorwand und Mittel werden, mühsam erkämpfte Bürgerrechte einzuschränken. Deshalb wollen wir die digitale Dimension der Grundrechte stärken. Wenn ein Großteil der Information und Kommunikation online erfolgt, muss neben Post- und Fernmeldegeheimnis ein übergreifendes Kommunikations- und Mediennutzungsgeheimnis treten. Die Informationsfreiheit soll daher ebenso Teil des Grundgesetzes werden wie der Datenschutz. Auch das vom Bundesverfassungsgericht neu begründete Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme sollte ausdrücklich ins Grundgesetz aufgenommen werden.

#### **3.10.1 Das Internet für die Vitalisierung unserer Demokratie nutzen**

Wir GRÜNE stehen für eine transparente und bürgernahe Politik. Die Möglichkeiten des Internets können helfen, die Distanz zwischen Politik und Bürger\_innen abzubauen und die Transparenz politischer Prozesse deutlich zu verbessern. Verträge der öffentlichen Hand mit privaten Akteur\_innen (ÖPP) gehören nicht unter Verschluss, sondern müssen unter Berücksichtigung des Datenschutzes offengelegt werden. Dies kann unkompliziert und kostengünstig im Internet erfolgen. Musste früher jeder Bebauungsplan noch umständlich zu schlechten Öffnungszeiten im Amt eingesehen werden, kann heute Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturprojekten genauso wie bei kleinen Bauvorhaben

zusätzlich auch online erfolgen. Zudem sehen wir die großen Chancen, die in der Zugänglichmachung öffentlicher Daten („Open Data“) liegen.

Mit dem Internet sind vielfältige neue, digitale Öffentlichkeiten entstanden: Bürgerjournalismus in Blogs, Zusammenarbeit in der Wikipedia, Interaktion in Sozialen Netzwerken, Plattformen für e-Petitionen und online diskutierte Bürgerhaushalte gehören dazu. Sie ermöglichen eine Frischzellenkur für die Partizipation in einer repräsentativen Demokratie.

Wir werben dafür, dass sich staatliche Stellen den Prinzipien eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns („Open Government“) verschreiben. Im Zeitalter des Web 2.0 gehört dazu auch die direkte Zusammenarbeit mit den Bürger\_innen. Internetplattformen, die auf Rückkopplungen und Initiativen aus der Bevölkerung setzen, lassen das Gemeinwesen vom Wissen aller profitieren und sind eine Bereicherung unserer repräsentativen Demokratie.

### **3.10.2 Offene Daten - Transparenz schaffen und Partizipation ermöglichen**

Wir streiten für eine Ausweitung und Modernisierung der Informationsfreiheit und unterstützen daher eine Novellierung des Landesinformationsfreiheitsgesetzes in enger Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz. Dabei wollen wir das bestehende Prinzip umdrehen und die Verwaltung verpflichten, Dokumente, Analysen, Gutachten und Statistiken nicht nur auf begründete Nachfrage, sondern von vornherein der Öffentlichkeit als offene Daten („Open Data“) frei verfügbar zu machen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Auswertung der Informationen durch die Verwendung von maschinenlesbaren und freien Formaten sowie einer Auswahl von Lizenzen für private und kommerzielle Nutzungen ermöglicht wird. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer wollen wir ein zentrales Portal für offene Daten in Schleswig-Holstein einführen.

### **3.10.2 E-Government und digitale Teilhabe umsetzen**

Im Zuge der Digitalisierung bietet E-Government vor allem Möglichkeiten für einfache und schnelle Verwaltungsdienstleistungen. Darüber hinaus werden wir GRÜNE uns dafür einsetzen, die technischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Distanz zwischen Bürger\_innen und Verwaltung zu verringern. Wir streben eine offene Verwaltung an, die Transparenz gewährleistet und Beteiligung ermöglicht. Dabei ist selbstverständlich genau auf die Erfordernisse des Datenschutzes und das Prinzip der Datensparsamkeit zu achten. Zudem muss sichergestellt werden, dass digitale Teilhabe nicht zu Lasten einer bürgerfreundlichen Verwaltung geht: Es muss also auch zukünftig möglich bleiben, als Bürger\_in alle Behördendienstleistungen auch ohne Internetzugang nutzen zu können.

### **3.10.3 Zugang zum Internet als Bürgerrecht sicherstellen**

Die Verfügbarkeit von schnellen Internetanschlüssen ist in Schleswig-Holstein weiterhin alarmierend schlecht, dabei gibt es hier ein größeres Bedürfnis nach schnellem Netzzugang als anderswo. Ein Breitbandzugang ist in der Wissensgesellschaft unabdingbare Grundlage eines zeitgemäßen Lebensumfeldes und elementar für soziale Teilhabe im 21. Jahrhundert. Er ist Voraussetzung für gute

Bildung und Wissen und befördert wirtschaftliche Entwicklung. Wir werden uns für einen zügigen und konsequenten Ausbau der Breitband-Versorgung in ganz Schleswig-Holstein einsetzen. Davon wird besonders der ländliche Raum profitieren. Auf Bundesebene setzen wir uns für das Recht aller auf einen Breitbandanschluss ein, der als flächendeckender Universaldienst (analog zur Post- und Telefonversorgung) verfügbar sein muss. Darüber hinaus werden wir öffentliche und privatwirtschaftliche Vorhaben, die einen Ausbau von kostenfreien WLAN-Netzwerken zum Beispiel in Städten oder im ÖPNV zum Ziel haben, aktiv unterstützen.

### **3.10.5 Für neue Arbeit und wirtschaftliche Innovation**

Die vernetzte Welt schafft neue Arbeitsplätze und neue Arbeitsformen. Anstelle von Monopolen und Oligopolen setzen wir auf vielfältige, dezentrale Märkte mit agilen kreativen Akteur\_innen. Dazu gehören verbesserte Bedingungen für Unternehmensgründungen und der rasche Wissenstransfer aus Hochschulen in die Wirtschaft. Den Sektor der Open-Business Modelle wollen wir stärken und innovative Unternehmen im Bereich der Kreativwirtschaft fördern.

Für uns ist mit dem Internet die Überzeugung verbunden, dass jeder Mensch unbeschränkten Zugang zu Informationen und die Möglichkeit erhält, diese frei zu verbreiten. Diese Freiheit gilt es zu schützen und dort, wo es sie nicht gibt, zu schaffen. Wir begreifen deshalb den Zugang zum Internet als Bürgerrecht, das in jeder Hinsicht (barriere-)frei zu gestalten ist. Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständliches Designkriterium für öffentliche, privatwirtschaftliche und private Angebote im Netz sein.

### **3.10.6 Netzneutralität sichern und durchsetzen**

Die Gleichbehandlung von Daten ist die Grundlage eines freien, demokratischen und dynamischen Internets und hat dessen Erfolg überhaupt erst ermöglicht. Daten im Internet müssen deshalb gleichberechtigt übertragen werden – ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Ziels, ihres Inhalts, verwendeter Anwendungen oder verwendeter Geräte. Netzneutralität bestimmt, wie das Internet mit Inhalten umgeht. Verletzt wird sie, wenn Inhalte gesperrt, gefiltert oder gedrosselt werden, so dass bestimmte Daten bevorzugt werden, weniger rentable Inhalte plötzlich schlechter zugänglich sind.

Wir setzen uns gegen ein "Zwei-Klassen-Internet" ein, das diejenigen bevorzugt, die mehr zahlen können. Nutzer\_innen müssen im Internet Inhalte ihrer Wahl diskriminierungsfrei senden und empfangen können. Dienste und Anwendungen müssen genau wie Hardware und Software frei wählbar sein. Dies soll für das Festnetz genauso wie für den Mobilfunk gelten. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität im Internet ein und werden eine entsprechende Initiative im Bundesrat anstoßen. Zukünftige Förderungen des Breitbandausbaus in Schleswig-Holstein wollen wir an die Verpflichtung der Wahrung der Netzneutralität knüpfen.

### **3.10.7 Freies Wissen teilen**

Wissen wächst, wenn man es teilt. Das Internet hat sich durch die Mitarbeit vieler Freiwilliger zum

größten Wissensschatz überhaupt entwickelt. Die kollektive Arbeit an freier und quelloffener Software („Open Source“) hat vieles im Netz erst möglich gemacht, seien es Blogs oder das kollaborative Arbeiten über Wikis, Etherpads & Co. Der Zugang zu wissenschaftlichen Informationen im Internet ist aber nach wie vor mit vielen Hindernissen versehen. Wir setzen uns deshalb für freies Wissen auf allen Ebenen ein: sowohl in Wissenschaft und Kultur, als auch bei Software. Wir wollen Sammlungen von digitalen Gemeingütern auf- und ausbauen. Dazu gehört auch, dass mit öffentlichen Geldern erstellte wissenschaftliche Publikationen frei im Internet zugänglich sein müssen („Open Access“).

### **3.10.8 Einen fairen Interessenausgleich aller im Netz Beteiligten schaffen**

Internet und Digitalisierung stellen unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen und Konflikte, für die gemeinsam an Lösungen gearbeitet werden muss. Insbesondere im Urheberrecht ist ein Ausgleich der unterschiedlichen Interessen der Beteiligten noch nicht gelungen. Unser Ziel ist ein fairer Interessenausgleich aller im Netz Beteiligten. Dazu muss das Urheberrecht weiter entwickelt und modernisiert werden. Wir wollen die Urheber\_innen und Künstler\_innen stärken – vor allem gegenüber den Verwerter\_innen und Vermarkter\_innen ihrer Inhalte. Urheber\_innen sollen in die Lage versetzt werden, selbst zu entscheiden, wie mit ihren Inhalten umgegangen werden kann. Alternative Lizenzmodelle wie „Creative Commons“ weisen hier einen möglichen Weg. Ebenso wollen wir einen angemessenen finanziellen Ausgleich für die freie Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte im Internet schaffen. Urheber\_innen sollen von Digitalisierung und Internet profitieren und pauschale Gelder für das freie Tauschen von Dateien erhalten (Tauschlizenz). Wir wollen die Kriminalisierung der nicht-kommerziellen Nutzung stoppen und dem Abmahnwahnsinn gesetzlich einen Riegel vorschieben.

### **3.10.9 Freie und quelloffene Software fördern**

Wir setzen uns für einen verstärkten Einsatz von freier und quelloffener Software („Open-Source“) ein. Sie bietet vielfältige Vorteile: Sie erhöht die Sicherheit, senkt Kosten, erleichtert den Wissenstransfer und dient durch eine stetige Weiterentwicklung durch die Nutzer\_innen dem Gemeinwohl. Bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen kann die Anschaffung von Open-Source-Software statt lizenzpflichtiger Produkte zu Einsparungen im Landeshaushalt führen. Wir setzen uns daher für eine Überprüfung der bestehenden Ausschreibungsverfahren ein.

Der verstärkte Einsatz von freier und quelloffener Software ist gerade im schulischen und wissenschaftlichen Bereich wichtig. Wir wollen weg von proprietären System (hier stimmt was nicht) hin zu freier und offener Software, wir werden uns für einen verstärkten Einsatz von freier und quelloffener Software an (Hoch-) Schulen, in öffentlichen Institutionen und der Verwaltung einsetzen und Modelle durch Ausbildung von qualifiziertem Personal unterstützen.

### **3.10.10 Mehr Medienkompetenz für alle Generationen ermöglichen**

Medienkompetenz ist die Grundvoraussetzung, um selbstbestimmt an der digitalen Welt teilzuhaben. Nutzer\_innen müssen nicht nur lernen, wie man den Computer bedient, um ins Internet zu kommen. Sie müssen auch wissen, wie man im Netz mit den eigenen Daten umgeht, welche Angebote gefahrlos

genutzt werden können, wie man Meldungen in einem Blog kritisch bewertet oder was bei Cybermobbing zu tun ist. Wir wollen eine generationenübergreifende Medienbildung als roten Faden in alle staatlichen Bildungsangebote verweben.

Dazu muss Medienpädagogik als verpflichtender Teil in die Ausbildung von pädagogischen Berufen und in die Lehrpläne integriert werden. So soll vor allem ein reflektierter Umgang mit den Medien und der Schutz der eigenen Privatsphäre (beispielsweise in sozialen Netzwerken) im Internet vermittelt werden. Außerdem soll das Internet als Arbeits- und Informationsmedium verstärkt genutzt und der kritische Umgang damit geübt werden. Wir begrüßen das Scheitern der Novellierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrags (JMStV), sehen aber auch unsere Verantwortung, engagiert in einem transparenten Verfahren mit allen Beteiligten eine Neuaufstellung einen Kurswechsel in diesem Bereich voranzutreiben.

### **3.10.11 Löschen statt sperren – gegen Vorratsdatenspeicherung und Trojaner-Einsatz**

Wir GRÜNE lehnen die Sperrung von Inhalten im Internet entschieden ab. Solche Sperrungen sind technisch leicht zu umgehen und für eine effektive Strafverfolgung letztendlich sogar kontraproduktiv. Der gesperrte Inhalt steht zudem weiter im Internet zum Abruf bereit. Wir fordern daher nach wie vor: Löschen statt sperren. Statt eine verfassungsrechtlich fragwürdige Zensurinfrastruktur aufzubauen, müssen Polizei und Staatsanwaltschaft technisch und personell verstärkt und die internationale Zusammenarbeit intensiviert werden, um die Verfolgung strafrechtsrelevanter Inhalte im Netz besser bewältigen zu können.

Allen Tendenzen einer staatlichen Totalüberwachung von Kommunikationsnetzen stellen wir uns entschieden entgegen. Weiterhin lehnen wir eine anlasslose Speicherung sämtlicher Kommunikationsdaten aller Bürger\_innen auf Vorrat ab. Eine Neuauflage einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung lehnen wir entschieden ab. Niemand darf unter Generalverdacht gestellt werden. Auch vor diesem Hintergrund wurde die frühere gesetzliche Grundlage der Vorratsdatenspeicherung vollkommen zu Recht vom Bundesverfassungsgericht als mit unserem Grundgesetz unvereinbar beurteilt. Falls Telekommunikationsdaten relevant zur Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr sind, kann unter hohen rechtsstaatlichen Hürden, nur bei konkretem Verdacht, das "Quick Freeze-Verfahren", bei dem Kommunikationsdaten einer Person zielgerichtet "eingefroren" werden zum Einsatz kommen. Auch wenden wir uns gegen die Entwicklung und den Einsatz von Software, die es ermöglicht, einen privaten Computer illegitim auszuspähen ("Landestrojaner"). Eine solche Vorgehensweise ist mit dem verfassungsrechtlich garantierten Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme aus heutiger Perspektive nicht zu vereinbaren.

### **3.10.12 Datenschutz - meine Daten gehören mir!**

Wir wollen ein Grundrecht auf Datenschutz in die Schleswig-Holsteinische Verfassung schreiben. Für uns hat die informationelle Selbstbestimmung Vorrang vor der Sammelwut des Staates und der Wirtschaft. Es soll für die Bürger\_innen einfacher werden, von Unternehmen umfangreich Auskunft über sie betreffende gespeicherte Daten und effektiven Rechtsschutz gegen die Verletzung von

Datenschutzbestimmungen zu erhalten. Zu diesem Zweck sollen die Befugnisse des unabhängigen Landesdatenschutzentrums ausgebaut und Unternehmen verpflichtet werden, die Herkunft ihrer Datensammlungen zu belegen.

Das heute schon gesetzlich festgeschriebene Recht auf pseudonyme und anonyme Kommunikation ist ebenso essentiell wie der Schutz vor ungewollter automatisierter Datenverarbeitung und Profilbildung. Eine grundlegende Reform des Datenschutzrechts entlang der Anforderungen des Internetzeitalters ist längst überfällig. Entscheidend sind dabei neben Transparenz und Datensicherheit die Wahlfreiheiten der Nutzer\_innen. Geschäftsmodelle, die vor allem auf der größtmöglichen Preisgabe persönlicher Daten beruhen, müssen mit besonderen Vorkehrungen für den Datenschutz einhergehen.

### **3.10.13 Digitalen Verbraucherschutz stärken**

Auch wer online unterwegs ist, hat das Recht, vor Kostenfallen, Abzocke und Missbrauch persönlicher Daten geschützt zu sein. Auch im Netz muss Marktmissbrauch verhindert werden. Für die Erstellung von Kundenprofilen braucht es transparente und faire Regeln, die explizite Zustimmung zur Speicherung und Verarbeitung von Daten muss Grundprinzip werden.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) mit hundert Seiten und mehr kann niemand lesen. Wir setzen uns dafür ein, dass Verträge auch online übersichtlich und verbraucherfreundlich ausgestaltet sind: Widerruf- und Datenschutzerklärungen müssen verständlich formuliert und leicht auffindbar sein. Button-Lösungen, die Kaufverträge grafisch übersichtlich aufbereiten, sollen das Unterschieben unerwünschter Abonnements verhindern. Verbraucherverbänden wollen wir auch bei Datenschutzverstößen eine Klagebefugnis geben.

### **3.10.14 Informationstechnologien nachhaltig ausgestalten**

Die digitale Welt hat ihren Preis: Sie verursacht externe Kosten, indem sie viel Energie verbraucht und wertvolle endliche Ressourcen bindet. Computer und Smartphones werden zudem oft unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt. Die Entwicklung GRÜNER und fair produzierter Informationstechnologien („Green IT“/„Fair IT“) sind deshalb eine Antwort auf die Zukunftsfragen des 21. Jahrhunderts. Auch beim Breitbandausbau wollen wir eine möglichst große Energieeffizienz. Wir setzen uns für klare rechtliche Vorgaben ein, die Energie- und Ressourceneffizienz verbindlich machen und den Recyclinganteil von Elektroschrott nach und nach auf 100 Prozent steigern. In einem ersten Schritt werden wir uns dafür einsetzen, die Beschaffungsrichtlinien der öffentlichen Hand in diesem Sinne zu überarbeiten.

Wir GRÜNE stehen für eine digitale Zukunft, die die Freiheit und die Rechte der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Medien- und Netzpolitik gehören gemeinsam betrachtet, da sie sich mit der fortschreitenden Digitalisierung die Medien immer weiter annähern.

## 4. Uns und unsere Umwelt schützen

Wir GRÜNEN wollen Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein derart gestalten, dass alle in einer gesunden Umwelt leben können und im Fall von Krankheit Hilfe bekommen. Wir sind Teil unserer Umwelt. Deshalb nutzt ihr Erhalt allen – unserer Gesundheit, der Land-, Forst- und Tourismuswirtschaft, aber auch der Artenvielfalt und den Biotopen um ihrer selbst willen. Weil wir Prävention gegenüber Nachsorge stärken wollen, setzen wir auf einen aktiven Verbraucherschutz und auf eine andere Gesundheitspolitik.

### 4.1 Verbraucherschutz hat Vorrang

Ein Kernanliegen GRÜNER Politik ist der bessere Schutz der Verbraucher\_innen. Ihre Gesundheit und Interessen müssen Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen von Agrarindustrie und Lebensmittelkonzernen haben. Wir brauchen gerade im Bereich der Lebensmittel, aber auch bei anderen Konsumgütern mehr Transparenz, Kennzeichnung und Aufklärung, zum Beispiel die "Lebensmittel-Ampel" oder produktbezogene "CO<sub>2</sub>-Fußabdrücke". Konsequente Umsetzung von Verbraucherschutz bedeutet auch, dass sich die Kennzeichnung (Etikettierung/Verpackung) von Waren umfänglich und sprachlich daran zu orientieren hat, was Verbraucher\_innen wirklich wahrnehmen und keine falschen Assoziationen geweckt werden dürfen. Dies gilt insbesondere bei frei verkäuflichen Pestiziden/Bioziden.

Produkte für Kinder, beispielsweise Spielzeug, müssen ihre gesundheitliche Unbedenklichkeit beweisen, bevor sie in den Handel kommen.

Die Verbraucherzentralen sind eine unverzichtbare Institution, um in einem immer unübersichtlicheren Markt Beratung zu gewährleisten. Wir erwarten von der Wirtschaft und insbesondere den Versicherungen und Banken, dass sie sich an den Kosten angemessen beteiligen.

Bei den Landeslaboren und den Lebensmittelüberwachungsstellen brauchen wir die Einführung kostendeckender Gebühren und eine ausreichende Personalausstattung. Diese dürfen nicht zu einer zusätzlichen Wettbewerbsbenachteiligung kleiner, handwerklicher Lebensmittelverarbeiter\_innen führen. Auch Kartellbußen und ähnliche Gewinnabschöpfungen sollten endlich zweckgebunden zur Finanzierung der Verbraucherarbeit beitragen.

#### 4.1.1 Vertrauen stärken durch bessere Kontrollen

Regelmäßig wiederkehrende Skandale zeigen, dass wir unsere Lebens- und Futtermittelkontrollen nicht ausdünnen dürfen, sondern je nach Risiko sogar ausbauen müssen. Um das zu erreichen, ist die länderübergreifende Spezialisierung und Vernetzung weiter auszubauen, aber es müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel und personelle Ausstattung für die Landesämter und die kommunalen Überwachungsbehörden zur Verfügung stehen. Wir wollen, dass schwarze Schafe im Netz genannt werden und Hinweise auf entsprechende Internetseiten auf der Internetseite des Landwirtschaftsministeriums verlinkt werden. Das sichert auch die Wettbewerbsfähigkeit „ehrlicher“

Unternehmen. Im Sinne eines vorbeugenden Verbraucherschutzes wollen wir bei Nanomaterialien in Lebensmitteln eine Risikoforschung, Kennzeichnung und endlich unabhängige Studien in den Zulassungsverfahren.

#### **4.1.2 Schutz der Verbraucher\_innen am Telefon und im Internet**

Der Verbraucherschutz im Internet ist eine Grundlage für Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft. Auch im Internet muss die Informationsqualität geprüft und Marktmissbrauch verhindert werden. Hier wollen wir mit den Verbraucherzentralen und den Nutzer\_innen des Internets in einen Dialog treten, um die Position der Verbraucher\_innen zu stärken. Wir fordern die Ausweitung der vorgeschriebenen Kontrollen von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Arzneimitteln auf Produkte, die über das Internet vertrieben werden. Wir wollen mehr Datenschutzrechte, Haftung, Einspruchsrechte und ein Datenschutzsiegel. Wir wollen, dass Verträge erst mit eindeutiger Bestätigung wirksam werden können. Den Drucker-Methoden im Internet und am Telefon muss Einhalt geboten werden.

#### **4.1.3 Verbraucherschutz im Finanzbereich stärken**

Die Finanzkrise hat deutliche Defizite in der Verbraucherarbeit aufgezeigt. Um Anreize für riskante Geldanlagen zu mindern, wollen wir eine Gebühren-Honorierung statt Provisions-Honorierung für Anlageberater\_innen. Eine unabhängige Beratung braucht eine finanzielle Basis. Dazu wollen wir die Banken und Versicherungen über eine Umlage, die zum Beispiel von der BaFin mit verwaltet wird, zur Finanzierung heranziehen. Diese Mittel sollen dem Aufbau eines Systems der Finanzmarktwächter\_innen und dem Ausbau der Insolvenzberatung im Land dienen.

Wir setzen uns dafür ein, dass allen Bürger\_innen die Möglichkeit zur Eröffnung eines Kontos offen steht. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Ausweitung der Schuldner\_innen- und Insolvenzberatungsstellen ein, da immer mehr Bürger\_innen aus ihrer privaten Überschuldung nicht mehr alleine herausfinden.

## **4.2 GRÜNE Gesundheitspolitik**

Für uns GRÜNEN geht es in der Gesundheitspolitik um Rahmenbedingungen, die eine Medizin und Pflege mit hohen ethischen Standards erlauben, sowie um die Wahrung der Würde von Menschen, die auf medizinische oder pflegerische Versorgung angewiesen sind.

Für die Lebensqualität in Schleswig-Holstein sind eine gute präventive Gesundheitspolitik, eine wohnortnahe medizinische Versorgung und ein flächendeckendes Pflegeangebot entscheidend. Wir fordern eine stärkere Bedarfsorientierung, das heißt eine Konzentration auf Angebote, die von den Patient\_innen tatsächlich nachgefragt werden und ihren Bedürfnissen entsprechen. Aus diesem Grund ist die Therapieviefalt für uns ein hohes Gut: Komplementärmedizin, Naturheilverfahren und Homöopathie haben neben der Schulmedizin ihre selbstverständliche Berechtigung. Gesundheitsförderung und unabhängige Information für Patient\_innen müssen einen höheren Stellenwert bekommen. Wir setzen uns für den Erhalt der flächendeckenden Versorgung mit

Hebammen und Geburtshelfer\_innen in Schleswig-Holstein ein. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine solidarische Bürgerversicherung ein, in die alle Bürger\_innen entsprechend ihres Einkommens einzahlen und über die alle abgesichert sind.

#### **4.2.1 Ambulante Versorgung**

Wir setzen uns für eine medizinische Versorgung ein, in der patient\_innenorientiert und sektorenübergreifend zusammengearbeitet wird. Trotz der demographischen Entwicklung muss eine wohnortnahe Versorgung auch im ländlichen Raum sichergestellt werden. Wir unterstützen Anreizsysteme, die für mehr Gesundheitsangebote auf dem Land sorgen. Um die medizinische Versorgung besser zu planen, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter Beteiligung von Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, Vertreter\_innen aller Gesundheitsberufe, der Bürger\_innen vor Ort sowie der Kommunen einrichten. Der Kassenärztlichen Vereinigung kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Sie muss stärker in die Pflicht genommen werden, ihre Arbeit transparenter gestalten und besser kontrolliert werden.

Die Kostenvergütung im ambulanten Bereich muss so ausgestattet sein, dass eine patient\_innengerechte Versorgung insbesondere auch im ländlichen Raum sichergestellt wird und nicht Lobbygruppen bedient werden. Nicht der Geräteinsatz, sondern die gesprächs- und damit zeitintensive Medizin muss besser honoriert werden.

Die große Herausforderung des Ärzt\_innen- und Pflegekräftemangels auf dem Land kann nur durch eine gute Vernetzung von Bund, Land und Kommunen und allen im Gesundheitsbereich handelnden Akteur\_innen gelingen. Jede\_r vierte Hausarzt\_in in Schleswig-Holstein ist älter als 60 Jahre. Um in einer älter werdenden Gesellschaft die hausärztliche Versorgung auch auf dem Land zu gewährleisten, brauchen wir eine ausreichende Anzahl von Medizinstudienplätzen und Hausarzt\_innen.

Wir setzen uns für eine Stärkung des Faches Allgemeinmedizin im Studium und die umgehende Besetzung und Aufwertung des Lehrstuhls Allgemeinmedizin ein, der seit Jahren nicht besetzt ist.

#### **4.2.2 Stationäre Versorgung**

Die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein erhalten für die gleiche Leistung weniger Geld als Krankenhäuser in anderen Bundesländern. Das ist unangemessen. Wir setzen uns für eine bundesweit einheitliche Kostenvergütung im stationären Bereich mit einem einheitlichen Landesbasisfallwert ein. Die Krankenhausplanung wollen wir eng mit den Kreisen und kreisfreien Städten abstimmen. Die bestehende Zusammenarbeit über die Landesgrenze hinweg nach Hamburg und Dänemark wollen wir weiterführen und da, wo es sinnvoll ist, weiter ausbauen.

Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) hat aus unserer Sicht eine Sonderstellung, weil es das einzige Krankenhaus der Maximalversorgung ist. Wir lehnen daher die Privatisierung des UKSH ab. Die Versorgung der Patient\_innen muss in öffentlicher Hand bleiben. Sie ist Teil der Daseinsvorsorge. Um die erforderliche Sanierung und Modernisierung einleiten zu können, halten wir es für notwendig,

eine Öffentliche Private Partnerschaft (ÖPP) für die Baumaßnahmen einzugehen. Das Gesamtkonzept und das Vertragswerk hierzu müssen nachhaltig, ökologisch, transparent und sozial gerecht gestaltet werden. Vor allem muss den Mitarbeiter\_innen des UKSH eine langfristige Beschäftigungsperspektive in öffentlicher Trägerschaft geboten werden. Wir sind uns des Risikos eines ÖPP-Modells bewusst, das wirtschaftliche Risiko darf nicht ausschließlich beim Land liegen. Eine Trennung von Forschung, Lehre und Maximalversorgung ist weder sachlich noch ökonomisch sinnvoll. Im Gegenteil: Eine Vernetzung der Fakultäten und zwischen den Standorten Kiel und Lübeck ist notwendig um das UKSH weiter zu entwickeln.

Neben einer bundeseinheitlichen Kostenvergütung im stationären Bereich, die allen Schleswig-Holsteinischen Kliniken zugute kommen würde, sind für den ambulanten Bereich bundeseinheitliche Rahmenbedingungen durch den Bund vorzugeben, die zu identischen Wettbewerbsbedingungen für vertragsärztliche Leistungsanbieter\_innen und Krankenhäuser führen, die Aufhebung der Kosten verursachenden Sektorengrenzen zum Ziel haben und durch die Länder gemeinsam mit den Kommunen umgesetzt werden. Zur Umsetzung dieses Zieles sind die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Krankenhäuser der Kontrolle durch eine unabhängige Institution zu unterstellen. Mit der demographischen Entwicklung ergeben sich neue Herausforderungen für die unabhängige Patient\_innenberatung. Wir wollen ihre Finanzierung durch die Krankenkassen absichern und ausbauen. Die Vergabe der Beratung muss aber zukünftig unabhängig von den Krankenkassen erfolgen.

#### **4.2.3 Demenz**

Menschen, die ihre Interessen nicht selbst vertreten können, brauchen unsere besondere Solidarität. Durch die demographische Entwicklung wird die Zahl der Demenz- und Alzheimerkranken weiter steigen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie möglichst lange in ihrem sozialen Umfeld bleiben können. Um dieses Ziel zu erreichen, muss eine intensive ambulante Behandlung inklusive psychosozialer Betreuung für Erkrankte und Angehörige ermöglicht werden. Wohnortnahe Tagespflegeangebote sind zu unterstützen. Im stationären Versorgungsbereich sind vor allem kleinere, überschaubare Strukturen zu fördern, wie zum Beispiel betreute Wohngemeinschaften.

#### **4.2.4 Psychische Erkrankungen**

Wir wissen heute: Eine psychische Krise kann jede\_n treffen, genauso wie ein Schnupfen oder eine Grippe. Wir lassen die Betroffenen und deren Familien nicht im Stich. Die Häufigkeit der psychischen Erkrankungen wird unserer Gesellschaft erst nach und nach bewusst. Deshalb hinkt die Versorgung mit ambulanten und stationären Angeboten dem Bedarf immer noch erheblich hinterher.

In der Arbeitswelt nehmen Ausfälle auf Grund von Depressionen und Burn-Out dramatisch zu. Wir wollen, auch mit Blick auf die Burn-Out-Erkrankungen, eine breite gesellschaftliche Debatte anstoßen, wie gerade die Arbeitswelt menschenwürdiger gestaltet werden kann, indem wir auf Entschleunigung setzen, anstatt immer mehr Leistung zu fordern. Wir werden in Zukunft präventive Maßnahmen zur Erhaltung der psychischen Gesundheit stärker in den Mittelpunkt stellen. Um unzumutbare, unverantwortliche Wartezeiten bei Erkrankungsbeginn und im Anschluss an einen Krankenhausaufenthalt, vor allem auch bei Kindern und Jugendlichen zu vermeiden, müssen

ausreichend viele psychotherapeutische und psychiatrische Behandler\_innen zur Verfügung stehen. Statt unnötiger Klinikeinweisungen wollen wir die ambulanten Behandlungsmöglichkeiten verbessern und Tageseinrichtungen fördern. Wir setzen uns für eine ausreichende Versorgung mit Psychotherapeut\_innen ein.

#### **4.2.5 Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche**

Gesundheitsförderung und Prävention ist ein zentraler Bestandteil grüner Gesundheitspolitik. Dazu gehört auch die frühzeitige Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Aufklärung über Krankheiten, Infektionen, sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch. Wir wollen insbesondere Kinder und Jugendliche kompetenter machen und ihre Eigenverantwortung fördern, auch im Hinblick auf das Suchtpotential von Computerspielen. Es ist eine Schande, dass in unserem Land sozial benachteiligte Kinder nicht nur eine deutlich schlechtere Bildungslaufbahn vor sich haben, sondern auch, statistisch erwiesen, kränker sind. Diesem Problem wollen wir uns stellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Kitas und Schulen frühzeitig über Gesundheit und gesunde Ernährung informiert und ein entsprechendes Essensangebot gemacht wird. Bewegung, Stressbewältigung und Suchtprävention müssen als verpflichtende Bildungsangebote in allen Einrichtungen angeboten werden. Für diesen ganzheitlichen Ansatz sind Ressourcen und ausreichende Qualifikation und Fortbildung an Kitas und Schulen nötig.

GRÜNE Gesundheitspolitik beinhaltet auch aktive Vorsorge durch regelmäßige Schul- und Vorsorgeuntersuchungen bei den Kinderärzt\_innen. Wir werden uns für eine flächendeckende Versorgung mit Familienhebammen und Gemeindegewestern einsetzen, die von Anfang an die Familien begleiten können. Damit wollen wir die Kompetenz der Eltern stärken und für alle Kinder gleichermaßen hohe Teilnahmequoten an den Vorsorgeuntersuchungen erreichen. Die Unterstützung muss bereits vor der Geburt beginnen, denn die Gesundheit des Kindes beginnt bereits im Bauch der Mutter.

#### **4.2.6 Sucht effektiver bekämpfen**

Alkohol- und andere Suchtkrankheiten schaden nicht nur der Gesundheit, sondern können Familien zerstören, zu Arbeitslosigkeit und Kriminalität führen. GRÜNE Gesundheitspolitik heißt daher konsequente Prävention, aber auch vernetzte, wohnortnahe Behandlung und Beratung. Wir unterstützen ausdrücklich die Substitution für opiatabhängige Menschen und setzen uns für die Behandlung mit Diamorphin ("Heroin auf Rezept") ein. Außerdem fordern wir eine Entkriminalisierung der Drogenkonsument\_innen. Die Prohibitionspolitik der letzten Jahre hat sich als unwirksam erwiesen, sie kostet die öffentliche Hand jedes Jahr Milliarden, zugleich fehlen diese Mittel für sinnvolle Beratungsstellen und Hilfsangebote. Anstatt die Süchtigen zu kriminalisieren, sollte vielmehr der illegale Drogenverkauf effektiv bekämpft und die Präventionsarbeit verstärkt werden. Wir fordern die Anhebung der geringen Menge bei Cannabisprodukten und unterstützen die Einführung eines Pilotprojektes in Kiel zur geregelten Abgabe von Cannabis durch Fachverkäufer\_innen in Apotheken.

Wir wollen in einem Konsumentengruppen übergreifendem Programm verpflichtend Drogenprüfstände

(„Drug-Checking“) in Diskotheken einführen (um gesundheitliche Schäden bis hin zum Tod aufgrund verunreinigter Produkte zu verhindern) und setzen uns für die Einführung von ärztlich betreuten Drogenkonsumräumen ein.

Des Weiteren begrüßen wir die Idee nach einem schweizerischen Modell, Drogenabhängigen Spritzutensilien und ähnliches kostenlos bereit zu stellen um die Verbreitung von Krankheiten wie AIDS und Hepatitis B zu verhindern.

Unser Engagement für konsequenten Nichtraucherschutz hat in den vergangenen Jahren zu großen Verbesserungen im Alltag geführt. Das werden wir fortsetzen. Wir werden Maßnahmen prüfen, wie der Schutz von Kindern vor Tabakrauch verbessert werden kann.

#### **4.2.7 Den Infektionsschutz der Bevölkerung ausweiten**

Krankenhausinfektionen gefährden Patient\_innen und Personal. In den letzten Jahren ist die Zahl der Krankenhausinfektionen bundesweit, auch in Schleswig-Holstein, deutlich gestiegen. Das wollen wir ändern. Krankenhäuser müssen zu einem noch besseren Infektionsschutz verpflichtet werden, um die Verbreitung resistenter Erreger zu vermeiden. Dazu eignet sich die Einführung eines landesweiten Screening-Programmes.

Bei den vielen EHEC Fällen im Jahr 2011 haben wir gesehen, wie wichtig ein funktionierendes öffentliches Gesundheitswesen ist.

### **4.3 Unsere Umwelt bewahren und schützen**

Unser Land zwischen den Meeren bietet einzigartige Lebensräume für Pflanzen und Tiere. Diesen Reichtum an wertvoller Kultur- und Naturlandschaft wollen wir bewahren und schützen. Dazu sind große Anstrengungen erforderlich. Denn die Roten Listen der vom Aussterben bedrohten Arten werden auch bei uns immer länger. Hauptursache ist der Verlust ihrer Lebensräume und damit auch unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch massiven Flächenverbrauch sowie die intensive Landwirtschaft mit Nährstoffverlusten und Pestizidausträgen, der naturferne Ausbau unserer Gewässer und der zunehmende ökonomische Druck auf die Bewirtschaftung unserer Wälder. Der vom Menschen verursachte Klimawandel, wiederkehrende Versuche auf unseren Feldern Gentechnik einzuführen und die Vielfalt von Umweltgiften führen zu unabsehbaren Risiken. Es braucht übergreifende Lösungen, die konkret dem dauerhaften Schutz der Vielfalt des Lebens auf der Erde dienen und unser wertvolles Naturerbe bewahren.

#### **4.3.1 Vermeidung und Wiederverwertung ist unsere Abfallpolitik**

Vermeidung von Müll in Industrie, Gewerbe und privaten Haushalten ist oberste Priorität grüner Abfallpolitik. Die Kreislauffähigkeit und Langlebigkeit von Produkten bleibt eine entscheidende

Herausforderung unseres Wirtschaftens. Ansätze zur Abfallvermeidung durch Mehrweg und wieder verwertbare Produkte werden zunehmend durch Einwegsysteme verdrängt. Entsorgung von Müll ist zu einem einträglichen Geschäft geworden – Einsparung und Wiederverwendung jedoch nicht. Dies muss sich ändern.

Es ist oft ökonomisch günstiger, heizwertreiche Fraktionen energetisch zu nutzen, anstatt sie stofflich zu verwerten. Bei der Energieerzeugung aus Abfällen können aber nur etwa 20 Prozent der bei der Produktherstellung investierten Energie zurück gewonnen werden. Mit der stofflichen Wiederverwertung ist eine deutlich bessere Energie und CO<sub>2</sub>-Bilanz erreichbar.

Mit steigenden Energiepreisen wächst aber zunehmend das Interesse an energetisch verwertbaren Abfällen und macht diese wirtschaftlich - insbesondere für Unternehmen, die Müll verwerten dürfen, ohne dabei die hohen Abgaswerte bei einer normalen Müllverbrennungsanlage einhalten zu müssen. Dieser Entwicklung muss entgegengetreten werden, weil die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt darunter leidet.

Auch drohende Überkapazitäten stellen für Investoren kein Hindernis dar, denn die Abfälle zur Verwertung unterliegen EU-weit dem freien Warenverkehr und können beliebig importiert und exportiert werden. Dadurch sind die Tore für einen Mülltourismus weit geöffnet - eine Entwicklung, der die GRÜNEN entschieden entgegenzutreten.

### **4.3.2 Die Natur umfassend schützen**

Dabei geht es neben dem Schutz der Pflanzen- und Tierwelt um ihrer selbst willen auch um eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen durch den Menschen. Grüne Naturschutzpolitik bedeutet, gewachsene Kulturlandschaften zu erhalten und zu schützen, aber auch der Wildnis Raum zu geben, Verwilderung zu zulassen. Der Schutz der Natur darf dabei nicht nur auf Naturschutzgebiete beschränkt sein.

Wir verfolgen einen Ansatz, der gleichzeitig Wasser, Boden und Luft umfasst. Dies gilt insbesondere für die Ökologisierung der Land- und Waldwirtschaft, die artgerechte Tierhaltung, die Jagd, die Renaturierung der Gewässer und für die Stadtökologie in den Ballungsräumen.

Wir wollen den kooperativen Naturschutz erhalten und stärken. Gemeinsam mit der Landwirtschaft werden wir effektive Vertragsnaturschutzprogramme entwickeln. Dazu müssen wir dafür sorgen, dass die Mittel für den ländlichen Raum (bisher ELER) für Naturschutz und ökologische Bewirtschaftung in der neuen Förderperiode der EU nicht gekürzt werden. Vertragsnaturschutz und Freiwilligkeit allein reichen aber nicht aus, sondern deren Umsetzung muss auch kontrolliert werden. Wir brauchen darüber hinaus auch eine verbindliche und dauerhafte Absicherung wertvoller Flächen für den Naturschutz. Das Landesnaturschutzgesetz soll der Natur wieder starke Rechte geben.

Das Modell der Integrierten Stationen, in denen Land und Kommunen gemeinsam für die Entwicklung von Natur und Tourismus sorgen, hat sich bewährt. Wir wollen es sichern und ausbauen. In der Schaalseeregion (Kreis Herzogtum Lauenburg) streben wir an, eine weitere Integrierte Station in Mölln einzurichten. Die Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein ist für uns ein wichtiger und unersetzlicher Partner bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt und den Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten in unserem Land. Wir werden ihre Arbeit auch zukünftig unterstützen.

### **4.3.3 Schutzgebiete und Biotopverbundsysteme konsequent ausbauen**

Wir wollen die europäisch geschützten NATURA-2000-Gebiete in unserem Land konsequent zu einem funktionierenden Biotopverbund ausbauen und bis 2015 die Umsetzungspläne für die Gebiete fertig stellen. Wir werden dazu den weitgehenden Stopp der Ausweisung von Schutzgebieten aufheben. Die Natur soll auf 15 Prozent der Landesfläche Vorrang vor Landwirtschaft und Straßenbau haben. In Schutzgebieten streben wir eine Wiederherstellung landschaftstypischer Wasserstände und die Verringerung von Nährstoffeinträgen aus der Landwirtschaft an. Für naturschutzfachlich wertvolle Flächen werden wir das Vorkaufsrecht des Landes wieder einführen.

Biotope müssen vernetzt sein, damit Arten wandern können. Daher unterstützen wir die Verbindung von Schutzgebieten, zum Beispiel durch Grünbrücken und die Schaffung von Pufferzonen zu angrenzenden, intensiv genutzten Agrarflächen.

Lebensräume, die Nährstoffe und Klimagase zurückhalten, wie Moore, natürliche Wälder und Feuchtgrünland, wollen wir wieder entwickeln. Auch die gewachsene Kulturlandschaft muss ihren Beitrag zum Naturschutz leisten. Dabei spielt eine nachhaltige Landwirtschaft die entscheidende Rolle. Darüber hinaus sollen Wildnisgebiete in angemessenem Umfang entstehen.

### **4.3.4 Den Flächenverbrauch stoppen**

Auf Grund der demographischen Entwicklung, den immensen Kosten der Zersiedelung und der fortschreitenden Zerstörung natürlicher Lebensräume ist die Expansion der Siedlungs- und Verkehrsflächen nicht mehr tragbar. Moderne Stadt- und Regionalentwicklung muss daher der Revitalisierung brachgefallener oder mindergenutzter Flächen (Flächenrecycling) und in einigen Fällen auch der Nachverdichtung Vorrang geben. Interkommunale und regionale Kooperationen sollen den Bauboom auf der „Grünen Wiese“ erheblich eindämmen. Ökonomische Anreize, die die Zersiedelung fördern, wollen wir abschaffen. Überschwemmungsgebiete dürfen nicht weiter bebaut werden.

### **4.3.5 Eingriffe in die Natur konsequent ausgleichen**

Wir treten nachdrücklich für die konsequente Anwendung der Eingriffsregelung bei Landschaftseingriffen ein. Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht zum Ablasshandel verkommen. Ökokonten und Flächenpools müssen einen adäquaten und dauerhaften Ausgleich für den tatsächlichen Eingriff schaffen. Sie sollen landesweit erfasst werden und öffentlich zugänglich sein. Das „Aufhübschen“ vorhandener Biotope lehnen wir ab, Vorrang muss die Schaffung neuer möglichst großflächiger Biotope haben. Mit einem öffentlich zugänglichen Ausgleichsflächenkataster wollen wir verhindern, dass ökologisch wertvolle Flächen mehrfach als Ausgleich genutzt werden. Die Kontrolle kann nur durch eine ausreichende Personaldecke in den Naturschutzbehörden geleistet werden.

### **4.3.6 Wälder naturnah und nachhaltig bewirtschaften**

Wälder reduzieren das Treibhausgas CO<sub>2</sub> und schützen so unser Klima. Sie reinigen die Luft und sorgen

für sauberes Trinkwasser. Sie liefern Holz als Bau- und Energierohstoff, bieten Lebensraum für Pflanzen und Tiere, Menschen finden in ihnen Ruhe und Erholung.

Schleswig-Holstein ist mit etwa zehn Prozent Anteil an der Landesfläche das waldärmste Bundesland (der Bundesdurchschnitt liegt bei 30 Prozent). Deshalb halten wir grundsätzlich an dem Ziel der Neuwaldbildung fest, um einen Gesamtanteil von 12 Prozent zu erreichen. Eine Privatisierung öffentlicher Waldflächen lehnen wir ab.

Die forstliche Förderung werden wir konsequent an den ökologischen Zielen einer naturnahen Waldwirtschaft ausrichten. Um den Herausforderungen des Klimawandels sowie den Anforderungen des Natur- und Artenschutzes gerecht zu werden, brauchen wir struktur- und artenreiche Wälder mit standortheimischen Baumarten. Die Schäden durch Wildverbiss wollen wir, wo erforderlich, durch die Verringerung des Schalenwildbestandes reduzieren. Wir unterstützen die Wiederherstellung von Moorstandorten und die Erhaltung von Alt- und Totholz im Wald. Pflanzenschutz und Düngemittel sollen nur in Ausnahmesituationen eingesetzt werden, Gentechnik im Wald verboten bleiben.

Zehn Prozent der Waldfläche soll darüber hinaus als Naturwald ungenutzt bleiben. Alleen und Straßenrandbepflanzungen mit Gehölzen sollen nach einem öffentlichen Bewirtschaftungskonzept unter Berücksichtigung des Naturschutzes gepflegt und erhalten werden.

#### **4.3.7 Knicks wirksam schützen**

Knicks prägen weite Teile der Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein. Sie bieten Schutz vor Erosion und wichtigen Lebensraum und Nahrung für zahlreiche Vogel- und Insektenarten. Wir wollen die Knickpflege wieder nach naturschutzfachlichen Gesichtspunkten verbindlich regeln. Die Verschiebung von Knicks soll nicht mehr erlaubt sein. Dagegen wollen wir die Neuanlage von Knicks in der Landschaft und von Doppelreddern an Kreis- und Gemeindestraßen sowie landwirtschaftlichen Wegen voranbringen.

#### **4.3.8 Unser Trinkwasser muss sauber bleiben**

In Schleswig-Holstein wird 100 Prozent des Trinkwassers aus dem Grundwasser gewonnen. Mehr als die Hälfte der so genannten Grundwasserkörper sind so stark belastet, dass Handlungsbedarf besteht. Vor allem Nitrate und Phosphate aus Kunstdünger und Gülle sowie Pestizide gelten als die Hauptbelastungen. Durch den verstärkten Maisanbau sowie die Güllebelastung kommen neue Probleme auf das Grundwasser zu. Wir wollen die Umsetzung einer „guten fachlichen Praxis“ bei der Landbewirtschaftung im Sinne des Grundwasserschutzes. Das bedeutet in der Regel flächendeckende Extensivierung und ökologische Intensivierung der bisherigen Bewirtschaftung. Dazu gehören zum Beispiel eine bessere Verteilung der Viehbestände im Land mit einer Obergrenze für die Bestandsgröße der Ställe und die Reduzierung des Einsatzes von Agrarchemikalien und die Änderung der Anbaubedingungen und Flächenumwandlungen. Wir streben an, den zweckgebundenen Anteil der Grundwasserabgaben deutlich zu erhöhen. Die Ausweisung von Wasserschutzgebieten muss wieder aufgenommen und eine messbare Reduzierung der Schadstoffeinträge erreicht werden. Wir erteilen jeder Form der Privatisierung von Wasserwerken eine Absage.

### 4.3.9 Mehr Natur an Flüssen und Seen

Die Renaturierung unserer Flüsse, Seen und Feuchtgebiete im Rahmen der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist eine der wichtigsten Maßnahmen der kommenden Jahre und eine große Chance. Dabei hat für uns der Flächenankauf Vorrang vor technischen Maßnahmen, um Flüssen wieder mehr Raum zur natürlichen Entwicklung zu geben, um die Wasserlebensräume wieder herzustellen, wollen wir Extensivierung oder Einstellen der Unterhaltung der Fließgewässer, ein Zulassen natürlicher Fließgewässerdynamik und extensivierte Nutzung der Überschwemmungsbereiche.

Frösche und Libellen lieben verkrautete Gewässer. Um die Qualität unserer Gewässer nachhaltig zu verbessern und die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen, müssen die Einträge von Pestiziden und Nährstoffen aus der Landwirtschaft drastisch reduziert werden. Dazu muss vor allem die Einhaltung der bestehenden Düngemittelverordnung und das Pflanzenschutzrecht wirksamer kontrolliert werden. Wir fordern die Einrichtung geschützter Gewässerrandstreifen an allen Gewässern, mindestens wie es das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes vorsieht. Solche Randstreifen tragen erheblich zur Verringerung der Gewässerbelastung mit Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln bei. Naturnahe Gewässerränder bieten zudem wertvolle Lebensräume für viele Tier- und Pflanzenarten und sind daher wichtige Achsen im Biotopverbund. Wir werden darüber hinaus prüfen, welche finanziellen Spielräume für die Förderung von wertvollen Gewässerrandstreifen im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen bestehen.

### 4.3.10 Meere und Küsten schützen

Der Küstenschutz an Nord- und Ostsee ist elementar für Schleswig-Holstein. Hier müssen wir angesichts des durch den Klimawandel beschleunigten Meeresspiegelanstiegs neue, flexible Strategien entwickeln. Küstenschutz muss die Kräfte der Natur einbinden, anstatt sie auszugrenzen und den Schutz der Menschen vor Sturmfluten sowie den Erhalt des einmaligen Naturraums Wattenmeer auch bei steigendem Meeresspiegel sicherstellen. Sandvorspülungen und Überlaufdeiche sind in der Regel besser als Steinbauwerke und Buhnen.

Wir werden uns für den Schutz der Schweinswale und die Anerkennung des Walschutzgebietes durch die EU einsetzen.

Die Suche, Kartierung und Bergung von Munitionsaltlasten soll systematisiert und ausgeweitet werden. Der Ausbau der Offshore-Windkraft muss an Naturschutzbelange angepasst werden.

Wir wollen Schiffsemissionen, insbesondere im Hafen und in den Schwefelmissionsüberwachungsgebieten (Seca), verringern. Daher streben wir eine verbesserte Kooperation der Ostsee-Anrainerstaaten an und wollen die internationalen Abkommen zur saubereren Schifffahrt fristgerecht bis 2015 umsetzen. Damit die Schifffahrt in der Ostsee sicherer wird, wollen wir, dass die Lotsenpflicht in schwierigen Gewässern und technische Standards wie Doppelhüllentanker zügig umgesetzt werden.

Eine gemeinsame europäische Strategie für die Nordsee soll uns helfen, die Risiken für die Meeresumwelt und das Wattenmeer in diesem weltweit am intensivsten frequentierten Schifffahrtsraum zu minimieren. Offshore-Ölbohrungen und Förderung von Öl im Nordseeraum zu beenden, ist wichtiger Baustein unserer Strategie „Weg vom Öl“. Dafür brauchen wir endlich europäische und

internationale Regeln, die auch Nicht-EU-Länder wie Norwegen einbezieht. Ein erster Schritt dahin kann eine gemeinsame europäische Nordseestrategie sein.

Wir werden die Strategien zur Reduktion von Müll in den Meeren aktiv aufgreifen und weiterentwickeln. Wir setzen uns deshalb für ein Verbot von Plastiktüten auf Bundes- und EU-Ebene ein.

#### **4.3.11 Die Fischereipolitik vom Kopf auf die Füße stellen**

Die EU-Fischereipolitik hat auf ganzer Linie versagt und muss im Interesse der Natur und der Erreichung der Ziele beim Artenschutz neu ausgerichtet werden. Wir setzen uns für zunächst zehn und mittelfristig 30 Prozent fischereifreie Zonen in allen Meeresgebieten ein. Drei Viertel der Fläche im Nationalpark Wattenmeer soll ebenfalls nicht befischt werden. Vor diesem Hintergrund streben wir die Ausweitung der deutschen Fischereizone auf 12 Seemeilen an. Im Dialog zwischen Naturschutz, Wissenschaft und Fischerei möchten wir zu einer nachhaltigen Fischerei mit fairen Erträgen und Einkommensperspektiven kommen. Handwerkliche ortsansässige Fischereiunternehmen sollen gestärkt werden.

Der derzeitige Einsatz von Stellnetzen und Schleppnetzen hat erhebliche Umweltauswirkungen. Wir setzen uns für eine schnellstmögliche Einführung schonender ökologisch verträglicher Fischereiformen ein. Mit einem nach sozialen und ökologischen Kriterien vergebenen Gütesiegel wollen wir den Wandel zu einer nachhaltigen Fischerei von der Verbraucherseite stärken.

Aquakulturanlagen sollen an strenge Umweltauflagen gebunden werden, die Nährstoffbelastungen, Medikamenteneinsatz, Tierschutz und Biodiversität berücksichtigen.

#### **4.3.12 Den Nationalpark Wattenmeer fördern**

Die Anerkennung des Nationalparks Wattenmeer als UNESCO Weltnaturerbe ist Auszeichnung und Aufgabe zugleich. Wir setzen uns für den konsequenten Schutz dieses einzigartigen Lebensraumes und seiner typischen Pflanzen- und Tierarten ein. Dazu gehört, dass Fischerei nur naturverträglich erfolgen darf und es keinerlei Ausweitung von Ölförderung und anderen industriellen Nutzungen gibt. Küstenschutz und Naturschutz müssen stärker Hand in Hand gehen, um auf lange Sicht eine Anpassung an den klimabedingt steigenden Meeresspiegel zu ermöglichen. Die schon seit langem gut gewachsene Verbindung von Naturschutz, Tourismus und Bildung im Wattenmeer wollen wir weiter stärken.

#### **4.3.13 Naturnah jagen**

Zeitgemäße, naturnahe Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien ausrichten und den Erfordernissen des Tierschutzgesetzes gerecht werden. Daher ist die Jagd auf wild lebende Tiere nur dann zulässig, wenn es einen vernünftigen Grund dafür gibt, sie ökologisch vertretbar ist und die getöteten Tiere sinnvoll verwertet werden. Tiere, die in ihrem Bestand gefährdet sind, dürfen nicht bejagt werden. Wir wollen die Jagdzeiten ebenso wie die Liste der jagdbaren Arten verkürzen. Den Abschuss von Haustieren sowie den Einsatz von Fallen lehnen wir ab. Wir werden uns für ein Verbot von bleihaltiger Munition einsetzen. Die Jagd in Schutzgebieten soll nur dann zulässig sein, wenn sie der Erreichung der

Schutzziele dient.

Um eine natürliche Waldverjüngung zu ermöglichen, setzen wir uns für eine stärkere Bestandsregulierung von Schalenwild ein. Die Fütterung von Wild, insbesondere das Anfüttern an einem Abschussplatz, lehnen wir ab.

#### **4.3.14 Umweltbildung ausbauen und Naturerlebnisse schaffen**

In der außerschulischen Umweltbildung hat Schleswig-Holstein sich über viele Jahre eine bundesweite Führungsrolle erarbeitet, die durch die Finanzkürzungen der vergangenen Jahre gelitten hat (Umweltakademie, Freiwilliges Ökologisches Jahr). Wir wollen die bestehenden Strukturen sichern, neue Qualitätsentwicklungen nach Kräften fördern und vor allem im Bereich der KITAs und Ganztagschulen die Umweltbildungsangebote ausbauen. Dafür wollen wir mehr FÖJ-Stellen ermöglichen.

#### **4.3.15 Tierschutz stärken**

Wir treten für einen konsequenten Tierschutz ein. Tiere sind fühlende Wesen, deren Bedürfnisse nicht schutzlos den wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen der Menschen untergeordnet werden dürfen. Wir wollen daher ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände in Schleswig-Holstein.

Wir setzen uns – wo immer möglich - für eine tierversuchsfreie Lehre und Forschung ein. Wir fordern ein Ende vermeidbarer schmerzhafter Eingriffe, wie zum Beispiel das betäubungslose Kastrieren von Schweinen und ein Verbot von Qualzuchten, auch nicht zu weiteren Leistungssteigerungen bei landwirtschaftlichen Nutztieren. Amtstierärzt\_innen müssen verstärkt gegen tierquälerische Vergehen vorgehen und auch unangekündigte Kontrollen bei Tierhalter\_innen durchführen. Eine tierschutzkonforme Unterbringung von beschlagnahmten Tieren muss gesichert werden.

Der tierschutzkonforme Umgang mit unseren Nutztieren erfordert hohe Standards bei Aufzucht, Haltung, Transport und Schlachtung. Wir setzen uns für eine Obergrenze von vier Stunden Dauer und eine maximale Entfernung von 200 km bei Tiertransporten ein und wollen eine stärkere Überwachung des Tierschutzes bei der Schlachtung.

Es ist im Sinne des Tier- und Klimaschutzes sowie der globalen Ernährungsgerechtigkeit geboten, den Verbrauch tierischer Produkte zu reduzieren. Wir lehnen die Massentierhaltung ab. Tierische Produkte müssen aus tierschutzkonformer Haltung stammen. Dazu sollte ein Tierschutzlabel eingeführt werden, mit dem wirkliche Verbesserung gegenüber der momentanen Nutztierhaltung dokumentiert wird. Weil Tierheime, Gnadenhöfe und Tierschutzorganisationen eine wichtige Arbeit zum Wohle der Tiere leisten, werden wir diese in ihrer Arbeit unterstützen und eng mit ihnen zusammenarbeiten. Weiterhin fordern wir ein generelles Verbot der Haltung von Wildtieren in Zirkussen. Auch die Haltung von Tieren in Zoos sehen wir kritisch. Wenn keine tierschutzkonforme Tierhaltung möglich ist – wie beispielsweise bei Eisbären oder Raubkatzen – sollte das Halten dieser Tiere verboten werden. Tierparks, die zur Bewahrung der Artenvielfalt beitragen, die Tiere artgerecht halten und wichtige Aufklärungsarbeit leisten, begrüßen wir hingegen.

Leider kommt es immer wieder zu Unfällen, an denen Tiere beteiligt sind. Um sicherzustellen, dass die

hierdurch Geschädigten ihren Schaden ersetzt bekommen, fordern wir eine verpflichtende Haftpflichtversicherung und eine Chippflicht für Hunde und Pferde, die sich im öffentlichen Raum bewegen.

#### **4.3.16 Rettet die Bienen!**

Imker\_innen tragen mit ihren Bienenvölkern ganz wesentlich zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Die Bestäubungsleistung von Bienen, aber auch von anderen Insekten ist zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch Pestizideinsatz und Monokulturen sind sie jedoch vermehrt anfällig für Krankheitserreger, ebenso durch die Praxis, den Bienen Zuckerlösung anstelle des arteigenen Honigs mit Mineralien und Enzymen wenigstens zum Teil zu belassen. Wir wollen die Vorkommen von Blütenbestäubern mit Hilfe von Forschung, Projekten und der Änderung landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen sichern. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Gentechnikfreiheit von Honig ist für uns ein wichtiger Meilenstein zur langfristigen Sicherung der Arbeit der Imker\_innen. Die Landesverbände der Imker\_innen übernehmen wichtige Aufgaben der Aus- und Fortbildung. Landeskürzungen wollen wir zurücknehmen.

#### **4.3.17 Weniger Fleisch ist mehr Klimaschutz**

Es ist mittlerweile anerkannt, dass unser Essverhalten einen großen Einfluss auf unsere Umwelt hat. Das, was bei uns auf den Teller kommt, kann auf der anderen Seite der Erde der Grund sein für Wasserknappheit, Hunger, Abholzung des Regenwaldes oder die Beschleunigung des Klimawandels. Besonders der zu hohe Fleischkonsum der westlichen Welt trägt maßgeblich zu solchen Prozessen bei. Der Anbau von Futterpflanzen wie Soja und Mais ist sehr energieintensiv, führt zu Monokulturen und steht in direkter Konkurrenz zu dem Anbau von Nahrungsmitteln für den Menschen. Sowohl aus ökologischen, gesundheitlichen als auch aus ethischen Gesichtspunkten ist daher eine Verringerung unseres Fleischkonsums geboten.

Doch nur wer die Wahl hat, kann sich bewusst ernähren. Deshalb soll in allen Kantinen in öffentlicher Hand sowie in allen Schul- und Universitätsmensen in Schleswig-Holstein in Zukunft mindestens auch ein vegetarisches Gericht angeboten werden.

### **4.4 Vorrang für eine nachhaltig, bäuerliche Landwirtschaft**

Wir alle schätzen eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel produziert. Unser Ziel ist deshalb der Erhalt von zugleich besseren Wettbewerbsbedingungen für eine naturverträgliche und tiergerechte, umwelt- und klimaschonende sowie gentechnikfreie Landwirtschaft. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Bewirtschaftung und Pflege unserer Regionen und Kulturlandschaften. Wir wollen die Möglichkeiten der Landwirtschaft stärken, aktiv zum Klimaschutz beizutragen. Unsere Politik ist auf den Schutz und die Entwicklung vielfältiger, bäuerlicher Strukturen angelegt.

Unser Leitbild ist die ökologische Landwirtschaft. Wir wollen deren Förderung absichern und wieder

einführen. Daher wollen wir die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung für Biobetriebe wieder einführen und im Gegenzug Subventionen für konventionelle landwirtschaftliche Betriebe abbauen. Immer mehr Verbraucher\_innen vertrauen auf Bioprodukte, die Nachfrage steigt stetig. Der Anteil der ökologischen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein ist jedoch mit 3,6 Prozent unterdurchschnittlich. Wir müssen mehr Anreize für den Einstieg in den Ökolandbau bieten und die bestehenden Höfe in der ökologischen Landwirtschaft halten. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die es den Betrieben ermöglichen, ihre Marktchancen besser zu nutzen. Denn Ökobetriebe bieten vielen Menschen Arbeitsplätze und sind regional vernetzt mit Betrieben der Verarbeitung und Vermarktung, die ebenfalls zur Wertschöpfung beitragen. Durch vielfältige Fruchtfolgen und den Verzicht auf Pestizide bereichern ökologische Anbauflächen die Landschaft. So profitiert auch der Tourismus im Land von den Ökobetrieben.

#### **4.4.1 Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen in der Landwirtschaft**

Im Schnitt zahlt jede EU-Bürger\_in jährlich 100 Euro für den Agrarhaushalt und die ländliche Entwicklung. Dieses Geld der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) muss dementsprechend auch im Interesse des Gemeinwohls verwendet werden. Wir setzen uns für eine grundlegende Reform ein, nach dem Motto: Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Wir lehnen eine Agrarpolitik ab, die Gentechnik fördert, die Industrialisierung der Landwirtschaft, Monokultur und Massentierhaltung begünstigt, zur Zerstörung lokaler Märkte und Hunger in Entwicklungsländern beiträgt. 2012 werden die Weichen für die neue Programmperiode der EU-Agrarförderung ab 2014 gestellt. Wir wollen, dass die EU-finanzierten Direktzahlungen der ersten Säule (ganze 360 Millionen Euro im Jahr) zukünftig wirksamer für das Land eingesetzt werden. Das heißt beispielsweise, dass zehn Prozent der Fläche für artenreiches Ackerland, Grünland, Knicks oder Kleingewässer ausgewiesen werden, dass wir eine dreigliedrige Fruchtfolge mit maximal 50 Prozent von einer Kultur festschreiben und dass wir Grünlanderhalt und Gentechnikfreiheit durchsetzen. Zur Neuregulierung der Verteilung von EU-Mitteln gehören auch Obergrenzen der Zahlung und Beschäftigungswirksamkeit, damit wir wieder stärker vitale landwirtschaftliche Strukturen stärken als großindustrielle Betriebe. Verstehe ich nicht

Wir werden auch die Mittel der zweiten Säule der ländlichen Entwicklung (ELER) überprüfen und sie stärker auf Ökolandbau und Agrarumweltprogramme ausrichten.

#### **4.4.2 Bauernhöfe statt Agrarindustrie – Privilegien für Tierfabriken streichen!**

Wir haben Konzentrationen in der Nutztierhaltung und ständig wachsende Tierzahlen pro Betrieb. Diese Entwicklung führt unter anderem zur Zerstörung gewachsener Strukturen ganzer Regionen, durch zunehmende und konzentrierte Emissionen zu gravierenden Umweltproblemen und durch systembedingten Medikamenteneinsatz zur Bildung resistenter Keime.

Diese Entwicklung ist möglich durch

- umfangreiche Futtermittelimporte, für deren Anbau weltweit bäuerliche Strukturen zerstört werden;
- ein Tierschutzrecht, das industrielle Tierhaltungsanlagen ermöglicht;
- ein Verbraucherrecht, das keine Kennzeichnung über die Art der Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiprodukten verlangt;

- ein Baurecht, das kaum Mitgestaltung der Kommune bei agrarindustriellen Tierhaltungsanlagen ermöglicht. Geändert in Aufzählung

Natürliche Grenzen der auf einseitige Leistungssteigerung gerichteten Tierzucht sind heute oftmals überschritten. Kühe werden nur vier Jahre alt, Masthähnchen können nicht laufen. Wir lehnen solche Qualzucht im Nutztiersektor ab.

Mit Bundesratsinitiativen zu Änderungen im Baurecht, Immissionsschutzrecht, Tierschutzrecht und Verbraucherrecht wollen wir der zunehmenden Industrialisierung für Tierhaltung begegnen. So wollen wir, dass neue, geschlossene Stallanlagensysteme für Geflügel und Schweine auch unterhalb der Größengrenze, ab denen das Bundesimmissionsschutzgesetz und die Umwelt-Verträglichkeits-Prüfung zuständig sind, nach der besten verfügbaren Technik mit Vorrichtungen gegen Staub- und Keimemissionen zu versehen sind. Zugleich wollen wir unter anderem durch Änderungen in der Landesbauordnung erreichen, dass eine Rettung der Tiere vorgesehen ist. Hierzu gehören neben schnellen und sicheren Fluchtwegen auch Aufbewahrungs- und Versorgungsanlagen außerhalb der Stallungen. Die Feuerwehren sind für Evakuierungen der Tiere fortzubilden, in der Regionalplanung wollen wir den Gestaltungsraum des Landes ausschöpfen.

#### **4.4.3 Die Kuh gehört auf die Weide**

Wir wollen die Wertschöpfung und Einkommen aus einer umweltverträglichen Grünlandbewirtschaftung sichern und die Vielfalt auf unseren Äckern aufbauen. Die bisherige „gute fachliche Praxis“ muss überarbeitet, ökologisch weiterentwickelt und angepasst werden. Durch den Mais-Boom und die hohen Flächenpreise für Agrarland schwindet der Grünland-Anteil dramatisch. Feuchte und extensiv bewirtschaftete Flächen werden entwässert und intensiv genutzt. Wir werden den Grünland-Erlass so ändern, dass neuer Umbruch nur erfolgen darf, wenn zugleich qualitativ gleichwertiger Lebensraum zur Verfügung gestellt wird. Die Weidelandschaft gehört traditionell zu unserer Kulturlandschaft. Deswegen fordern wir die Weidehaltung von Milchkühen. Dies ist artgerecht und dient dem Klimaschutz, da Milch aus Weidehaltung eine bessere CO<sub>2</sub>-Bilanz ausweist.

Zur Durchsetzung fairer Preise wollen wir eine nachfrageorientierte Mengenregulierung für Milch und andere Branchen entwickeln. So planen wir, dass sich die Milch erzeugenden Bäuer\_innen beziehungsweise entsprechenden Betriebe in weit stärkerem Maß zu Erzeugergemeinschaften zusammenschließen können, als es die EU zulassen will. Nur so können viele Einzelerzeuger\_innen dem Diktat der großen Discounter begegnen.

#### **4.4.4 Schleswig-Holstein gentechnikfrei**

Wir wollen, dass Schleswig-Holstein gentechnikfrei bleibt. Gentechnik in der Landwirtschaft ist eine Risikotechnologie, die Folgen für Umwelt und Gesundheit sind unabsehbar. Eine vorausschauende und verantwortungsbewusste Politik muss den Einsatz dieser Technologie ablehnen. Nur eine Null-Toleranz gegenüber gentechnischer Veränderung sichert die Reinheit im Saatgut. Gentechnikfreier Anbau ist ein wichtiger Standortvorteil für die Ernährungswirtschaft in unserem Land.

Schleswig-Holstein soll wieder Mitglied im Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen werden.

#### **4.4.5 Bioenergie oder Tierfutter - Weniger Mais ist besser**

Bioenergie ist heute vor allen Dingen Maisenergie. Etwa ein Drittel der Ackerfläche im Land wird für den Maisanbau verwendet, die Hälfte davon für Biogasanlagen. Das ist der falsche Weg. Wir wollen, dass in den Anlagen biogene Reststoffe (Gülle, Mist, Grünschnitt) verwendet werden können und durch Änderungen in der Struktur des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) dafür sorgen, dass Fruchtfolgen (Rüben, Sonnenblumen, Sudan-Gras, Klee-Gras, etc) und eine effiziente Wärmenutzung verbindlich für die Förderung werden. Kleine Anlagen zur Verwertung von betrieblichen Reststoffen werden im Rahmen des EEG endlich besonders berücksichtigt. Die Biogasanlagen könnten eine besondere Rolle bei der Netzstabilität beim Energieausbau einnehmen. Deshalb sollen Anlagen wirksame Anreize zur bedarfsgerechten Einspeisung erhalten, um Strom dann zu produzieren, wenn der Wind nicht weht. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Landesplanung den Biogasanlagen-Zubau steuern darf. Das ist heute leider nicht möglich.

## 5. Stadt, Schleswig-Holstein, Bund, Europa

Politische Gestaltungsmöglichkeiten sind häufig begrenzt durch das Kuddelmuddel der Kompetenzen zwischen Kommunen, Land, Bund und EU. Gute Politik für Schleswig-Holstein kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen.

### 5.1 Starke Kommunen als Heimat

Schleswig-Holstein hat nicht nur die kleinteiligste Gemeindestruktur von Deutschland, sondern auch Aufgaben auf Ämter ausgelagert, die nur unzureichend demokratisch legitimiert sind. Wir wollen die kommunalen Strukturen verändern, um diese Mängel abzustellen und den Kommunen auch finanziell wieder Luft zum Atmen zu verschaffen.

Staat findet vor allem in den Kommunen statt, weil gerade dort die Leistungen der Daseinsvorsorge – von der Hebamme über Hort, Kita, Schule bis hin zu den sozialen Diensten oder Seniorenheimen – erbracht werden. Kommune bedeutet für die Menschen aber auch Heimat und Identifikation. Es ist der Ort, an dem man Verantwortung für andere übernimmt und sich auch selbst gut aufgehoben fühlt. Auch deshalb wollen wir, dass die Menschen in den Kommunen über ihre Belange direkt entscheiden können. Größere und leistungsfähigere Gemeinden sollen entstehen, aber auf der Basis der Freiwilligkeit und der Selbstorganisation. Indem wir Anreize setzen, etwa Fusionsgewinne ganz bei den Kommunen belassen, können wir diesen Prozess unterstützen. Für alle weiterhin kleinen Gemeinden bleiben Ämter als Kommunalverbände zuständig. Wir werden uns aber dafür stark machen, dass ihr Vertretungsorgan, der Amtsausschuss, direkt vom Volk gewählt wird. Parallel dazu wollen wir die Kreisstruktur evaluieren und in die Debatte über eine verfassungsfeste Kreisreform einsteigen, die Aufgaben, Gestaltungs- und Planungsspielräume in Einklang bringt. Wir lehnen die Kommunalisierung der Landesplanung ab. Sie schafft unnötige Bürokratie, erschwert eine abgestimmte Entwicklung des gesamten Bundeslandes.

### 5.2 Nordish by Nature

Ein föderales Klein-Klein ist Politik von gestern. Innerhalb eines Europas der Regionen wollen wir unsere norddeutschen Interessen mit einer gemeinsamen starken Stimme vertreten. Die Enquete-Kommission des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat eine Vielzahl von sinnvollen Kooperationsmöglichkeiten zwischen den norddeutschen Bundesländern aufgezeigt. Dazu gehören eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie unter Einbeziehung Hamburgs und anderer norddeutscher Bundesländer, so wie auch Dänemark, gemeinsame Verkehrsverbunde, eine Koordinierung der Justizpolitik mit dem mittelfristigen Ziel einer gemeinsamen Justiz, einer gemeinsamen Landesplanung, einem gemeinsamen Rechnungshof, einer gemeinsamen Krankenhausrahmenplanung, einer gemeinsamen Verkehrsplanung, einer gemeinsamen Datenschutzaufsichtsbehörde und einer gemeinsamen (Hoch-)Schul- und Medizinpolitik. Im Schulbereich sollte es eine gemeinsame Schulplanung mit Hamburg und eine freie Schulwahl geben. Ebenso erscheint eine Harmonisierung der Lehre\_innenrausbildung und der Abschlussprüfungen sinnvoll. Notwendig ist kurzfristig zudem eine politische Gesamtstrategie für intensivere Kooperationen, die von allen beteiligten norddeutschen Ländern getragen wird – wir werden

uns dieser Aufgabe stellen.

Je stärker die Kooperationen ausgebaut werden, desto dringlicher stellt sich die Frage, wie wir transparente, bürgernahe und demokratische Entscheidungen gewährleisten.

Viele Institutionen aus Verwaltung, Gewerkschaften, Wirtschaft und Kirche zeigen uns, wie länderübergreifende Zusammenarbeit, teilweise in gemeinsamen Einrichtungen, funktioniert. Nachbarländer mit jeweils eigener Bildungs-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik hemmen bislang eine abgestimmte und erfolgreiche gesellschaftliche Entwicklung im Norden. Der gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsraum Norddeutschland kann so nicht die Potenziale entfalten, die er hat. Keinesfalls darf das erforderliche Zusammenwachsen des Nordens zu einer weiteren Aushöhlung von Demokratie und der Entmachtung von Parlamenten führen. Das heißt, dass sich auch die Frage eines einheitlichen norddeutschen Bundeslands stellt. Wir wollen diese Debatte mutig, offen, demokratisch und als Schwerpunkt der kommenden Legislatur führen. Die gemeinsame Vertretung norddeutscher Interessen wollen wir über die Ländergrenzen organisieren. 2019 läuft der Länderfinanzausgleich aus. Ein neuer Länderfinanzausgleich darf nicht zur Beibehaltung alter Ländergrenzen zwingen. Ob am Ende dieses Prozesses ein neues norddeutsches Bundesland steht, müssen die Menschen im Norden in einer Volksabstimmung entscheiden.

### **5.3 Schleswig-Holstein als Europäische Modellregion**

Einen herausragenden Stellenwert hat für uns die Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Dänemark, insbesondere die vorbildliche Minderheitenpolitik in der Grenzregion. Aber auch bei der Förderung einer Region der erneuerbaren Energien im Nord- und Ostseeraum hat Schleswig-Holstein schon heute innerhalb der Europäischen Union eine Vorreiterrolle eingenommen und das Potential dazu, diese weiter auszubauen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die neue dänische Regierung, unter Beteiligung unserer Schwesterpartei SF, die permanenten Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze zurückgebaut hat. Wir setzen auf stärkere Kooperationen im Grenzland und darüber hinaus - gerade im Bereich der Hochschulkooperation, dem Arbeitsmarkt und der Sozial- und Gesundheitspolitik.

Leider hat die mangelhafte Europa- und Ostseepolitik der schwarz-gelben Landesregierung in den letzten Jahren zu viele Chancen ungenutzt gelassen oder gar äußerst erfolgreiche Kooperationen aufgekündigt. Das gilt für die sogenannten Flugschiffprojekte im Ostseeraum, wo Schleswig-Holstein durch Desinteresse glänzt ebenso, wie bei der Unterstützung der Bewerbung Sonderburgs (DK) zur europäischen Kulturhauptstadt.

Wir wissen um die Potentiale unseres Landes und werden die erfolgreichen europäischen Projekte Schleswig-Holsteins weiter ausbauen und bürgerfreundlicher gestalten.

### **5.4 Mare Balticum – die Potenziale des Ostseeraums für Schleswig Holstein nutzen**

Die Ostseeregion ist von immenser Bedeutung für Schleswig-Holstein. Als gemeinsamer Wirtschaftsraum bietet sie große Chancen. Als europäisches Binnenmeer ist sie gemeinsamer

Lebensraum und prägt das Zusammenleben der Anrainer seit Jahrhunderten.

Jetzt müssen in dieser Region die Weichen für eine koordinierte, nachhaltige Wirtschafts- und Umweltpolitik gestellt werden. Wichtige Initiativen sind dabei eine neue, umweltfreundliche Hafentechnik für alle Ostseeanrainer, die Kooperation bei der erneuerbaren Energieversorgung, ein abgestimmtes Meeresschutzprogramm, eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Hochschulen in Europas Nordosten und eine engere Kooperation der Handels- und Handwerkskammern. Der kulturelle Austausch bildet die Grundlage für eine strategische Allianz bei europäischen Fragen und stärkt den Ostseeraum insgesamt.

Wir stehen für eine engagierte Landesaußenpolitik. Wir werden uns für eine engere Zusammenarbeit mit den baltischen Ländern einsetzen und unsere Bemühungen, Russland und russische Regionen wie Kaliningrad, St. Petersburg und Nordwestrussland, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind, verstärkt in europäische Strukturen einzubinden, fortsetzen. Bei der Entwicklung der Zusammenarbeit mit der erweiterten östlichen Ostseeregion (auch mit Belarus) setzen wir auf bestehende und neue Projekte für die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft.

## **5.5 Europa aus der Krise helfen**

Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion steht derzeit vor ihrer größten Bewährungsprobe: Aus den finanziellen Krisen einzelner Länder des Euroraums ist zugleich eine Krise des Euros und des europäischen Integrationsprozesses insgesamt geworden. Als Schleswig-Holsteinische GRÜNE bekennen wir uns leidenschaftlich zum europäischen Projekt, das in den letzten Jahrzehnten Garant für Wohlstand und Frieden auf unserem Kontinent war. Die Antwort auf die Krise ist nicht weniger, sondern mehr Europa! Gegen die, die jetzt populistisch gegen Europa zu Felde ziehen, setzen wir auf Vertiefung und Stärkung der europäischen Demokratie. Wir wissen: Eine solidarische und demokratische europäische Integration geht nicht ohne eine gemeinsam abgestimmte Wirtschafts- und Finanzpolitik. In der jetzigen Situation sind Verantwortungsbewusstsein und Solidarität gefragt. Die Geburtsfehler der Währungsunion im Maastrichter Vertrag müssen behoben und verbindliche Regeln zur Haushaltskonsolidierung zwischen den Mitgliedsstaaten vereinbart werden. Die Euro-Länder brauchen deshalb eine koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik im Rahmen einer europäischen Wirtschaftsregierung.

## **5.6 Europäische Strukturfonds besser nutzen**

Wir erwarten, dass die Mittelvergabe aus dem Europäischen Strukturfond einen Schwerpunkt auf Bildung, Armutsbekämpfung, Energie- und Ressourceneffizienz, Klima und Umwelt setzt und sich an den Zielen der Strategie Europa 2020 orientiert. Wir wollen das Zusammenwirken der verschiedenen Strukturfonds verbessern und ein Ende des Subventionswettlaufs, der die Haushalte der Länder und Regionen gegeneinander ausspielt. Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, die Mittel der einzelbetrieblichen Unternehmensförderung aus den EU Struktur- und Kohäsionsfonds nur noch als Darlehen zu vergeben, die über einen Fonds für neue Projekte im Land wieder zur Verfügung gestellt werden können. Mit angepassten Konditionen können so gezielt auch weiterhin Existenzgründungen gefördert werden.

## **5.7 Europa steht in der gemeinsamen Verantwortung**

Die Europäische Union basiert auf dem Prinzip einer gemeinsamen Verantwortung. Offene Grenzen und die Vielfalt der europäischen Regionen und Kulturen sind die Basis der europäischen Integration. Wir stellen uns offen gegen Rechtspopulisten, die in vielen europäischen Ländern an Einfluss gewinnen – ihre Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Juden, Muslime, Sinti und Roma und anderen Minderheiten, die in Europa leben oder hier Schutz suchen. Statt die innereuropäische Reisefreiheit in Frage zu stellen und somit die Kernerrungenschaft der EU durch Schlagbäume und Kontrollmaßnahmen zu ersetzen, stehen wir für eine gemeinsame europäische Außen- und Asylpolitik. Auch wenn - verglichen mit den 1990er Jahren - die Zahlen der Asylbewerber\_innen in Deutschland massiv zurückgegangen sind, konnte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung in den vergangenen Monaten nicht dazu durchringen, größere Flüchtlingskontingente aufzunehmen. Stattdessen lassen wir die europäischen Mittelmeerländer mit dieser Situation allein – leider auf Kosten der Rechte von Schutzsuchenden. Wir GRÜNEN in Schleswig-Holstein fordern ein Umdenken in der europäischen Grenzpolitik. Das Abdrängen von Flüchtlingsbooten auf dem Mittelmeer durch die Grenzschutzagentur Frontex und die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen lehnen wir entschieden ab. Wir wollen keine „Festung Europa“, sondern eine Politik des solidarischen Miteinanders.

## **5.8 Schleswig-Holstein in der einen Welt**

Globale und regionale Entwicklungen sind heutzutage eng miteinander verschränkt, so dass wir unser Handeln längst nicht mehr isoliert betrachten können. Unser Konsumverhalten und Lebensstil wirken sich in anderen Teilen der Welt aus. Der Kampf gegen Hunger und Armut, das Recht auf Bildung, die Eindämmung der Folgen des Klimawandels und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung überall auf der Welt sind Teil unserer Verantwortung – auch auf Landesebene. Und nicht nur aus ethischen Gründen sprechen wir über unsere Rolle als Akteur\_in in der Welt. Ob Klimawandel und Küstenschutz, Flüchtlingspolitik oder Konsum: global ist auch hier vor Ort. Landespolitik kann einen Unterschied machen. Ob im Beschaffungswesen, in der Energiepolitik, der Landwirtschaftspolitik oder der Fischerei, wir GRÜNEN überprüfen unsere Politik immer auch auf unsere globale Verantwortung. Unsere Partner\_innen, wie das Bündnis Eine Welt, das Landesnetzwerk der Entwicklungszusammenarbeit und die vielen Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften, Verbände- und Wirtschaftspartnerschaften können sich auf unsere Unterstützung verlassen. Zugleich wollen wir die Gründung von fairen Wirtschaftspartnerschaften Schleswig-Holsteins mit Entwicklungsregionen weltweit besser fördern.

## 6. Solide Finanzpolitik für Schleswig-Holstein

Wir haben es bereits gesagt: Die finanzielle Lage des Landes ist schwierig. Schleswig-Holstein ist mit 27 Milliarden Euro sehr hoch verschuldet und steckt in der Schuldenfalle. Um die Ausgaben in Höhe von 9,3 Milliarden Euro zu finanzieren, muss das Land allein im Jahr 2012 voraussichtlich über 700 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen. Dabei belasten die Kosten der „Vergangenheit“ die zukünftigen Landeshaushalte erheblich: So muss Schleswig-Holstein im Jahr 2012 für Zinsen gut eine Milliarde und für Pensionen über 900 Millionen Euro bezahlen. Die jährlichen Zinszahlungen entsprechen in etwa den Gehältern aller 23 000 Lehrer\_innen in Schleswig-Holstein. Um aus der Schuldenfalle herauszukommen, brauchen wir einen Dreiklang: Ausgabenreduzierung, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Einnahmesteigerungen. Dabei sind die Mittel zur Einnahmesteigerung auf Landesebene leider sehr begrenzt.

Zur Ehrlichkeit der Haushaltspolitik gehört es auch, vor der Wahl zu erklären, was geht und was nicht geht. Der notwendige Sparkurs des Landes wird für alle Beteiligten schwierig werden. Das Land muss Jahr für Jahr ca. 130 Millionen Euro einsparen (oder in gleicher Höhe zusätzliche Einnahmen generieren), um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser schwierige Prozess transparent gestaltet wird, Alternativen aufgezeigt und mit den Bürger\_innen diskutiert werden. Für uns steht fest: Gerade angesichts der Finanznot des Landes geht es darum, die Prioritäten richtig zu setzen. Es muss vor allem in Bildung und Klimaschutz investiert werden. Nachhaltige Finanzpolitik heißt auch, eine nachhaltige soziale Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Daher müssen Förderprogramme umgebaut und das Kooperationsverbot aufgehoben werden, damit sich der Bund an den Bildungsausgaben der Länder beteiligen kann. Auf Nachhaltigkeit in der Ausgabenpolitik zu setzen und Bildungs- und Chancengleichheit zu verwirklichen, ist die Voraussetzung dafür, dass sich Schleswig-Holstein zukunftsfest macht und den demographischen Wandel meistern kann.

### 6.1 Sparkassen erhalten – HSH Nordbank in andere Hände geben

Neben der richtigen Entscheidung für Zukunftsinvestitionen braucht die Wirtschaft auch Kreditgeber. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen nicht weiter gefährdet wird. Anders als die Sparkassen ist die HSH Nordbank schon lange keine Regionalbank mehr, sondern eine global agierende Bank. Eine solche Bank zu steuern, kann nicht Aufgabe des Landes sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land seine Anteile an der Bank verkauft, sobald dieses wirtschaftlich sinnvoll ist. Unser Vorschlag ist, dass die Sparkassen im Bundesverbund das bisherige regionale Geschäft aller Landesbanken übernehmen und über örtliche Filialen die Versorgung der regionalen Wirtschaft mit Krediten sichern.

### 6.2 Den Länderfinanzausgleich neu gestalten

2019 endet der alte Länderfinanzausgleich: 2017 werden die Verhandlungen beginnen, 2016 muss

Schleswig-Holstein wissen, was es will. Das heißt, die nächste Legislatur wird maßgeblich darüber entscheiden, wie sich Schleswig-Holstein positioniert. Wir wollen den Länderfinanzausgleich neu ordnen. Dazu gehören ein Hochschullastenausgleich, ein Altschuldentilgungsfonds, Anreize für die föderale Neuordnung und die Überführung der Länderfinanzbehörden in eine Bundessteuerverwaltung. Die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung ist von der Zustimmung aller Länder abhängig. Sollte es diese Zustimmung nicht geben, werden wir uns für eine verbindliche Vereinbarung aller Länder zur Vereinheitlichung des Steuervollzugs einsetzen. Ziel muss es sein, stärkere Anreize für die jeweiligen Bundesländer zu schaffen, um das Steuerpotential auszuschöpfen.

### **6.3 Ohne Einnahmesteigerung kann die Schuldenbremse nicht umgesetzt werden**

Der Bundestag hat eine Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben, die auch für die Länder gilt. Wir haben uns dem Ziel, dass die Bundesländer bis 2020 ohne neue Schulden auskommen sollen, verpflichtet. Gemeinsam mit CDU, SPD, FDP und SSW haben wir die Vorgaben der Schuldenbremse auch in unserer Landesverfassung verankert. Aber nur mit Sparmaßnahmen werden wir das Ziel nicht erreichen können. Schleswig-Holstein braucht mehr Steuereinnahmen, um Bildung, soziale Gerechtigkeit, Innovation und Investitionen finanzieren zu können. Wir wollen uns im Bundesrat für das Schließen von Steuerschlupflöchern, die Einführung einer Obergrenze beim Dienstwagenprivileg sowie den stärkeren Abbau ökologisch schädlicher Subventionen einsetzen. Hohe Privatvermögen, Erbschaften und Spitzeneinkommen müssen sich stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen.

Wir wollen das Aufkommen des Solidaritätsbeitrages beibehalten. Es soll den Bundesländern zur Verfügung stehen, um gezielt in Bildung zu investieren und Altschulden zu tilgen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Einnahmen und Ausgaben des Staates wieder in Einklang gebracht werden. Auch die Finanzpolitik muss sich am Maßstab der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit messen lassen.

### **6.4 Die Kommunalfinanzen stärken**

Unsere Initiative zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer hat nun endlich eine Mehrheit im Landtag gefunden und wird zum 1. Januar 2012 umgesetzt. Damit erhalten die Kommunen ca. 15 Millionen Euro Steuermehreinnahmen pro Jahr. Um die finanzielle Situation weiter zu verbessern, setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Kommunalen Wirtschaftssteuer und für eine Reform der Grundsteuer ein. Effizienzgewinne, die durch eine kommunale Verwaltungsreform entstehen, verbleiben zu 100 Prozent bei den Kommunen.

Wir GRÜNE haben in unserer Regierungszeit in Schleswig-Holstein dafür gesorgt, dass das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankert ist: wer bestellt, zahlt. Wir unterstützen die Forderung der Kommunalen Spitzenverbände, das Konnexitätsprinzip auch für die Bundesebene einzuführen: wenn der Bund den Kommunen neue Aufgaben zuweist, soll er die Finanzierung mitliefern.

## 6.5 Schleswig-Holstein fit für Europa machen

Schleswig-Holstein nutzt Finanzmittel der Europäischen Union in vielfältiger Weise: Zur Förderung von Innovation und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung, zur Steigerung der Wertschöpfung und Lebensqualität im ländlichen Raum, für den Erhalt der Biodiversität und die Verbesserung der Qualität unserer Gewässer, zur Verbesserung der Bildungschancen benachteiligter Gruppen, zur Förderung von lebenslangem Lernen, für den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch über Ländergrenzen hinweg, um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Für den Zeitraum 2007 bis 2013 fließen mehr als 800 Millionen Euro EU-Gelder nach Schleswig-Holstein. Ab 2014 wird die Strukturförderung EU-weit neu geregelt. Die EU-Kommission hat dazu Ende Juni erste Vorschläge vorgelegt. Die nächste Periode des mehrjährigen Finanzrahmens, eine Art Haushaltsentwurf der EU für sieben Jahre, geht von 2014 - 2020. In der neuen Periode werden von der EU andere Schwerpunkte gesetzt und die Rahmenbedingungen für die Förderung ändern sich. Die Europäische Union richtet ihre Förderinstrumente auf die Durchsetzung der Ziele ihrer Strategie „Europa 2020“ aus. Der Schwerpunkt hierbei ist Nachhaltigkeit in vielen Bereichen. Klimaschutz, erneuerbare Energien, Biodiversität, Bildung, Kultur und Arbeitsmarktpolitik sind auch für uns der Maßstab für förderungswürdige Zukunftsinvestitionen. Wir haben erlebt, wie die Landespolitik rückwärtsgerichtet ist als die der EU. So sprachen sich SPD, CDU, SSW, FDP und LINKE gegen eine Energieeffizienzrichtlinie aus.

Wir wollen Schleswig-Holstein fit machen für Europa. Statt zu blockieren wollen wir die Zeit bis 2014 nutzen, um Einfluss auf die Ausgestaltung der EU-Programme zu nehmen und uns für die Zeit ab 2014 bereits strategisch für die Umstellung im Land aufstellen. Nur so werden die Gelder zielgerichtet und schnell nach Schleswig-Holstein fließen können. Dazu gehört für uns auch, dass die Verwendung der EU-Mittel in Schleswig-Holstein mit einer neuen Effizienz ressortübergreifend koordiniert wird. Wir wollen bei mehr Förderprogrammen die Zuschüsse an Unternehmen weitgehend über revolving Fonds als Kredite vergeben. Dadurch ist es möglich, die europäischen Mittel wirksamer einzusetzen. Wir wollen die notwendige Kofinanzierung für europäische Förderprogramme, wo sinnvoll und möglich, auch durch privates Kapital ersetzen können.